

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interims-Gebühr
 Bezugs für die festgehaltenen Kolonien oder deren Raum 10 Btg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Btg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Btg., jedes weitere Wort 10 Btg. St. Anzeigen und Schulbuch-Anzeigen das erste Wort 10 Btg., jedes weitere Wort 5 Btg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Literate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumeration: Vierteljährlich 1.50 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 25 Btg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Btg. Sonntags-Beilage: Die Neue Welt 10 Btg. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erstein täglich außer Sonntags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Druckerei: Am IV. Nr. 198A.

Mittwoch, den 25. November 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Druckerei: Am IV. Nr. 198A.

Profit gegen Menschenleben.

Der unablässige Kampf der Profitgier gegen Menschenleben und Menschenglück hat in der Sache Radbod zu einer so grauenhaften Katastrophe geführt, daß weit hinein in alle Volksteile die Gemüter aufgewühlt sind. So unlieb das den Regierungsteilen ist, die fortwährende Erörterung der Angelegenheit läßt sich nicht vermeiden. Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist der Reichstag nachgefolgt mit der Besprechung der Interpellation, die ja nach dem gegenwärtigen Stande der parlamentarischen Geschäftsordnung zu einem Beschluß irgend welcher Art leider nicht führen kann. Aber die Anklage wenigstens wurde formuliert und die Regierung zur Verantwortung gezogen.

Deutlicher als in irgend einem anderen kapitalistischen Betriebe tritt die Tendenz des Kapitalismus im Bergbau zu Tage, je höher die Aussicht auf Profit steigt, um so rücksichtsloser alle sittlichen Bedenken, alle Menschlichkeit unter die Füße zu treten. Die Betriebsentwicklung im Kohlenbergbau hat zur Konzentrierung des Kapitals in wenigen Händen geführt. Ein paar Grubenmagnaten, die Thyssen, Stinnes und wie sie heißen mögen, kontrollieren das allmächtige rheinisch-westfälische Kohlenyndikat. Das Syndikat setzt die Kohlenpreise in Deutschland fest. Eine halbe Million Vergleute schinden sich in der ungesunden Arbeit unter Tage ab, die Kohlen ans Sonnenlicht zu schaffen, deren Verkauf jenen Millionären die Taschen füllt. Und dabei zeigen immer wieder neue Unglücksfälle, wie mangelhaft die Betriebe organisiert sind und wie ungenügend die Aufsicht der Behörden funktioniert. Selbst der preussische Handelsminister Herr Delbrück kann nicht umhin, sich verwundert die Frage vorzulegen, weshalb denn, da auch in Preußen alles so übervortrefflich, „aller Welt voran“ eingerichtet ist, die Unfälle im Verhältnis zur Zahl der Arbeiter stetig wachsen. Eine befriedigende Antwort darauf vermochte er indes nicht zu geben. Vermag er doch nicht Umschau zu halten zwischen den Scheiternissen heraus, in die bürokratische Bevormundungsgewohnheit an der einen, kapitalistische Beeinflussung an der anderen Seite sein Gesichtsfeld eingewängt haben.

Bisher hat er die Schuldigen nicht entdecken können. Und doch müßte eine Tatsache ihm den Blick dafür geschärft haben, wo er sie zu suchen hat. Kaum ein paar Stunden, nachdem das Unglück geschehen war, das 360 Vergleute in den Tod führte und über tausend Hinterbliebenen — Witwen und Waisen — das Leben verelendet hat, ließen die Unternehmer den brennenden Schacht vermauern! Sie ließen ihn vermauern, weil auf diese Weise etwas mehr von den ungehobenen Kohlenschichten für den Profit gerettet werden konnte. Sie ließen ihn vermauern, trotzdem mindestens die Möglichkeit bestand, daß noch Leute lebend hätten gerettet werden können, wenn die Vermauerung nicht so vorzeitig vorgenommen wäre, wie es in Courrières unter ganz ähnlichen Verhältnissen geschehen war. Ja, sie ließen ihn vermauern, ehe noch die Bergbehörde die Möglichkeit gehabt hatte, daß ihre Beamten eine eigene Untersuchung anstellten, die doch Anhaltspunkte zur Ermittlung der Ursachen der Katastrophe hätte geben können. Kaum je hat der Kapitalismus deutlicher seine Unmenschlichkeit aller Welt offenbart. Aber der Herr Minister fand im Reichstag nicht einmal den sanften Tadel für diese Barbarei, der sich doch immerhin im Abgeordnetenhaus seinen Lippen entrang.

Hier handelte es sich wirklich um den Profit einerseits, um Menschenleben andererseits. Und bestand nur die entfernteste Möglichkeit, ein einziges Menschenleben zu retten, — jeden denkbaren Verlust an Kohlen, an Geldern müßten die Unternehmer eher riskieren, als auf die Lebensrettung verzichten. Doch die Profitgier siegte über die Menschlichkeit. Als ein Denkmal kapitalistischer Barbarei, dauernder als Erz, wurde vor den Augen der jaunernden Grubenarbeiter, vor den Augen der Witwen und Waisen der Geopfereten, die Vermauerung aufgeführt. Und wenn es noch Arbeiter, wenn es noch Frauen geben sollte im Ruhrgebiet, die an die Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit glauben, dorthin sollte man sie führen, nach diesem Denkmal kapitalistischer Schande und ihnen die Mahnworte zurufen: So handelt kapitalistische Profitgier! Vergeßt das nie und arbeitet daran, daß überall die Steine niedergeworfen werden, mit denen der Kapitalismus Euch und Euren Kindern das Lebensglück vermauert!

Herr Delbrück hat für so etwas gar kein oder nur ein sehr schwaches Empfinden. Daß er bisher keinen Schuldigen hat entdecken können, tat ihm jedoch leid. Er meinte, man solle es ihm doch glauben, daß es ihm sehr lieb wäre, wenn die Verwaltung einen Sündenbock finden könnte. Damit kennzeichnete er allerdings die Sinnesart der Verwaltung auf das trefflichste. Wäre ein Sündenbock gefunden, den man strafen und dem Abscheu der Menschen preisgeben könnte, dann könnten nachher die Profitgierigen und ihre Freunde in den Bergbehörden erhobenen Hauptes davonreden und ihrem Herrgott danken, daß sie nicht sind wie dieser Sünder. Dann wäre das System gerettet, das System der Arbeiterausbeutung und das der bürokratischen Beihilfe der Ausbeutung. Darauf kommt es aber den obrigkeitlichen Vertretern des Staatswohles, den Erbpächtern des Patriotismus und der Christlichkeit an,

Doch der nämliche Minister, der einen Sündenbock nicht finden konnte, hielt es doch für angebracht, anzudeuten, daß die Arbeiter selbst immerhin die Mitschuld tragen könnten bei dem Unglück, weil sie möglicherweise die Kontrollvorschriften nicht genügend beobachtet hätten. Ein wirklicher Gemütsmenschen, dieser Minister! Die Toten können sich ja nicht mehr verantworten gegen diese ministerielle Verächtlichkeit. Sie selbst können ihm also nie widerlegen.

Glücklicherweise können aber die Lebenden reden. Die übriggebliebenen Kameraden der Arbeiter und mit ihnen die gesamte Grubenbevölkerung haben laut und vernehmlich Zeugnis dafür abgelegt, daß keine individuelle Verfehlung entfernt hinreichen würde, die furchtbare Explosion zu erklären, daß Mängel des Betriebes, vor allem die ungenügende Verriegelung, Schuld an dem Unglück seien.

Zwar hätte die Regierung es nur mit den beiden christlich-sozialen Interpellanten zu tun, so hätte sie leichtes Spiel gehabt. Aber auch im Reichstag war es ein Vertreter der Sozialdemokratie, der Genosse Hue, der als die wahrhaft Schuldigen die Grubenmagnaten und die Bergbehörde selbst mit flammenden Worten anlagte und für die Besserung der Zustände die Forderung sog. daß mit dem System von Grund auf gebrochen werden müsse.

Bis morgen werden die Minister sich wahrscheinlich genügend gesammelt haben, um auf die Anklage antworten zu können. Aber es ist schon gefordert, daß der sozialdemokratische Antrag die Verwaltung später vor die Frage gestellt wird, ob sie ernstlich gegen die Brutalitäten der Profitgier einschreiten oder sich auch ferner zu deren Mitschuldigen machen will.

Aus Württemberg.

Stuttgart, den 23. November.

Endlich wird Württemberg die Wertzuwachssteuer erhalten. In der Sitzung der vollwirtschaftlichen Kommission der Zweiten Kammer teilte am Sonnabend bei Beratung eines Antrages auf Unterstützung des Kleinwohnungsbaues der Minister des Innern v. Fischer mit, daß ein Gesetzentwurf betreffend die Einführung einer Wertzuwachssteuer ausgearbeitet werde. Es handle sich aber nicht um eine staatliche, sondern um eine fakultative Gemeindesteuer. Damit wird eine alte Forderung der Sozialdemokratie endlich in Württemberg erfüllt. In der Sitzung hatte Genosse Keil verlangt, daß der Ertrag der Steuer zur Förderung des Kleinwohnungsbaues verwendet werde. Ob die Gemeinden dieser Forderung nachkommen, ist allerdings fraglich.

Die Gemeinden werden den Gesetzentwurf mit Freuden begrüßen. Seine Annahme, wenn auch in anderer Gestalt, kann als sicher gelten. In der Tat ist es dringend nötig, daß den Gemeinden in Württemberg mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Zurzeit müssen sie ihre Ausgaben zum größten Teil aus durchaus veralteten und ungerechten Ertragssteuern auf Gewerbe, Grund und Boden usw. decken; auch Verbrauchsabgaben auf Gas, Bier, Fleisch können sie erheben. Die gemeindliche Einkommensteuer darf aber im Höchstfall 50 Prozent der staatlichen Einkommensteuer betragen. Diese Beschränkung der Steuermittel (Hundesteuer, Warenhandsteuer können als ergiebige Steuerquellen nicht in Rechnung gestellt werden) brachte unsere Genossen in den Gemeindevertretungen nicht selten in die Zwangslage, entweder wichtige gemeindliche Aufgaben, Ausbau des Volksschulwesens, Straßenherstellung usw. zurückzusetzen, oder aber für Verbrauchsabgaben stimmen zu müssen.

Die Jungliberalen haben am Sonntag in Göttingen ihre Landesversammlung abgehalten. Viel kräftige Worte sind gefallen, an Taten ist aber nichts zu verzeichnen. Eine Resolution gegen das persönliche Regiment wurde mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Man tut den Herrschaften zu viel Ehre an, wenn man sie und ihre großen Worte noch ernst nimmt. Auf der Versammlung der Rationalliberalen des 1. württembergischen Reichstagswahlkreises in Degerloch-Stuttgart kam auch die Volksschulvorlage zur Sprache. In der Volksschulkommission ist nämlich der Karren gründlich verfahren. So zum Beispiel kam betreffs der Ersetzung der geistlichen Bezirkschulaufsicht durch die Pädagogische Aufsicht überhaupt kein Beschluß zustande. Die Regierungsvorlage wurde abgelehnt, alle Anträge der Parteivertreter erlitten das gleiche Schicksal. Es befindet sich demnach ein großes Loch in dem Gesetzentwurf, das in der zweiten Lesung geflickt werden muß.

Das größte Interesse konzentriert sich auf die Frage, ob es gelingt, der Simultanschule eine Gasse zu bahnen. Die Ausichten sind jammervoll. Es ist sogar fraglich, ob den Gemeinden gestattet wird, auch nur ausnahmsweise die Simultanschule neben der Konfessionsschule einzuführen. Den Ausschlag gibt die national-liberale Partei und nur der kleinere Teil der liberalen Fraktion ist bereit, dieses Konzeptions zu machen. Die Bedürfnisse der größeren Kommunen, besonders Stuttgart, und der überwiegende Teil der großstädtischen Bevölkerung verlangen eben die Simultanschule. Dem können sich auch die liberalen Abgeordneten dieser Städte nicht entziehen. Sie müssen.

Wahrscheinlich wird es so kommen, daß gerade so viele liberale Abgeordnete für die Zulassung der Simultanschule in den größeren Städten stimmen werden, wie nötig sind, um auch dieses Konzeptions zu Fall zu bringen. Dann allerdings erhebt sich die Frage, ob es nicht besser ist, das ganze Gesetz einfach scheitern zu lassen.

Ruhen wird die Reform nicht. Im Gegenteil besteht dann Aussicht, daß das Volk sich aufricht und ein ernstes Wort mit allen Dunkelmännern konservativer, „liberaler“ und ultramontaner Couleur spricht.

Im Dezember finden in ganz Württemberg die Bürgerauswahlwahlen statt. In den größeren Städten wird nach dem Proporz gewählt. In Stuttgart sind 15 Mandate (von 32) neu zu besetzen. Zwei unserer Genossen scheiden mit aus. Wahrscheinlich wird die Sozialdemokratie um einige Mandate gestärkt ins Rathaus zurückkehren und damit zur stärksten Fraktion des Bürgerausschusses werden. Dann wird auch die Frage der Neubesezung des Obmanns (Vorstehenden) Postens akut, die insofern von Wichtigkeit ist, als der Vorführende weitgehende Rechte ausübt und seine Stellungnahme nicht selten ausschlaggebend für den Gang der Geschäfte ist. Bisher hatte die Volkspartei (sog. „Demokratie“) diesen Posten inne, obgleich sie der Anhängerzahl nach eine der schwächsten Parteien Stuttgarts ist. Das alte Gemeindevahlrecht nach dem Majoritätsprinzip sicherte aber der Volkspartei, die den Ausschlag zwischen Sozialdemokratie und den anderen bürgerlichen Parteien gab, als Kaufpreis ihrer Unterstützung stets eine die Zahl ihrer Anhänger weit übersteigende Mandatszahl. So kam es, daß diese Partei eine Vertretung auf dem Rathaus erhielt, die mit ihrer wirklichen Stärke in schreiendem Mißverhältnis stand. Dem hat die Gemeindeform ein Ende bereitet, und so schwindet die demokratische Rathaus Herrlichkeit dahin wie Schnee an der Sonne.

Der Rüstungswahninn.

Die englische liberale Regierung hatte sich ihren Wählern gegenüber zu einer Verminderung der Rüstungen verpflichtet. Der verstorbene englische Premier Campbell Bannerman hatte auch auf der Haager Konferenz eine internationale Verständigung über die Einschränkung des Flottenbaues vorgeschlagen. Der Vorschlag scheiterte vor allem an dem Widerstand der deutschen Regierung, die an ihrer uferlosen Flottenpolitik unter allen Umständen festhalten will. Ebenso sind auch die inoffiziellen Bemühungen des Handelsministers Lloyd Georges gescheitert, mit Deutschland eine Verständigung über den Flottenbau zu erreichen. Diese Ergebnislosigkeit hat dem demokratischen, der Vermehrung der Rüstungen feindlichen Teil der englischen Regierungspartei, die als bürgerliche Fraktion ohnehin in ihrer Abwehr des Militarismus nicht allzu große Energie aufbringt, die Vertretung ihres Standpunktes erschwert und der zum Imperialismus neigenden Majorität der liberalen Partei, die auch die ministerielle Politik beherrscht, das Uebergewicht verschafft. Das haben die letzten Erklärungen des Ministerpräsidenten Asquith über den Zwei-Mächte-Standard zur Genüge gezeigt. Andererseits stärkt aber der durch das Wettstreiten stetig sich verschärfende deutsch-englische Gegensatz die konsequenten Träger des militaristischen Imperialismus, die Konservativen, und in deren Parteiinteresse hat gestern der Feldmarschall Roberts in der Oberhaus, dessen Majorität konservativ ist, einen demonstrativen Vorstoß gemacht, indem er, wie bereits gemeldet, beantragte, durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ein Millionenheer zu schaffen, um der Möglichkeit einer von Deutschland ausgehenden militärischen Invasion vorzubeugen.

Die konservativen Lords haben die Resolution Roberts mit 74 gegen 32 Stimmen angenommen trotz des Widerspruches der Regierung, in deren Namen der Staatssekretär des Kolonialamtes Earl of Crewe folgendes aussprach:

„Lord Roberts habe mit seiner Resolution einen sehr ersten Schritt getan und der Ernst dieses Schrittes sei durch Lord Roberts Rede nicht gemindert worden. Die parlamentarische Erörterung eines solchen Gegenstandes sei eine ernste Angelegenheit, weil es schwierig sei, eine solche Erörterung so zu leiten, daß sie außerhalb nicht zu ernstem Mißverständnis Anlaß gebe. Er könne nur hoffen, daß ein solches Mißverständnis sich nicht ergeben werde. Neben dem wies dann auf die Rede Campbell Bannermans, in der dieser die Bezugnahme auf Frankreich in Cairns Erklärung vom Jahre 1906 bedauerte. Die Umstände seien heute andere, er möchte aber den Appell Campbell Bannermans wiederholen, weil er das Gefühl habe, daß, wenn ein solcher Appell nicht erfolge, in der öffentlichen Meinung Englands und des Auslandes aus der Rede Lord Roberts sich — nicht unnatürlicherweise — Konsequenzen ergeben könnten, die von allen bedauert werden müßten.“

In der Frage einer Invasion gebe es zwei sich gegenüberstehende Parteien. Die eine vertrete die Ansicht, daß eine Schiffbesatzung an unseren Küsten nicht landen könne. Diese Meinung würde jedoch von keiner verantwortlichen Persönlichkeit geteilt. Die andere entgegengesetzte Ansicht sei die, welche Lord Roberts in seiner Rede vertreten habe, nämlich, daß England für praktische Zwecke nicht als Insel angesehen werden dürfe, sondern sich in der Lage einer kontinentalen Macht befinde und daß ein sehr beträchtliches Heer die Grenze Englands überschreiten könne, daß infolgedessen Englands Verteidigungsmittel nach kontinentalen Grundrissen bestimmt werden müßten. Dieser Ansicht sei die Regierung nicht. Neben vertrittete sich sodann über die Wirkung, welche die Annahme der von Lord Roberts über eine Invasion aufgestellten Theorien zur Folge haben würde, und erklärte, was die Flotte anbetreffe, so seien alle Parteien der Ansicht, daß England eine überwiegende Flotte haben müsse. Er glaube, wenn es sich heute herausstellen sollte, daß es an Geld fehle, so würde es für die Verwirklichung des Landes, Geld für die Verteidigung zur See zu spenden, kein

Strenge geben, aber ein großer Teil dieser Bereitwilligkeit hängt davon ab, daß im Volke der Glaube vorhanden sei, daß, obgleich die Flotte das Land nicht mit absoluter Sicherheit gegen eine Invasion schütze, sie das Land doch in Wirklichkeit vor einer Invasion bewahre.

Carl of Crewe schloß: Die Flotte wird nicht auf der gegenwärtigen Stärke gehalten lediglich in der Absicht, daß sie imstande ist, irgendwo inmitten des Ozeans segeln zu können, sondern sie wird aufrechterhalten und wird, wenn nötig, verstärkt werden aus der Ueberzeugung heraus, daß hauptsächlich sie die Verteidigung unserer Küsten sichert. Wenn man sich die Theorien Lord Roberts zu eigen machte, so würde das diese Ueberzeugung zerstören. Deshalb mißbillige ich diese Diskussion, und ich würde noch unendlich mehr die Annahme der Resolution mißbilligen. Zu gleicher Zeit bringe ich meine Zustimmung dazu zum Ausdruck, daß es notwendig ist, daß wir ein Heimatheer haben, das stark und organisiert genug ist, um einen Ueberfall abzuweisen, eine Panik zu verhindern und den Feind zu zwingen, in solcher Macht zu kommen, daß sich für ihn bedeutende Schwierigkeiten ergeben. Zum Schluß seiner Ausführungen teilte Carl of Crewe mit, daß der Generalstab Pläne ausarbeite, die es England ermöglichen sollen, zu jeder beliebigen Zeit an jeden beliebigen Ort die größtmögliche Truppenmacht zu werfen, wenn dies erforderlich sei. Die Unterhaltung eines Heeres von einer Million Mann, wie es Lord Roberts verlange, bedeute eine jährliche Erhöhung der Heeresverbräuche um 20 Millionen Pfund Sterling. (400 Millionen Mark.) Der Annahme der Resolution sei schon deshalb zu widersprechen, weil Roberts in seiner Rede auf Deutschland verwiesen und die Resolution von der Rede nicht zu trennen sei.

Die Resolution wurde von den hervorragenden konservativen Führern, von Lord Lansdowne, dem früheren Minister des Auswärtigen, Lord Cromer, dem früheren Vizekönig von Ägypten, und anderen, wenn auch mit großer Zurückhaltung unterstützt.

Die Annahme der Resolution wird freilich keine unmittelbaren praktischen Konsequenzen haben, da über die englische Politik nicht das Oberhaus, sondern das Unterhaus entscheidet. Aber deshalb bleibt sie doch ein bemerkenswertes Symptom. Denn die Herrschaft der Liberalen erscheint nicht allzu gesichert und die Abstimmung der Lords kann vielleicht das politische Glaubensbekenntnis der künftigen englischen Regierung bilden. Um so wichtiger ist es, daß die Völker selbst hüten wie drüben dem wahn sinnigen Betrüben in Deutschland vollständig und in England zum Teil vor dem Militarismus kapituliert haben, so muß das Proletariat beider Länder um so energischer den Kampf gegen den Militarismus und für die friedliche Verständigung beider Nationen zur gemeinsamen Einschränkung der Rüstungen fortsetzen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. November 1908.

Kirchensteuern.

Die dem Reichstag zur Begründung der Reichsfinanzreform zugegangenen Denkschriften stellen auch die Höhe der Kirchensteuern fest.

Nach dieser Statistik betragen im Jahre 1907 die Steuern und Abgaben in den evangelischen Kirchengemeinden 43,7 Millionen Mark, in den katholischen 15,8 Millionen Mark. Auf die einzelnen Bundesstaaten verteilt ergibt sich folgendes Resultat: In Preußen betragen die Steuern und Abgaben in den evangelischen Kirchengemeinden 30,9 Millionen, in den katholischen 12,4 Millionen, in Bayern 0,9 und 0,7 Millionen, im Königreich Sachsen 0,9 und 0,3 Millionen, in Württemberg 0,8 und 0,2 Millionen, in Baden 1,4 und 1,4 Millionen, in Hessen 0,8 und 0,4 Millionen, im Großherzogtum Sachsen 0,3 Millionen und 2000 M., in Oldenburg 0,8 und 0,9 Millionen, in Braunschweig 0,3 und 0,02 Millionen, in Waldeck und Pyrmont 33 000 und 2000 M., in Anhalt 49 000 und 2000 M., in Lippe 174 000 und 3000 M., in Lüneburg 114 000 und 3000 M., in Hameln 880 000 und 54 000 M. Nur in evangelischen Gemeinden wurden an Steuern und Abgaben aufgebracht in Sachsen-Meiningen 288 000 M., in Sachsen-Altenburg 159 000 Mark, in Anhalt 114 000 M., in Schaumburg-Lippe 58 000 M., in Bremen 51 000 M., in Elbsch-Lüneburg 227 000 M.

In den beiden Mecklenburg, in Sachsen-Noburg und Gotha, in den beiden Schwarzburg sowie in Anhalt J. L. werden keine Kirchensteuern erhoben.

Militarismus.

Bekannt ist, mit welcher Strenge, ohne Rücksicht auf das wirtschaftliche Leben, die Bezirkskommandos gegen Anmeldepflichtige verfahren, die ihren Verfügungen nicht strikte Folge leisten. Ueber einen neuen Fall solcher Rücksichtslosigkeit wird dem „Berl. Tagebl.“ aus Wachen berichtet:

Der bei der Maschinenfabrik von Hensch u. Co. in Rachen beschäftigte Schlosser Wilhelm Thönissen hatte Ende Oktober auf brieflichem Wege dem Bezirkskommando seinen Wohnungsverwechsel angezeigt, vorkrischmäßig, unter Beifügung des Militärpasses. Man schrieb ihm vom Kommando, er solle sich am anderen Morgen um 10 Uhr seinen Paß abholen. Thönissen, der Landwehrmann, verheiratet und Vater von drei Kindern ist, wollte auch rechtzeitig den Paß abholen, wurde aber von seinem Arbeitgeber um eine Stunde aufgehalten, weil er gerade mit einer sehr wichtigen und dringenden Arbeit beschäftigt war. Er kam also anstatt um 10 Uhr um 11 Uhr aufs Bezirkskommando. Dort wurde er sofort wegen der Verpätung vom Paße weg — für achtundvierzig Stunden eingesperrt. Als die Firma des Arbeitgebers das Verbleiben Thönissens und den Grund erfuhr, schrieb sie sofort an das Bezirkskommando ein Gesuch um Erlass der Strafe. Sie schilderte die Ursache des Verpätens, betonte, daß es sich um eine außerordentlich eilige Arbeit gehandelt habe, deren verspätete Abfertigung mit hoher Konventionalsstrafe bedroht gewesen sei, versicherte, daß Thönissen sonst ein sehr fleißiger, tüchtiger, gewissenhafter und pünktlicher Mann sei — alles vergeblich! Der Bezirkskommandant, Hauptmann Lindhorst, hielt die Strafe aufrecht und erließ dem völlig unschuldigen Landwehrmann auch nicht eine Stunde von dem zehntägigen Arrest.

Das amerikanische Intervent.

Die Veröffentlichung der „Word“ wird jetzt auch vom Fürsten Bismarck demontiert. Einem französischen Journalisten erklärte er: „Ja, die Ansicht, daß Erfindungen von hoher Phantasie nur gestattet sind, wenn sie sich auf imaginäre, d. i. nicht existierende Personen beziehen und keinerlei des Respekts würdige Interessen schädigen. Aber niemand wird mich widerlegen, wenn ich erkläre, daß es unzweifelhaft ein höchst tadelnswertes Akt ist, dem Kaiser so grenzenlos unsinnige Worte in den Mund zu legen, die er nie gesprochen hat, und an die er auch nie im Traume gedacht hat. Wohin würde es kommen, wenn die Publikation kaiserlicher Interviews ein Diebstahlsport gewisser erhabener Geister wäre?“

Wir verstehen die Beklammern, die in der letzten Frage des Kanzlers liegt. Haben ja schon die authentischen Versicherungen zu der Frage geführt: Wohin soll es noch kommen? Aber

ob nicht Fürst Bismarck allzu viel berührt, wenn er auch dafür die Verantwortung übernimmt, daß Wilhelm II. solche Gedanken auch nie im Traume kommen? —

Eine Bankumsatzsteuer.

Der Schutzbund „Reichsfinanzreform“ — jene Vereinigung, die sich gebildet hat aus Mitgliedern des Reichstages, Abgeordneten und Abgeordneten des Reichs — unterbreitet der Öffentlichkeit den Entwurf zu einer Bankumsatzsteuer. Es wird darin bestimmt:

Der Bankverkehr ist im Reich nach Maßgabe dieses Gesetzes steuerpflichtig. Die Höhe des Stempels wird für jedes Wirtschaftsjahr neu festgesetzt (für das kommende Jahr wird die Erhebung von ein Prozent vorgeschlagen).

Die Stempelsteuern fallen grundsätzlich dem zur Last, der in irgendeiner Form an einer Bank im Bundesgebiet Geld empfängt. Die Banken sind dem Reich für die rechtzeitige Kaffierung des Stempels haftbar.

Diese Bankumsatzsteuer soll die Nachsteuer beseitigen.

Kulturkampfmerzen.

Kaiser Wilhelm hat eine Abordnung an den Papst geschickt: unter Führung des rheinischen Oberpräsidenten Freiherrn von Schorlemmer-Dieser. Wie die „Kölnische Zeitung“ mitteilt, hat der Papst der Abordnung gegenüber seine Befriedigung darüber ausgedrückt, daß unter der weisen Regierung des deutschen Kaisers die deutschen Katholiken in voller Freiheit ihrem Glauben leben könnten.

Solche Worte sind den deutschen Ultramontanen selbstverständlich nicht angenehm. Dem Zentrum liegt daran, unter seinem Anhang eine gewisse Kulturkampfstimmung zu unterhalten; das ist die beste Art, die Aufmerksamkeit der Massen von der völkseindlichen Politik des Zentrums abgulenken. Zur Hebung der Kulturkampfstimmung trägt es aber nicht bei, wenn die Katholiken in Deutschland durch den Mund des Papstes hören, daß sie in voller Freiheit ihrem Glauben leben können. Die Zentrumspresse bemüht sich daher krampfhaft, die Worte des Papstes abzumildern und ihre Richtigkeit zu bestreiten. So schreibt die „Kölnische Volkszeitung“:

„In zuständigen vatikanischen Kreisen wird bezweifelt, daß das Wort „volle“ überhaupt gefallen sei. Aber selbst angenommen, der Papst habe sich wirklich so ausgedrückt, so könnte daraus in keiner Weise die Folgerung gezogen werden, daß nun die deutschen Katholiken auf kirchenpolitischen Gebieten keine berechtigten Wünsche mehr hätten und daß keine diesbezüglichen Beschwerden mehr erhoben werden dürften. In vatikanischen Kreisen lächelt man über die Versuche, aus einem höflichen und freundlichen Worte des Papstes eine allgemeine Billigung des gegenwärtigen kirchenpolitischen Zustandes in ganz Deutschland zu machen. ... Im übrigen könnten die Herren der Abordnung auch sehr leicht gehört und verstanden haben.“

Es ist auffallend, wie gering gewisse Zentrumsleute von der Autorität des Papstes denken, wenn das Oberhaupt der Kirche Worte spricht, die nicht in die ultramontane Politik passen. Wir fühlen uns nicht berufen, die Autorität des Papstes vor der Zweifelsucht des Zentrums in Schutz zu nehmen, aber sein Wort, daß die deutschen Katholiken „in voller Freiheit ihrem Glauben leben können“, wollen wir uns doch merken für die Fälle, wo das Zentrum zur Fanatisierung der Massen und zur Verantwärtung völkseindlicher Streiche das Lügenlied von der Unterdrückung der Kirche schmettert.

Ein Opfer der Kolonialskandale.

Aus Leipzig wird vom 24. November gemeldet: Das Reichsgericht verwarf heute die Revision des früheren Geheimen Sekretariatsassistenten Oskar Böplau, der am 4. Mai vom Landgericht I in Berlin zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war, weil er es unternommen hatte, dem Staatssekretär v. Schöen zur Vornahme einer Amtshandlung zu nötigen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Böplau und Wistuba sind also so ziemlich die einzigen Opfer der Kolonialskandale geblieben, denn selbst die Puntamer, Geo Schmidt usw. sind ja frei von Schuld und Fehle befunden worden. Gerade die beiden Beamten, die, angeleitet von dem skandalösen System, der Öffentlichkeit Kenntnis von den unerhörten Vorgängen unserer Kolonial-Panama gaben, die sich also verdient nicht nur um die Nation, sondern sogar um die Kolonialpolitik selbst machten, blieben auf der Strafe! —

Eine Mißtrauenskundgebung.

In der zweiten Kammer des sächsischen Landtages ziehen zwei Skandalaffären weitere Kreise. Es hatte bekanntlich vor kurzem der nationalliberale Abg. Langhammer ein Geheimzirkular der Agrarier zur Wahlrechtsreform veröffentlicht, das ein anderer nationalliberaler Abgeordneter in einem Arbeitszimmer gefunden hatte, wo es offenbar der Geschäftsführer des Bundes der Landwirte, Abg. Schmidt, hatte liegen lassen. Fast zu gleicher Zeit war dem in diesen Tagen gestorbenen nationalliberalen Abg. Mühlmann ein an den Führer der Konservativen, Oph, gerichteter Brief auf noch nicht völlig geklärt Weise in die Hände gefallen, den Mühlmann, der Rektor des Gymnasiums zu Döbeln war, dazu benutzt hatte, einem Lehrer dieser Anstalt, von dem der Brief herrührte, Vorhaltungen darüber zu machen, daß er Äußerungen Mühlmanns über Oph diesen zugetragen habe. In der ersten Affäre hat der Präsident der zweiten Kammer, Dr. Mehnert, der gleichzeitig Führer der Konservativen ist, die Staatsanwaltschaft gegen den angeklagten Briefdieb mobil gemacht, im anderen Falle hat er ohne vorherige Verhandlung mit den Fraktionen eine Erklärung des Abg. Mühlmann, der damals geistig nicht mehr normal war, entgegengenommen, wonach er auf eine weitere Ausübung seines Mandats verzichtete.

Diese Vorfälle sind der Ausgangspunkt einer Erklärung, die am Dienstag der Führer der nationalliberalen Fraktion, Schlegel, in der zweiten Kammer abgab. Sie richtete sich scharf gegen den konservativen Präsidenten, dessen Handlungsweise in den oben erwähnten Fällen Langhammer und Mühlmann als unverständlich bezeichnet wurde. Dann heißt es wörtlich weiter: Das vom Herrn Präsidenten eingeschlagene Verfahren erscheint der Fraktion im höchsten Grade bedenklich. Der Würde des Hauses entspricht es nicht, und das Ansehen der zweiten Kammer hat nach der Auffassung der Fraktion schweren Schaden dadurch erlitten.

In anderen Parlamenten, so auch im deutschen Reichstag, ist es selbstverständlicher Brauch, daß der Präsident keiner Fraktion angehört, daß er über den Parteien steht. Zahlreiche Erfahrungen und Beobachtungen haben erweisen, daß der Herr Präsident sich in der konservativen Fraktion nach wie vor betätigt und seinen Einfluß wenn auch nicht in dem Namen, so doch in der Tat, als Fraktionsführer geltend macht. Auch in der Wahlrechtsdeputation, der er als Mitglied nicht angehört, ist der Parteinfluß des Präsidenten in einer anderen als der ihm nach Meinung der nationalliberalen Fraktion zukommenden Weise vielfach zu verspüren gewesen.

Dies alles und insbesondere das Verhalten im Falle des Abg. Mühlmann, in dem vom Herrn Präsidenten wiederholt auf Beschlässe der konservativen Fraktion verwiesen worden ist, widerspricht den Auffassungen der Fraktion über die Stellung und Aufgaben eines Präsidenten der zweiten Kammer. Nach alledem muß die nationalliberale Fraktion erklären, daß ihr Vertrauen zu einer objektiven, würdigen Führung der Präsidialgeschäfte durch Herrn Präsidenten Dr. Mehnert erschüttert ist.

Dieses Mißtrauensvotum schlug wie eine Bombe ein. Der Präsident, der sich tatsächlich in diesem Falle mehr als Führer

der konservativen Fraktion, denn als Präsident beteiligt hat, erklärte, trotz des Mißtrauensvotums die Präsidialgeschäfte weiter führen zu wollen, im übrigen versuchte er sein Verhalten im Falle Mühlmann zu rechtfertigen, während er sich über den Fall Langhammer, in dem sein Verhalten besonders greifbar ist, Ausführungen für eine verurteilende Sitzung aussparen wollte.

Bemerkenswert ist noch, daß sich die Annahme, es handle sich in der Zirkularaffäre um einen Diebstahl, als völlig irrig herausgestellt hat. Es ist von einigen nationalliberalen Abgeordneten ein Zirkular abgeschrieben worden, das offen dargelegt hat und durch das die zweite sächsischen Wahlrechtsdeputation als agrarische Sache gekennzeichnet wurde. Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren auch bereits eingestellt.

Die Vorgänge im Landtage werden voraussichtlich noch weitere Folgen haben. Vor allem ist daraus eine sich immer mehr zuspitzende Feindschaft zwischen Nationalliberalen und Konservativen zu erkennen. Erstere sind vor allem wütend darüber, daß sie bei dem Wahlrechtsänderer von den Konservativen derart überbortelt worden sind, daß sich die Konservativen vorwiegend auf Kosten der Liberalen dauernd eine übergroße Mehrheit, und zwar durch die Eventualvorlage sichern werden.

Protest der Winzer gegen die Weinsteuern.

Am vergangenen Sonntag fand in Weisenheim am Rhein eine aus dem ganzen Rheingau stark besuchte Winzerversammlung statt. Die einstimmig eine Resolution gegen die geplante Flaschenweinsteuern annahm, weil eine solche Steuer nicht auf den Konsumenten abgewälzt werden könne, sondern von den Winzern getragen werden müsse. In der Versammlung, welcher auch der Landrat beizuhörte, sprachen neben zwei katholischen Geistlichen und einem Vertreter der Winzer, der nationalliberale Landtagsabgeordnete Wolf-Biering sowie die Reichstagsvertreter des Bezirkes, der Zentrumsabgeordnete Dahlem und der sozialdemokratische Abgeordnete Behmann-Wiesbaden. Unser Genosse hat mit seinen Darlegungen, daß alle erforderlichen Staatsmittel, wie das bei den Gemeinden zum größten Teil jetzt schon der Fall sei, und wie das die Sozialdemokratie immer verlangt habe, auf direktem Wege aufgebracht werden sollen, reichen Teilfall.

Kosafenalut.

Wie der Schlesiische Verein für Luftschiffahrt mitteilt, wurde am vorigen Sonnabend in der Nähe von Krotoschin der Ballon „Schlesien“ von Grenzkosafen beschossen, obwohl er sich noch über dem deutschen Gebiet befand und weithin sichtbar die deutsche Flagge trug. Einer der zitta 15 Schiffe, die abgegeben wurden, traf den Kos und schlug in einen Sandsack ein, ohne glücklicherweise jemanden zu verletzen.

Dem „Berl. Tageblatt“ wird dazu geschrieben, daß früher das Beschießen von Ballons an der russischen Grenze durchaus keine Seltenheit gewesen sei. In der Tat sind ja die russischen Grenzposten ihrer Schießkraft wegen, die sie nicht nur an Luftballons üben, berüchtigt. Und Deutschland hat sich bisher diese frechen Schießereien scheinbar gefallen lassen. Wegen des lächerlichen Zwischenfalles mit den drei Deserteuren in Zaroffo inszenierte man eine wüste Kriegshetze gegen Frankreich — die freche Schießerei der Grenzposten auf den deutschen Ballon wird man aber wahrscheinlich auch diesmal einstecken, ohne hinlängliche Benugung oder auch nur irgendeine Garantie für die Zukunft erhalten zu haben!

Enthusiasmus im Blocklager.

Karlsruhe, 21. November.

Der präparierte Extrakt, welchen die Sozialdemokraten „Kosob. Allgem. Btg.“ über das Kaiser-Kanzler-Stellbüchlein zu Potsdam zum Besten gab, veranlaßte einen Bloßhieb zu Freiburg i. B. Dort fanden sich am 18. d. M. die Gläubigen des Hottentottenselbstmordes zu einer großen Versammlung unter Professor v. Belows Vorsitz zusammen. Sie jubelten vor Entzücken über die glückliche Wendung durch Bernhards Fügung und drohten den Hauptling des Bloßhies an, um ihn wegen der konstitutionellen Organisationschaften im kaiserlichen Kabinett zu beglückwünschen. Bälou antwortete telegraphisch an Below, daß ihm dieses Verständnis der Freikonservativen, Nationalliberalen und Demokraten zu Freiburg für die dankenswerte Rundgebung des Kaisers in ganz Deutschland empfindenswerter erscheine.

Es war kein Bloßhieb, der einstens zu Freiburg das Pulver erkand. Welche Ratschläge gehört aber hierzu, wenn Politiker von der Sorte des Universitätsprofessors Schmidt in der Bloßhiebversammlung sich gegen die Einwirkung der Volksvertretung auf die Ernennung und Entlassung der Minister wenden, die sozialdemokratischen Anträge zum konstitutionellen Ausbau bekämpfen und schließlich eine Wendung der schlimmen Zeiten nur erwarten „von der inneren Umwandlung des Kaisers“.

Doch es kommt noch schöner! In einer von den Jungliberalen einberufenen Versammlung zu Karlsruhe forderte der Vorstand zur Bekämpfung des persönlichen Regimentsverfassungsmäßige Garantien mit der Bedingung: keine Steuerbewilligung ohne Verfassungsänderung. Vor dem Protest der Diskussionsredner, zu denen auch der neueste demokratische Glanzstern Professor Helbing gehörte, der Gedächtnisredner für den Revolutionär Robert Blum, mußte die Garantieresolution zurückgezogen werden.

Der prozessmäßige Afrika-Peters.

Die „Münchener Post“ teilt mit, daß Dr. Peters dieser Tage die Kosten seines Prozesses gegen die „Kölnische Zeitung“, die er vor einigen Wochen noch nicht zahlen konnte, gezahlt hat. Danach ist es also nicht etwa Geldmangel, der Herrn Peters zum Juristziehen seiner Klage gegen die „Münchener Post“ und gegen den „Vorwärts“ bewogen hat. —

Die Balkankrise.

Der österreichische Standpunkt.

Die Frage des türkischen Vorkaufs bereitet der österreichischen Regierung sichtlich zunehmende Schwierigkeiten. Im letzten österreichischen Ministerrat herrschte die Auffassung, daß bei Fortdauer des Vorkaufs die Verhandlungen mit der Türkei nicht fortgesetzt werden könnten. Dagegen ist die österreichische Regierung zu einer Reihe wirtschaftlicher Zugeständnisse an die Türkei bereit. Sie will der Abschaffung der Kapitulationen zustimmen und einen neuen Handelsvertrag abschließen, also die Türkei in Justiz und Handel als völlerberechtigten modernen Staat anerkennen. Außerdem verspricht Österreich die Unterstützung der türkischen Geldanpräge an Bulgarien. Das sind sicherlich Zugeständnisse, von denen man annehmen sollte, sie könnten das Zustandekommen einer türkisch-österreichischen Verständigung herbeiführen.

Der Vorkauf.

Belgrad, 24. November. Wie die „Kölnische Zeitung“ vom 23. aus Saloniki meldet, ist der aus Ankerpen eingetroffene, von einer belgischen Reederei gecharterte österreichische Dampfer „Alga“ trotz der belgischen Flagge am Auslaufen verhindert worden.

Wie dasselbe Blatt unter gestrigem Datum aus Ueskub erfährt, ist der Albanier Doletinas mit 70 Mann in seiner Festung bei Mitrovitza umzingelt worden. Artillerie konnte wegen Geländeschwierigkeiten nicht herankommen. Die Verluste an Soldaten betragen bis jetzt fünf Tote und acht Verwundete. Der Kampf dauert fort.

Verhäufung der türkisch-österreichischen Beziehungen.

Konstantinopel, 24. November. Der Großvezir Riamil Pascha erklärte, gegen die Vorkaufsbewegung keine Nachmittel anwenden zu können. Um den Widerstand der Rostirägerjunk, die die Verladung der österreichischen und

ungarischen Waren vorzunehmen absieht, zu brechen, müßte er die bewaffnete Macht aufbieten; hieraus könnten schwere Komplikationen entstehen, für welche die Pforte die Verantwortung nicht tragen wolle. Darauf verständigte der österreichisch-ungarische Botschafter Markgraf Pallavicini die Pforte, daß er infolge von Instruktionen von seiner Regierung übermorgen Konstantinopel bis auf weiteres verlasse. Zur Führung der Geschäfte bleibe Botschafterrat Otto zurüd. Die Abreise Pallavicinis wird allgemein im Sinne einer sehr ernstlichen Demonstration beurteilt.

Serbische Banden.

Serajewo, 24. November. Nach Meldungen aus Biewlje herrscht an der serbischen Grenze lebhafteste Bewegung. Wie es heißt, ist eine große Bande, die mit Bomben ausgerüstet sei, aufgetaucht.

Serbische Rüstungen.

Konstantinopel, 24. November. „Jeni Gazetta“ meldet, Serbien habe 120 000 Stück 7 Millimeter-Kaufgewehre und 80 Millionen Patronen angekauft, deren Transport, wenn die Pforte es gestatte, über Saloniki erfolgen soll.

Oesterreich.

Wieder ein sozialdemokratischer Wahlsieg.

Wien, 23. November. (Sig. Ver.) Am Samstag fand die Stichwahl für den italienischen Landtag im Wahlbezirk Muggia-Isola (Städteleute) statt. Es erhielt von 333 gültig abgegebenen Stimmen der Lecher Franz Borzenon (Sozialdemokrat) 189 Stimmen; auf den Pfarrer Mujesan (Christlich-sozial) entfielen 171 Stimmen. Ersterer erscheint somit gewählt.

Die Studentenkrawalle.

Wien, 23. November. Bei den heutigen Vorfällen in der Unübersicht sind dreihundert Studenten mehr oder weniger beteiligt worden. 27 Studenten wurden verhaftet, von denen fünf wegen schwerer Körperverletzung dem Landesgericht eingeliefert wurden.

Wien, 24. November. Der Rektor der Universität hat in einer Bekanntmachung das Vorgehen der italienischen Studenten, die tödliche Waffen bei sich geführt haben, auf das schärfste verurteilt, ihre Tat als ein Verbrechen bezeichnet und die schwersten Disziplinarkraften gegen die Schuldigen angekündigt. Die Universität und auch die Technische Hochschule bleiben bis auf weiteres geschlossen.

Wien, 24. November. In einem Communiqué protestieren italienische Abgeordnete gegen die Darstellung der gestrigen traurigen Vorfälle und erklären, vor Abschluß des strafgerichtlichen Verfahrens könne niemand ein Urteil abgeben, daß die italienischen Studenten allein geschuldet und dies nicht in äußerster Notwehr getan hätten. Die Abgeordneten forderten, daß auch gegen die Angreifer mit gerechter Strenge vorgegangen werde.

Die Wirkung in Italien.

Rom, 24. November. Aus Anlaß der Vorfälle zwischen deutschen und italienischen Studenten an der Universität in Wien haben heute früh und heute nachmittag an der hiesigen Universität Studenten- und Arbeitergruppen Kundgebungen, die aber ohne bemerkenswerte Zwischenfälle verlaufen sind. Eine kleine Gruppe von Studenten begab sich nach der Piazza Colonna zur österreichisch-ungarischen Botschaft, um hier Kundgebungen zu veranstalten, wurde aber von der Polizei ohne Schwierigkeit zerstreut. Auch aus den Provinzen kommen Meldungen über eine Bewegung unter den Studenten infolge der gestrigen Vorgänge in Wien, doch sind bis jetzt keine bemerkenswerten Zwischenfälle zu verzeichnen.

Frankreich.

Eine Enquete über die sozialen Bedingungen der Kriminalität.

Paris, 23. November. (Sig. Ver.) Die parlamentarische Diskussion über die Todesstrafe hat die geeinigten Sozialisten veranlaßt, eine Reihe von Vorschlägen anzuarbeiten, die durch hygienische und pädagogische Maßregeln der Degeneration der großstädtischen Jugend, dieser furchtbaren Verbrechensquelle, Einhalt tun sollen. Der erste dieser Vorschläge hat die Errichtung einer permanenten Untersuchungskommission zum Ziel, die ihren Hauptstich in Paris und Sektionen in allen Orten, wo sich Strafgerichte befinden, haben soll. Sie soll die Vergangenheit, die sozialen Antezedenzien der Verurteilten erforschen und den Einfluß festzustellen suchen, den die Unwissenheit, die Verlassenheit, die Arbeitslosigkeit, das Elend, das Milieu seiner Schlupfwinkel und der Gefängnisse mit ihrem Durcheinander von unreifer Jugend und ausgemachtem Verbrechertum, der Alkohol und nervöse Entartung auf die Entstehung des Verbrechens ausüben. Die Resultate dieser Untersuchungen sind alljährlich dem Parlament vorzulegen. Die Kommission soll aus Richtern, Rechtsgelehrten, Volkswirtschaftlern, Soziologen, Lehrern, Professoren, Ärzten, Mitgliedern der Gesehgebung, Vertretern der Unternehmerverbände und der Handelskammern sowie der Gewerkschaften und Arbeitsbüros bestehen.

In der Begründung dieses Vorschlags verweist Jaurès in der „Humanité“ auf die einschlägige Tatsache, daß unter der dritten Republik 74 junge Männer unter 20 Jahren guillotiniert worden sind. Und viele von ihnen waren keine 17 Jahre alt!

England.

Der Auskauf der irischen Großgrundbesitzer.

London, 23. November. Unterhaus. Der Cheffsekretär für Irland Birrell brachte ein Gesetz ein, betreffend Abänderung des gegenwärtigen Systems für Landwerb in Irland. Birrell legte die Gründe dar, warum die finanziellen Maßregeln des Systems verlagert haben, und führte aus, daß die bereits abgeschlossenen Landwerbsgeschäfte sich auf 25 Millionen Pfund Sterling belaufen, während die noch im Verhandlungsstadium befindlichen Geschäfte einen Wert von 52 Millionen darstellten und die zukünftigen Geschäfte auf 100 Millionen geschätzt würden. Er schlägt vor, daß der Reichsschatz den irischen Pächzählern dadurch zu Hilfe komme, daß er die Verantwortung für die Verluste übernehme, die durch Begebung der Anleihe unter pari entstehen könnten; diese Verluste könnten sich eventuell auf 600 000 Pfund Sterling jährlich belaufen. Sämtlich der im Verhandlungsstadium befindlichen Geschäfte sollten die Grundeigentümer die Wahl haben, ob sie das Kaufgeld in Anleiheanteilen oder teilweise in solchen und teilweise in bar wollen, während bezüglich der zukünftigen Geschäfte eine neue 3 Proz. Anleihe begeben werden solle.

Gegen die Schankbill.

London, 24. November. Eine Versammlung antonistischer Mitglieder des Oberhauses hat mit großer Stimmenmehrheit beschlossen, die neue Schankgesetzvorlage in zweiter Lesung zu verwerfen.

Türkei.

Die Wahlen.

Konstantinopel, 24. November. Die Griechen in Pera haben in einer Versammlung, unter Vorbehalt des Protestrechtes

im Parlament, den Beschluß gefaßt, an den Wahlen teilzunehmen. Das jungtürkische Komitee bietet jetzt den Griechen anstatt 3 Deputiertenmandate für Konstantinopel nur deren zwei.

Persien.

Wieder aufgeschoben.

Teheran, 24. November. Die Proklamation des Schahs, in der erklärt wird, der Schah habe sich entschlossen, sein Parlament einzuberufen, ist zurückgezogen worden. Wie man glaubt, ist dies mit Rücksicht auf die Vorstellungen von England und Rußland erfolgt.

Eine englische Regierungserklärung.

London, 24. November. Unterhaus. Staatssekretär Grey erklärte auf eine Anfrage bezüglich des Restripts des Schahs, der Schah habe dies völlig im Gegensatz zu den Ratschlägen getan, welche die englische und die russische Regierung im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung in Persien gegeben haben, und deshalb falls die Verantwortung für die Folgen dieses Vorgehens dem Schah ausschließlich zur Last.

Indien.

Ein neues Attentat.

Lahore, 24. November. Der Polizei-Distriktschef von Jalalpur ist von einem eingeborenen Polizeibeamten ermordet worden.

Der Protest gegen das persönliche Regiment und die Steuerplünderung.

Fünf große Protestversammlungen fanden am Sonnabend in Groß-Stettin statt. In überfüllten, nicht nur von Arbeitern besuchten Versammlungen hielten die Genossen Deder, Janisch, Hunger, Kuntze und Mehlisch scharfe Abrechnung mit dem herrschenden Regiment. Die Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

In Elbing sprach der Genosse Lipinski am Sonnabend in einer stark besuchten Versammlung im großen Saale des Vereinsgartens über den „Bankrott der Reichspolitik“. Die Ausführungen fanden begeisterten Widerhall. Die Leipziger Resolution wurde einstimmig angenommen.

In Schleien tagten überfüllte Versammlungen am Sonnabend in Langens, am Sonntag in Tiefenfurth, Raufsch, Lohmisch, Reiffe, Reustadt, Döppeln und Leubusch bei Brieg.

Eine Massenversammlung zu Recklinghausen nahm am Sonntag nach einem heftigsten ausgenommenen Referat des Genossen Scheide-Dortmund eine energische Resolution gegen das persönliche Regiment wie gegen das bestehende Regierungssystem an. Scharfe Worte fielen besonders gegen das wahlplappige Verhalten der hier dominierenden Zentrumsparthei. Eine ganze Reihe Versammlungsteilnehmer, Männer wie Frauen, meldeten sich zur Aufnahme in den sozialdemokratischen Verein.

Parlamentarisches.

Die Gewerbeordnungs-Novelle.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle beendete gestern die zweite Lesung des Teiles der Gewerbeordnungs-Novelle, der mit der Berner Konvention in Verbindung steht. Der Antrag unserer Genossen auf besondere Bezahlung für die Ueberarbeitszeit mußte zurückgestellt werden, weil die National-liberalen und das Zentrum leider gegen seine Beratung an dieser Stelle der Novelle Widerspruch erhoben. Die elfstündige Ruhezeit für Arbeiterinnen war auf Antrag unserer Genossen in der ersten Lesung in § 139a, Ziffer 5, hineingebracht. Diese Ziffer ermächtigt den Bundesrat, Ausnahmen von den Schutzbestimmungen für solche Gewerbe zuzulassen, in denen die Verletzung der Nachtarbeit zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen dringend erforderlich erscheint. Die Vertreter der braunschweigischen und preussischen Regierung hatten lebhaftesten Widerspruch gegen die Notwendigkeit der Gewährung einer Rindestruhezeit von elf Stunden erhoben, weil die Konservenfabriken für Gemüse und Obst mit solcher Bestimmung nicht auskommen könnten. Das Zentrum tam der Regierung entgegen. Es beantragte die Ueberschreitung der Arbeitszeit für 60 Tage und eine Verkürzung der Ruhezeit bis auf 8 1/2 Stunden für die betroffenen Gewerbe zu gewähren. Vergänglich legten Roffenbühr und Stadthagen die Entbehrlichkeit solcher Ausnahmegestaltung dar und verlangten, die Ausnahmen eventuell auf Konservenfabriken für Gemüse oder Obst zu beschränken, die Fischräucherereien und Fischkonservenfabriken und andere Industriezweige also nicht unter die Ausnahmegestaltung zu bringen. Ihr Antrag wurde aber gegen ihre und die Stimmen der Abgeordneten Pothhoff und Gothein (fr. Vg.) abgelehnt. Der Antrag des Zentrums gelangte mit einem Amendement des Abgeordneten Schack, daß die Rindestruhezeit nicht 8 1/2 Stunden, sondern 9 Stunden betragen solle, zur Annahme.

In § 134a hatte die Kommission dem Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen in Bergwerken unter Tage auch das Verbot der Beschäftigung über Tage beigelegt. Hiergegen liefen die Werksbesitzer in Oberschlesien Sturm. Sie behaupteten, daß über 9500 Mädchen im Alter von 16 bis 24 Jahren mit lediglich leichten Arbeiten beschäftigt würden und daß eine Ersatzarbeit sich nicht finden würde. Zwei preussische Regierungsvertreter unterstützten eindringlich das Begehren der Werksbesitzer. Auch der Abgeordnete Gothein (fr. Vg.) hält die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Bergwerksbetrieben über Tage für nicht gesundheitschädlich und einen Ersatz der Arbeit für unmöglich. Genosse Roffenbühr legt dar, die Beschäftigung der Arbeiterinnen im ober-schlesischen Bergbau ist lediglich eine Lohnfrage. Die Arbeiter in Rheinland-Westfalen erhielten nach den amtlichen Nachrichten im Jahre 1907 gegen 9 M. mehr als die in Oberschlesien, soweit es sich um Arbeit unter Tage handelt, und etwa 1 M. mehr, soweit die Arbeit über Tage in Frage kommt. Die Arbeiterin erhält in Oberschlesien aber nur etwa über 1 M., im Jahre 1907 durchschnittlich 1,24 M. Für diesen billigen Lohn sind allerdings auch ausländische Arbeiter nicht zu haben. Dieser niedrige Lohn ist der Grund für die Beschäftigung der im Hausatze ihrer Eltern lebenden Mädchen. Schließlich gelangte mit allen Stimmen der Kommission, auch denen des Zentrums, gegen die Stimmen unserer Genossen die Abweisung zum Antrage, daß für Arbeiterinnen die Arbeit über Tage, soweit es sich um Kleinarbeit (Aussonderung der Steine von der Kohle),

um Erzwäsche und um Reinigungsarbeiten handelt, zulässig sein soll.

Die so gestaltete Vorlage wurde dann einstimmig angenommen. Der Bericht der Kommission wird voraussichtlich in der nächsten Woche dem Plenum zugehen können.

Drucksachen.

Aus dem Reichstag. (Nr. 1045) Verordnung über den Postüberweisungs- und Scheckverkehr (Postischordnung).

Aus der Partei.

Zum Wahlsieg in Nürnberg

Wird uns von dort noch geschrieben: Am Montag schlugen unsere Nürnberger Genossen wieder eine heisse Schlacht. Es galt dem Ansturm auf die letzte Position, die der freisinnig-liberalen in Nürnberg noch inne hat: auf das Rathaus. Infolge der Einführung des Proporz können die Sozialdemokraten jetzt nicht mehr aus der Gemeindevertretung ausgeschlossen werden, deshalb wurden von dem Gegner alle Kräfte darauf konzentriert, die Zahl der sozialistischen Vertreter möglichst zu beschränken und die liberale Vorherrschaft zu behaupten. Nach alter Gewohnheit glaubte dies der Freisinn durch die schlimmsten Verleumdungen und Verdächtigungen erreichen zu können. Der Erfolg dieser Kampfmethoden war, wie immer, ein negativer. Fünf Parteien wählten um die Gunst der Wähler: die Sozialdemokratie, die verbündeten freisinnig-liberalen, das Zentrum, die Volkspartei und die Mittelstandspartei. Außerdem suchten in letzter Stunde noch einige Interessentengruppen ihre Sonderlisten zu empfehlen. Das Stimmenergebnis ist folgendes:

Sozialdemokratie	9000	Zettel mit 270 000 Stimmen
Freisinnig-liberal	8440	192 800
Volkspartei	770	23 280
Mittelstandspartei	1250	37 480
Zentrum	1260	37 910

Die 20 Sitze, die zu besetzen sind, blühten sich wie folgt verteilen: 9 Sozialdemokraten, 8 Liberale, 3 Mittelstandspartei und Zentrum zusammen.

Von allen Gemeindevahlen, die jetzt in Bayern stattfinden, beanspruchen die in Nürnberg das größte Interesse. Und zwar deshalb, weil hier endlich einmal eine durch vier Jahrzehnte mit der größten Schamlosigkeit und Verleugnung der eigenen Parteigrundzüge aufrecht erhaltene Gewalt Herrschaft geübt worden ist. Der Proporz hat mit dem freisinnigen Regiment aufgeräumt. Bei dem bisherigen System konnte der Freisinn zuletzt seine Herrschaft nur dadurch behaupten, daß er mit allen anderen bürgerlichen Parteien Kompromisse abschloß und ihnen zum Dank für ihre Wahlhilfe eine bestimmte Anzahl der Sitze abließ. Damit ist es jetzt zu Ende. Alle Parteien hatten für einen Teil ihrer Kandidaten von dem Recht der Stimmenhäufung Gebrauch gemacht. Zentrum und Mittelständler hatten ihre Listen miteinander verbunden, um die sich bei der Verteilung der Sitze ergebenden Stimmenergebnisse nicht zu verlieren und eventuell für die eine oder die andere der Parteien noch einen Bevollmächtigten herauszuschlagen. Die Sozialdemokratie hatte 15 Kandidaten aufgestellt, von denen sie sechs je dreimal und drei je zweimal häufte, die übrigen erhielten einfache Stimmen. Die Sozialdemokratie hatte vor drei Jahren 5400 Stimmen aufgebracht gegen 8100 der gesamten bürgerlichen Parteien. Damals betrug die Zahl der Wahlberechtigten 16 300. Inzwischen war fleißig gearbeitet worden, um recht viele Genossen zum Erwerb des Bürgerrechts zu veranlassen. Der Erfolg dieser Agitation, die freilich auch auf der Gegenseite mit vermehrter Tätigkeit beantwortet wurde, zeigte sich in der Annahme der Wahlberechtigten. Die Wählerlisten wurden am 2. November mit 22 000 Wählern abgeschlossen; seitdem waren aber noch weit über 1000 Bürgerrechtsberechtigungen erfolgt, so daß mehr als 23 000 Wähler vorhanden waren. Die erdrückende Mehrheit der neu zugegangenen Wähler bestand aus Arbeitern.

Nürnberg, 24. November.

(Privatdepeche des „Vorwärts“)

Nach neuerer amtlicher Berechnung sind nicht neun, sondern zehn Sozialdemokraten gewählt. Die Hälfte der Sitze fällt also bei der Drittel-Erneuerung der Sozialdemokratie zu. Im ganzen sind gewählt: zehn Sozialdemokraten, acht Liberale, ein Mittelständler und ein Zentrumsmann.

Gemeindevahlen.

In Rarth i. W. fielen bei der Stadtverordnetenwahl am Montag der Sozialdemokratie 6 Mandate, der Demokratie und den Freisinnigen und National-liberalen 4 Mandate zu.

Die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, die laut Städteordnung im November stattzufinden haben, brachten der Sozialdemokratie in einer ganzen Reihe von Gemeinden schöne Erfolge. Sie hat in Jzehoe, Lauenburg und, wie schon telegraphisch gemeldet wurde, in Wandsbeck Mandate erobert, während in Flensburg, Reumünster, Altona und anderen Orten unsere Genossen den vereinigten Gegnern hart auf den Leib gerückt sind, so daß bei den nächsten Wahlen die Mandate der Sozialdemokratie zufallen dürften. In mehreren Orten ist der sozialdemokratische Stimmenzuwachs ein ganz enormer, hat er sich verdoppelt und sogar verdreifacht.

Besonders heiß und interessant war der Verlauf der Wahl in Wandsbeck, einer 85 000 Seelen zählenden Nachbargemeinde Hamburgs. Hier hat von jeher ein ebenso borniertes wie brutales Spielertum das Rathaus beherrscht und, um unseren Genossen die kommunale Mitarbeit zu verwehren, den höchstzulässigen Wahlsatz von 1850—1500 M. eingeführt, während er in anderen größeren Gemeinden der Provinz 1000—1350 beträgt. In dieser, unerträglich Agitationsarbeit, die schon Anfang der neunziger Jahre einsetzte, haben unsere Genossen Verleide in diesem reaktionären Volkwerk getroffen, indem sie im vorigen Jahre einen und bei der Wahl am Montag drei Genossen in das achtzehnköpfige Stadtparlament wählten. In den nächsten Jahren werden die Spieler glatt hinausgewählt werden. Die Furcht vor der öffentlichen Stimmabgabe ist überwunden, das auf Terror gestimmte Wahlrecht schreckt das Proletariat nicht mehr zurück, vielmehr streift jetzt das Bürgertum nach einem „besseren“ Wahlrecht.

Die Mißheftigkeiten in der sozialistischen Arbeiterbewegung Englands.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Die Ablehnung Hyndmans und Graysons, zusammen mit Keir Hardie auf einer Tribüne zu sprechen, hat die Mißheftigkeiten in der sozialistischen Arbeiterbewegung verschärft. In einem Eingekandt an die „Daily News“ protestiert der Arbeiterabgeordnete Peter Curran gegen die Verleumdung, die Hardie zugefügt wurde. Curran bestrafte die Sozialdemokratische Partei (früher: Sozialdemokratische Föderation) als die Unruhefisterin.

Im laufenden Monatsheft des „Social-Demokrat“ beschäftigt sich Quetch mit der Frage der Zukunft der Arbeiterpartei. Er wirft ihr vor, daß ihre Selbständigkeit noch vieles zu wünschen übrig lasse. Mangel eines sozialistischen Programms habe der Liberalismus innerhalb der Arbeiterpartei einen großen Spielraum. Die Arbeiterreaktion habe — aus Rücksicht auf die liberale Regierung — die Arbeitslosenfrage in Parlament nicht mit der nötigen Energie vertreten. Wäre die Arbeiterpartei eine Zukunft haben, so müßte sie sich in eine sozialistische Partei der Arbeiterklasse verwandeln.

Racdonald beschäftigt sich in der heutigen Nummer des „Labour Leader“ mit der Haltung der Arbeiter in der Arbeitslosenfrage und behauptet, daß es für sie ganz unmöglich war, anders zu handeln. Die Regierung lehnte es entschieden ab, eine Gesetzvorlage betreffend Arbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Tagung einzubringen

oder anzunehmen, da seit mehreren Monaten eine Spezialkommission über das geltende Armengesetz berät und bald einen Bericht darüber mit den nötigen Reformvorschlägen dem Parlamente unterbreiten wird. Die Regierung wartet auf die Ergebnisse der Kommission. Die Arbeiterfraktion konnte also vorläufig nur auf die Ergreifung von Verwaltungsmaßnahmen dringen und das habe sie auch getan. Alle Anklagen, die in dieser Beziehung gegen die Arbeiterfraktion erhoben werden, beruhen auf einer Verkennung der parlamentarischen Lage.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die sozialdemokratische Presskammer behandelt werden. Genosse Steinkamp vom „Vollblatt“ für Bochum hatte in der Strafsache ein immoralisches Gesangslied wegen Beleidigung des Kriegsministers zu verbüßen. Trotz seines Protestes und trotz seines Schwereits, daß er ein altes, chronisches Magenleiden habe, wurde ihm keine Krankenloft bewilligt, er hat vielmehr das gewöhnliche Brot zu kosten bekommen. Sofort nach der Entlassung ist er nun von seinem alten Leiden wieder befallen worden und hat sich in ärztliche Behandlung begeben. Seine Wiederherstellung wird nach Aussage des Arztes Wochen erfordern.

Aus Industrie und Handel.

Rheinisch-westfälisches Kohlenyndikat.

Der Beirat des Kohlenyndikats hat nun endlich beschlossen, eine Preisermäßigung für Kohle und Steinkohle einzutreten zu lassen. Es sollen ermäßigt werden die Kohlpreise für Hochofenlohe für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1909 um zwei Mark pro Tonne, für Kokslohe um 1,25 Mark pro Tonne. Die Preise für die übrigen Kohlsorten, für Brissetts und Industriekohlen wurden für das nächste Abschlußjahr, das ist vom 1. April 1909 bis 31. März 1910, um 0,25 bis 1,00 Mark pro Tonne ermäßigt; die Preise für größere Kohlsorten blieben unverändert.

Aus dem der Fehdenbesitzerversammlung erstatteten Bericht ist folgendes zu entnehmen: Der rechnermäßige Absatz betrug im Oktober bei 27 (im gleichen Monat des Vorjahres 27) Arbeitstagen 5 590 823 (Vorjahr 5 999 806) Tonnen oder arbeitsmäßig 206 690 (Vorjahr 222 215) Tonnen. Von der Beteiligung, die sich im Oktober auf 6 959 517 (Vorjahr 6 878 882) Tonnen bezieht, sind danach 80,19 Prozent (Vorjahr 87,25 Prozent) abgesetzt worden.

Der Verband einschließlich Landdebit, Deputate und Lieferungen der Gütergeschen an die eigenen Hüttenwerke betrug an Kohlen bei 27 Arbeitstagen (Vorjahr 27) 4 842 986 (Vorjahr 4 690 462) Tonnen oder arbeitsmäßig 179 370 (Vorjahr 173 721) Tonnen; an Koks bei 31 (Vorjahr 31) Arbeitstagen 1 088 282 (Vorjahr 1 248 321) oder arbeitsmäßig 33 493 (Vorjahr 43 436) Tonnen; an Brissetts bei 27 (Vorjahr 27) Arbeitstagen 273 031 (Vorjahr 259 280) Tonnen oder arbeitsmäßig 10 112 (Vorjahr 9603) Tonnen. Hierzu gingen für Rechnung des Syndikats an Siehlen 4 082 093 (Vorjahr 4 015 204) Tonnen oder arbeitsmäßig 149 887 (Vorjahr 148 711), an Koks 782 823 (Vorjahr 1 135 116) Tonnen oder arbeitsmäßig 25 252 (Vorjahr 36 617) Tonnen, an Brissetts 264 442 (Vorjahr 254 078) Tonnen oder arbeitsmäßig 9794 (Vorjahr 9410) Tonnen.

Die Förderung stellte sich insgesamt auf 7 102 683 (Vorjahr 7 164 214) Tonnen oder arbeitsmäßig auf 293 002 (Vorjahr 265 341) Tonnen und im September 1908 auf 7 071 748 resp. 271 990 Tonnen.

Der Bericht führt weiter aus: Die Ausführungen des vormonatlichen Berichtes über die im Monat Oktober dieses Jahres aufstallende starke Abminderung des Brennmaterialbedarfs und über den infolgedessen zu gewärtigenden weiteren Rückgang des Absatzes haben durch die vorstehenden Zahlen ihre volle Bestätigung gefunden. Der rechnermäßige Absatz ist mit arbeitsmäßig 206 690 Tonnen auf einen so tiefen Stand gesunken, wie er seit November 1905 nicht mehr zu verzeichnen gewesen ist. Er weist im Vergleich zu dem schon recht ungünstigen Ergebnis des Vormonats eine Abnahme von 5,9 Prozent und gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine solche von 6,99 Prozent auf. Auf die Beteiligung wurden 80,19 gegen 85,25 Prozent im Vormonat abgesetzt. Ebenso ungünstig haben sich die Verhältnisse im Abfahre für Rechnung des Syndikats gestaltet. Derselbe ist hinter dem Ergebnis des Vormonats arbeitsmäßig in Kohlen um 8,08 Prozent, in Koks um 1,43 Prozent und in Brissetts um 1,36 Prozent zurückgeblieben. Wegen des herrschenden, sich auf alle Sorten, insbesondere aber auf Feinkohle erstreckenden Abgabemangels war das Syndikat wiederum genötigt, größere Mengen der abgenommenen Kohlen und Brissetts zu lagern. Auch die Koksbestände auf den Fehden haben infolge der anhaltend schwachen Anforderungen der Süttengedien wiederum eine Erhöhung erfahren. Der Absatz in Brüssel war nach Lage der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse befriedigend.

Die ungünstigen Absatzverhältnisse dauern im laufenden Monate ungeschwächt fort. Sie haben zeitweise sogar noch eine Verschlechterung durch die Behinderung erfahren, die der Wasserungsverkehr über die Rhein-Niederbächen infolge des niedrigen Wasserstandes und vorübergehend auch durch Frostwetter erlitten hat.

10 Millionen Mark Reingewinn.

Die Siemens-Schubert-Werke, G. m. b. H., erzielen nach der dem Aufsichtsrat vorgelegten und von diesem akzeptierten Bilanz bei reichlichen Abstellungen und Rückstellungen einen Reingewinn von 10 194 910 Mark. Es soll daraus den beiden Gesellschaftern als Gewinnanteil 9 000 000 Mark überwiesen, 800 000 Mark für Gratifikationen an Angestellte und Arbeiter und 350 000 Mark zur Dotierung des Dispositionsfonds verwendet und der Rest von 44 910 Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden. Ueber das laufende Geschäftsjahr wurde berichtet, daß die bisher eingegangenen Bestellungen diejenigen der gleichen Periode des Vorjahres nicht unwesentlich übersteigen.

Zahlungseinstellungen der Bonner Bank für Handel und Gewerbe. Die Bonner Bank für Handel und Gewerbe hat ihre Zahlungen eingestellt. Das Aktienkapital der Bank, die im Jahre 1876 begründet wurde, beträgt 3 000 000 Mark, die Rücklagen machen etwas über 1 000 000 Mark aus. Es sind nicht unbeträchtliche Beträge von Depositionsgeldern bei ihr eingezahlt. Die Kassen der Bank blieben am Montag gefüllt. Die Zahlungen sind eingestellt. Die Bank hat in Grundstücken sehr große Beträge festgelegt, so von einer Godesberger Baugesellschaft allein 3 000 000 Mark zu fordern. Darin liegt auch die Ursache der Schwierigkeiten. Das Aktienkapital und die Reserven der Bank gelten als völlig verloren. Inwieweit die übrigen Gläubiger befriedigt werden können, steht noch nicht fest, doch dürfte auch hier ein größerer Ausfall wahrscheinlich sein. Depositionsgläubiger sind hauptsächlich der Bonner Bürgerstand und eine Reihe von Stiftungen.

Soziales.

Protestversammlungen der Konsumvereine gegen die Gesellschaftssteuer.

Die Konsumvereine sind eifrig an der Abwehr gegen den Teil des Gelegentwurfs über die Gesellschaftssteuer, der sich gegen sie richtet. Dieser wird bekanntlich die Konsumvereine, die schon mit Steuern aller Art reichlich bedacht sind, mit einer neuen Steuer befallen. Der Unterverband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg hält zum Zwecke der Information über die Tragweite des Gelegentwurfs Bezirksversammlungen ab. Nachdem am 15. November eine solche Versammlung in Pignitz stattgefunden hatte, die sich gegen jede Verschärfung ausgesprochen hat, kamen am letzten Sonntag die Konsumvereine der Niederlausitz in Cottbus zusammen, um ebenfalls gegen den Gelegentwurf Stellung zu nehmen. Genosse Karl Giesel-Berlin, erläuterte in einem einständigen Vortrage, Redakteur: Hans Werder, Berlin. Infolgenteil veranw.

trage eingehend den Entwurf. Redner wies an der Hand von vielen Beispielen die Unhaltbarkeit der dem Gelegentwurf beizugebenden Begründung und die Ungerechtigkeit der Steuer nach. Die Konsumvereine stellen Personvereinigungen dar, die sich zwecks Beschaffung billiger Lebensmittel zusammengeschlossen haben und können somit mit ausbrennenden Alltagsgesellschaften nach keiner Richtung verglichen werden, deren direktester Gegenpol sie sind. Die neue Steuer gegen die Konsumvereine ist ein Ausnahmesteuergesetz gegen die ärmeren Volksschichten. Eine lebhafteste Diskussion legte Zeugnis davon ab, daß der Ernst der Situation erkannt wurde. Der Vorsitzende Paul Müller-Berlin forderte noch zum einmütigen Protest gegen den Entwurf auf, den er als eine Konzession an die wirtschaftlichen und politischen Scharfmacher kennzeichnete.

Gewerkschaftliches.

Ein gefundenes Fressen

Ist natürlich der arbeitereindlichen Presse die Form der Debatte über den „Post“-Prozess, die Rehäuser und seine Freunde ihr zu geben versuchen. Unter der Ueberschrift „Der Vorwärts“ nach“ leistet sich „Das Reich“ einen Leitartikel, in dem das Blatt ein Flugblatt des Ortsvereins Viefeld des Buchdruckerverbandes ausbeutet und sich auf einen Artikel des Sebers Mahlo im „Korrespondent“ über angebliche Mißstände im „Vorwärts“-Betriebe stützt. Eigene Geistesblitze verdammt die Redaktion des „Reich“ in ihrem Leitartikel, wenn man nicht das Folgende dafür ansehen will:

„Die Frage, wie sich die ständige Schuld an diesen immer wieder auftauchenden Bitternissen verteilt, ist weniger wichtig; wesentlich ist, daß trotz aller guten Löhne und Wohlfahrts-einrichtungen, auf die man in der Druckerei der Lindenstraße so stolz ist, nicht einmal dies glänzende rentierende Unternehmen ein erträgliches Verhältnis im Betriebe herstellen kann. Die Predigt des Klassenkampfes täuscht sich an ihren eigenen Kindern.“

In den Klassenkämpfen im „Vorwärts“-Betriebe einen Ausfluß des Klassenkampfes zu sehen, blieb allerdings der Redaktion des „Reich“ vorbehalten.

Was die „Tatsachen“ betrifft, mit denen Mahlo im „Korrespondent“ aufwartet, so mag es genügen, dazu ein paar Zeilen aus einem Schriftstück des Genossen Böhm an uns wiederzugeben, der sich gegen Mahlo u. a. wie folgt verhält:

„Am letzten Jahlabend hat Mahlo u. a. behauptet, ich, als Mitglied der Reuenerkommission des „Vorwärts“, hätte ihn vor zwei Jahren zum Diebstahl einer im „Vorwärts“ gedruckten „Buchbinder-Zeitung“ verleiten wollen. Ich erkläre dies für unwahr!“

In Rehäusers Organ vom 21. November d. J. behauptet ferner Mahlo in einem Artikel, ich hätte ihn in derselben Angelegenheit zum Vertrauensbruch verleiten wollen. Auch dies ist unwahr!“

Insofern zu seinen Verdächtigungen gaben die von ihm überall folpostierten angeblichen Mißstände im „Vorwärts“. Ich möchte doch nur einmal die „Buchbinder-Zeitung“ lesen, so lamentierte Mahlo vor zwei Jahren; dann würde ich staunen, wie es in dem genannten Betriebe zugehe. Ich erbat die Zusendung der betreffenden Artikel, damit ich dieselben in einer gemeinschaftlichen Sitzung der Firmenträger, der Reuenerkommission und der Geschäftsleitung vorlegen könne. Die Artikel sind mir nicht zugesandt worden. Mahlo aber zur Erlangung einer „Buchbinder-Zeitung“ durch Diebstahl oder Vertrauensbruch bewegen zu wollen, ist mir nicht eingefallen.“

Dies zur Kennzeichnung des Herrn Mahlo, den wir vorher die „Post“ jetzt „Das Reich“ als Gewährsmann heranzieht.

Was nun die Verhältnisse in der „Vorwärts“-Druckerei anbelangt, so können wir uns diesbezüglich auf die Wiedergabe einer Aeußerung beschränken, die unserem Freunde Rehäuser gelegentlich der damaligen Debatte über dieselbe Angelegenheit vor zwei Jahren im „Korrespondent“ ent-schlüpfte. Er schrieb damals mündlich:

„Daß die Arbeitsverhältnisse im „Vorwärts“ besser sind als in den meisten bürgerlichen Betrieben, ist unbestritten. Das ist aber doch selbstverständlich.“

Die Redaktion des „Reich“ würde sich den Dank der Buchdrucker mit Recht verdienen können, wenn sie, statt aus allzu durchsichtigen Gründen in häßlicher Weise über die Zustände in der „Vorwärts“-Druckerei zu leiert, tatkräftig daron ginge, den Lohn- und Arbeitsverhältnissen des „Vorwärts“-Betriebes Eingang in der Druckerei des „Reich“ zu verschaffen!

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Militärsattler.

In einer außerordentlichen Branchenversammlung der Militärsattler, die am Sonntag im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfand, berichtete Riedel über den Stand der Lohnbewegung. Gemäß dem Beschlusse der Versammlung vor acht Tagen hatten Riedel und Untner sich zunächst nach dem Reichstag begeben und dann auch um eine Unterredung mit dem Kriegsministerium nachgesucht. Der Abgeordnete Singer, an den sie sich zuerst wandten, erklärte, daß augenblicklich die Zeit, die Sache im Reichstag zur Sprache zu bringen, sehr ungünstig sei; das könne mit Aussicht auf Erfolg erst bei der Staatsberatung geschehen. Das beste wäre, wenn sie sich erst einmal an den betreffenden Deputierten des Kriegsministeriums wendeten. Am Freitag vormittag hatten sie dann auch eine Besprechung mit dem Adjutanten des Kriegsministers. Dieser erkannte die Forderungen der Militärsattler als berechtigt an, versprach in dieser Hinsicht sein Möglichstes zu tun und auch mit den Fabrikanten Rücksprache zu nehmen. Er erklärte auch, daß die Heeresverwaltung selbstverständlich großen Wert darauf lege, daß nur gutes Material zu den Arbeiten verwandt werde, und wünschte womöglich schon am nächsten Tage Mitteilung über die weitere Stellungnahme der Fabrikanten zu erhalten. Diefem Wunsche konnte jedoch nicht nachgegeben werden, da die Lohnkommission selbst am Sonnabend, nachmittag noch keine Mitteilung darüber erhalten hatte, obwohl die Frist, in der die Antwort der Fabrikanten eintreffen sollte, bereits am Mittag desselben Tages abgelaufen war. Wie später bekannt wurde, hat die Fabrikantenvereinigung am Freitag einen Tarif ausgearbeitet, dessen Preise größtenteils mit den in den Spandauer Staatswerkstätten geüblichen übereinstimmen, für einzelne Artikel jedoch niedriger angelegt sind. Was diesen Tarif außerdem und vor allem unannehmbar macht, ist, daß die Lieferung von Faden und Wachs abgelehnt wird. Zu Verhandlungen fanden die Unternehmer sich nicht bereit. Es hat aber dann am Sonnabend eine besondere Verhandlung mit den beiden Firmen S i n d e r und W i e d e m a n n stattgefunden, die fünf Stunden dauerte und schließlich zu einer Einigung führte. Die beiden Firmendirektoren hatten erklärt, daß sie lieber die festgesetzte Konventionalstrafe — die 500 Mark betragen soll — zahlen wollten, als einen Streik riskieren. Der Tarif, der hier vereinbart wurde, weicht nur in einzelnen Punkten und um wenige Pfennige von den Spandauer Preisen ab, und die Lieferung von Faden und Wachs ist ebenfalls bewilligt. Die Vertrauensmännerprüfung, die daraufhin stattfand, beschloß dann auch, das Angebot der beiden Firmen gutzuheißen. Im übrigen hat die Firma S e d e r die Forderungen der Militärsattler ohne Einschränkung anerkannt. Die genannten drei Firmen beschäftigen über die Hälfte der an der Bewegung beteiligten Arbeiter. Von den anderen Firmen zeichnet sich Felix C o b a u dadurch aus, daß hier an den von den Fabrikanten festgesetzten Preisen bei einzelnen Artikeln noch Abzüge gemacht werden. — Der Referent empfahl nun, im Einverständnis mit der

Vertrauensmännerprüfung, der Versammlung, zu beschließen, daß die Vertrauensmänner am Montag den betreffenden Fabrikanten die mit den Firmen S i n d e l und W i e d e m a n n getroffenen Abmachungen vorlegen und bis Mittwoch endgültig Antwort verlangen soll, ob diese Abmachungen anerkannt werden oder nicht. Den Vertrauensmännern, die am Mittwochabend stattfinden, soll es dann überlassen bleiben, selbständig über die vielleicht unabweisliche Arbeitsniederlegung zu beschließen.

In der regen aber sachlichen Diskussion, die dem Bericht folgte, sprachen sich mehrere Redner dagegen aus, den Fabrikanten nochmals eine Bedenkzeit zu gewähren, und hielten es für zweckmäßiger, die Ablehnung des Angebotes sofort in den Streit zu treten. Die Mehrheit war jedoch der Meinung, daß man erst alle friedlichen Mittel erschöpfen solle, und demgemäß stimmte die Versammlung schließlich den Vorschlägen des Referenten zu und ebenso dem mit S i n d e l und W i e d e m a n n getroffenen Uebereinkommen. Im übrigen wurde hervorgehoben, daß die von den beiden Firmen erwähnte Konventionalstrafe als ein Verstoß gegen die guten Sitten keineswegs rechtsverbindlich sein kann. Ferner wurde erwähnt, wie der Fabrikant W a c h h a u s einen großen Posten Aufsehtatschen zur Anfertigung übernahm und zwar für 83 Pf. das Stüd. Er gab sie weiter an Zwischenmeister, die sie für 80 Pf. lieferten. Ein Zwischenmeister, der bei Freiberg in Sachsen ansässig ist, ließ sie von böhmischen Arbeitern für 60 Pf. das Stüd anfertigen. Die Arbeiter der Spandauer Staatswerkstätten erhalten aber für dieselbe Arbeit bei freier Lieferung von Faden und Wachs 1,07 Mark. Der Preis ist also durch die Geschäftsmädelerei der Mittelschichten fast auf die Hälfte, und so tief herabgedrückt worden, daß man schließlich die billigen ausländischen Arbeitskräfte zur Anfertigung heranziehen mußte.

Sonntagsruhe in der Photographie!

Am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in Wendts Prachtal, Münzstr. 17, abermals eine öffentliche Versammlung der Berliner Photographen statt. In derselben soll das Resultat der bei den Inhabern photographischer Ateliers stattgefundenen Abstimmung bekanntgegeben und über weitere Maßnahmen in dieser Angelegenheit beraten werden. Genosse Reichstagsabgeordneter H i l d e n b r a n d t referiert über das Thema: „Der Kampf um die Sonntagsruhe und das Resultat unserer Abstimmung.“ Das allgemeine Interesse, welches die Frage der Sonntagsruhe seit langem von allen Berufsangehörigen entgegengebracht wird, läßt einen starken Besuch dieser Versammlung erwarten.

Deutsches Reich.

Massenfürbung von Vergleuten. Auf Zeche Friedrich der Große in Herne wurde 150 Vergleuten wegen Mangel an Abfahrgeländigt. Unter den dortigen Vergleuten herrscht eine sehr gedrückte Stimmung.

Ausland.

Lohnkampfesredit der schwedischen Buchdruckerbesitzer. Der Tarifvertrag der schwedischen Buchdrucker läuft mit dem 31. Dezember ab. Für den Fall, daß ein neuer Vertrag nicht zustande kommt und damit ein Lohnkampf ausbricht, hat ein Konsortium von 17 Banken den Buchdruckereien einen Kredit von 2 Millionen Kronen zugesichert. Die Prinzipale haben diese Tatsache durch Telegramme in allen Zeitungen des Landes verkünden lassen, offenbar um mit ihrer Kriegsanleihe der Gehilfenschaft von vornherein einen heilsamen Schreck einzujagen, was aber sicherlich ein verfehltes Beginnen ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Rentenfestsetzung für Rabod.

Das offiziöse Wollische Depeschenbureau verbreitet über die Rentenfestsetzung für die Hinterbliebenen der Katastrophe von Rabod folgende Notiz:

B o d u m, 24. November. Bei dem Unglück auf der Zeche Rabod sind 341 Personen getötet und 27 verletzt, mithin waren 368 Personen von dem Unglück betroffen worden. Das Sektionsverwaltungs-bureau der Knappschafts-Vereinsgenossenschaft hat die erforderlichen Arbeiten für das Rentenfestsetzungsverfahren unverzüglich aufgenommen und so gefördert, daß mit der Auszahlung der Entschädigungen für die Hinterbliebenen seitens der zuständigen Behörden am 16. November begonnen werden konnte. Die letzten Zahlungsanweisungen sind, soweit deren Ausfertigungen erfolgen konnten, der kaiserlichen Oberpostdirektion in Dortmund am 22. November vormittags eingesandt worden. In 71 Fällen konnte das Sterbegeld, und in 79 Fällen die Hinterbliebenenrente noch nicht angewiesen werden, weil der Wohnort der Hinterbliebenen noch nicht zu ermitteln war. Die Fürsorge für die Ausländer wird stattfinden, wenn die erforderlichen Urkunden durch die betreffenden Konsulate beschafft worden sind, wozu sich diese schon bereit erklärt haben. Die bis jetzt festgesetzten Infallensentschädigungen betragen a) einmalige Ausgaben für 341 Getötete 86 536,28 Mark, Sterbegeld oder im Durchschnitt pro Kopf 107,14 Mark, b) fortlaufende Ausgaben für 232 Witwen mit 567 Kindern 184 010,34 Mark. Im Durchschnitt entfallen auf jede Familie rund 800 Mark (genau 793,15 Mark). Danach erhalten 6 Witwen zusammen eine Jahresrente von 1382,22 Mark. Nach den Festsetzungen der Knappschafts-Vereinsgenossenschaft werden an Renten beziehen:

31 Witwen mit mehreren Kindern eine Jahresrente von 1000—1100 Mark, 112 Witwen mit mehreren Kindern eine Jahresrente von 90—1000 Mark, 2 Witwen mit mehreren Kindern eine Jahresrente von 600—900 Mark, 4 Witwen mit mehreren Kindern eine Jahresrente von 700—800 Mark, 32 Witwen mit einem Kinde eine Jahresrente von 600—700 Mark, 1 Witwe mit einem Kinde eine Jahresrente von 573,12 Mark, 1 Witwe mit einem Kinde eine Jahresrente von 476,40 Mark, 46 alleinstehende Witwen eine Jahresrente von 300—400 Mark, 3 alleinstehende Witwen je eine Jahresrente von 375,88 Mark, 1 alleinstehende Witwe eine Jahresrente von 288,20 Mark.

Die Verhandlung über Abgrenzungsansprüche sind, sobald solche bekannt geworden, eingeleitet, haben aber ihren Abschluß noch nicht finden können. Zurzeit befinden sich noch 22 Verletzte im Krankenhaus, während 6 inzwischen entlassen werden konnten.

Protest gegen den Eidbruch des Schahs.

Teheran, 24. November. (Melbung des Reuterschen Bureau.) Die englische und die russische Gesandtschaft haben am Sonntag gegen die Proklamation des Schahs, kein Parlament einzuberufen zu wollen, energischen Protest eingelegt. Einige Exemplare der Proklamation wurden von den Straßenden und den Moscheen herabgerissen. Western wurden einige Personen verhaftet, weil sie gesagt hatten, der Schah habe seinen Eid auf die Verfassung gebrochen. Die Bevölkerung zeigte jedoch im allgemeinen Gleichgültigkeit gegen die Frage der Einberufung des Parlaments. Man glaubt, daß ihre Haltung auf die Furcht vor den Rosaten zurückzuführen ist. Auf den Gesandtschaften wurde der Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß der Schah sich guten Ratsschlägen zugänglich erwiesen hat.

Straßenkämpfe in Ranking.

New York, 24. November. (W. L. B.) (Auf deutsch-Atlantischem Kabel.) Nach einer Meldung aus Peking haben in Ranking Straßenkämpfe stattgefunden. Ein Teil der dortigen Ausländer ist auf das britische Kanonenboot geflüchtet. Auch ein deutsches Kanonenboot liegt vor Ranking.

Opfer der Wirbelstürme.

Little Rock, 24. November. (W. L. B.) Infolge der Wirbelstürme sind in Arkansas 50 Menschen um Leben gekommen. Eine große Anzahl von Ortschaften wurde zerstört, unter ihnen die deutsche Niederlassung Piney.

Reichstag.

167. Sitzung vom Dienstag, den 24. November, nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesratliche: von Bethmann-Hollweg, Dr. Deibler.

Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß die belgische Kammer der Abgeordneten am 17. d. Mts. dem Deutschen Reich als einer befreundeten Nation ihr lebhaftestes Mitgefühl mit der furchtbaren Katastrophe zu Radbod ausgedrückt hat.

Die Mitteilung wird von den Abgeordneten, welche sich erhoben haben, mit Bravorufen aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Abg. v. Payer (Südd. Vp.): Mit Bezug auf meine gestrige Bemerkung über die Nichtabnahme des Zeppelinschen Luftschiffes hat mir der preussische Kriegsminister mitteilen lassen, daß das Kriegsministerium schon seit einiger Zeit seine Zustimmung zu dieser Abnahme gegeben habe.

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung über

das Grubenunglück auf der Zeche Radbod.

Die Interpellation des Zentrums lautet:

„In der Reichstagskammer in der Lage und bereit, über die Ursachen des Grubenunglücks in Radbod Auskunft zu geben? Sind insbesondere auf Grund der Erfahrungen bei den Grubenunglücksfällen in den letzten Jahren genügende Vorkehrungsmaßnahmen zur Verhütung von Schlagwettern und Kohlenstaubexplosionen in Bergwerken getroffen worden? Welche Maßnahmen sind beabsichtigt, um in Zukunft solche Katastrophen zu verhüten?“

Die Interpellation der Wirtschaftlichen Vereinigung lautet:

„In der Reichstagskammer bereit, über die Ursachen des Grubenunglücks auf Zeche Radbod und über etwaige Maßnahmen, die zur Verhütung solcher Unglücksfälle zu treffen sind, Auskunft zu geben?“

Die Interpellation des Zentrums begründet

Abg. Wiedeburg (Z.): Die Katastrophe in Radbod wird nur noch übertrieben durch das Unglück in Courrières und ein ähnlich schweres in Amerika. Auch bei dieser Katastrophe sind zahlreiche Sammlungen für die Hinterbliebenen der Verunglückten veranstaltet worden. Bei der Gelegenheit möchte ich dem Wunsch der Bergarbeiter Ausdruck geben, daß bei der Verteilung der Gelder Vertreter der Arbeiter hinzugezogen werden! — Was die Verhütung ähnlicher Katastrophen anlangt, so möchte ich die Regierung fragen, ob die Schließung der einzelnen Wetterabteilungen absolut sicher war. Vor allem scheint es auch in diesem Falle an der nötigen Verriegelung gefehlt zu haben. Das haben mir alle von mir befragten Arbeiter gesagt. (Hört! hört!) Redner verliest eine Reihe solcher Aussagen von Bergarbeitern, die bereit sind, ihre Aussagen vor Gericht zu wiederholen. Aus den Aussagen geht auch hervor, daß die Wetterkontrolle von den Beamten nebenbei ausgeübt werden mußte!

mit Menschenleben gespielt

worden ist unter Leitung der königlichen Bergbehörde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ferner frage ich die Regierung, ob ihr bekannt ist, wieviel Arbeiter in der Unglücksnacht Doppelschichten verfahren mußten. Nach dem Gesetz sind zwei volle Schichten hintereinander verboten, aber man hilft sich damit, daß man die Arbeiter eine volle und eine 1/2 Schicht verfahren läßt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gerade diese Ueberschichten, durch welche die Arbeiter bei der großen Hitze übermäßig

ermüdet werden, tragen viel zu den Unglücksfällen bei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Hauptübelstand ist ferner die übermäßige Veranziehung fremder ungelerner Arbeiter im Bergbau. Das unsoziale Verhalten der Behörden, die Tarifverträge absolut ablehnen und organisierte Arbeiter auf die schwarze Liste setzen, bringt es mit sich, daß ältere Bergleute ihre Söhne nicht mehr wie früher dem Bergbau zuführen, so daß immer mehr ungelernete fremde Arbeiter herangezogen werden müssen, deren Organisierung durch das Vereinsgesetz noch erschwert wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Redner verlangt ferner Maßnahmen zur Verhütung des Prämienselbstens im Bergbau und gegen den forcierten Abbau in Gruben. Gerade durch diesen forcierten Abbau, der es mit sich bringt, daß auf einem verhältnismäßig geringen Raum eine hohe Zahl von Arbeitern beschäftigt wird, ist das Unglück auf der Zeche Radbod so groß geworden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter reicht die Kontrolle in den Gruben bei weitem nicht aus. Die Forderung der Bergarbeiter, an der Kontrolle mitzuwirken, ist durchaus berechtigt. Schon damit die Bergarbeiter mehr Vertrauen zum Betriebe haben, sollte die Regierung dieser Forderung nachkommen.

Eine weitere alte Forderung ist die eines Reichsberggesetzes; sie ist umso dringender, als die Erfahrungen der preussischen Bergarbeiter mit dem preussischen Landtage sehr schlechte sind. Die Weisheit dieses Hauses hat wiederholt ein Reichsberggesetz gefordert, und wir wünschen zu wissen, wie die verbündeten Regierungen sich zu dieser Forderung stellen. Weiter verlangen wir von der Regierung eine rücksichtslose Untersuchung über die Ursachen des Unglücks und rücksichtsloses Vorgehen gegen die Schuldigen. (Bravo! im Zentrum.)

Die Interpellation der Wirtschaftlichen Vereinigung begründet

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.): Nach dem Unglück von Courrières wurde uns gesagt, bei und sei ein solches Katastrophenunfall unmöglich, falls die bergpolizeilichen Vorschriften befolgt würden; es könne nur auf den Mangel der Verriegelung zurückgeführt werden. Danach muß man annehmen, daß auch auf Zeche Radbod die bergpolizeilichen Vorschriften nicht befolgt wurden und daß die Bergbehörde es an der erforderlichen Aufsicht hat fehlen lassen. Die Grube hat sich außerordentlich rasch entwickelt, ihre Versteigung bestand zum großen Teil aus Reutlingen, die noch nicht lange unter der Erde gearbeitet hatten. Der Arbeiterwechsel soll auf Radbod sehr stark gewesen sein — alles Dinge, welche die Sicherheit des Betriebes ungünstig beeinflussen. Fest steht ferner das Vorhandensein von Schlagwettern in der Grube; mangelhaft soll auch die Zuführung der Luft gewesen sein, die Hauptanlage aber ist, daß die Verriegelung mangelhaft funktioniert. Die Steiger drängten bei der Verwaltung nicht auf Abstellung der Uebelstände, aus Furcht, ihre Arbeit zu erhalten, die Behörde ist aber nicht von der Schuld freizusprechen, diese gefährliche Zeche nicht genügend kontrolliert zu haben. Die Untersuchung wird hoffentlich volle Klarheit über die Schuldfrage ergeben; hierbei möchte ich bemerken, daß die Untersuchung über das Unglück auf der Zeche Radbod im Saarrevier heute noch nicht abgeschlossen ist! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie ungenügend der Bergarbeiterchutz durchgeführt wird, geht auch daraus hervor, daß nach Zeitungsberichten jetzt wieder in Elßah-Lothringen die Versteigung einer Grube in den Ausstand getreten ist, um die Durchführung der Sicherheitsvorschriften zu erzwingen.

Im weiteren verdet sich der Redner gegen die schwarzen Listen und gegen das im Bergbau übliche Prämiensystem. Beim Ausbau der Einrichtung der Arbeiterkontrollen, welche der preussische Handelsminister beabsichtigt, muß Vorkehrung für eine geheime unabhängige Wahl getroffen werden. Vor allem aber muß die Berggesetzgebung einheitlich für das ganze Reich sein, sie muß reichsgesetzlich geregelt werden. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Wenn ich zuerst meinerseits um das Wort gebeten habe, so geschieht es mit der Bitte, meinem Nachbar, dem preussischen Handelsminister, die Erteilung der Auskunft auf diejenigen Fragen vorbehalten zu dürfen, welche auf die Entstehung des Grubenunglücks bei Hamm und seine Folgen unmittelbar Bezug haben, überhaupt auf die Fragen technischer Natur. Sie werden in dieser Beziehung auf die sachverständigen Darlegungen der unmittelbar beteiligten preussischen Bergbauverwaltung nicht verzichten wollen. Mir liegt daran, an erster Stelle dem allgemeinen Bedenken Ausdruck zu geben, zu dem die Reichsregierung durch die gewaltige Katastrophe gedrängt worden ist. Da darf ich zunächst sagen, daß das erschütternde Unglück eine weit über die Grenzen

unseres Vaterlandes hinausgehende sympathische Teilnahme gefunden hat. Dem Dank, den Reichstag und Nation dieser einmütigen Teilnahme spenden, schließt sich die Reichsregierung auch von dieser Stelle aus an. (Beifall.)

Infolge des Unglücks ist wieder der Ruf nach einem erhöhten Bergarbeiterchutz und nach einem Reichsberggesetz laut geworden. Ich will die Frage aus dem Spiel lassen, inwiefern menschliche Schuld an dem Unglück beteiligt war. Jedenfalls wird nachgewiesene Schuld ihre Sühne finden. Hier und für die Reichsverwaltung steht in Frage, ob den Bergarbeitern ein erhöhter Schutz zu gewähren ist und ob zu diesem Zweck ein Reichsberggesetz geschaffen werden soll. Diese Frage ist eigentlich ganz unabhängig von der Katastrophe; denn wenn die Reichsregierung in dieser Beziehung eingreifen muß, dann kann es nicht eines Unglücks wie des jetzt von uns beklagten bedürfen, um sie zum Handeln zu bestimmen. Auf der Unglücksstätte haben die Bergarbeiter laut den Vorwurf erhoben, sie seien um die Versprechungen betrogen worden, die ihnen bei dem großen Streik im Jahre 1902 gemacht worden seien. Ich habe volles Verständnis dafür, daß im Angesicht der Opfer, die die Tiefe verdinglichen hat, ihre Kameraden voll Gerechtigkeit der Forderungen gedenken, die ihnen damals unerfüllt geblieben sind, und daß sich bei ihnen die Vorstellung festgesetzt hat, als wäre das Unglück nicht geschehen, wenn es damals anders gekommen wäre. Eine ruhige Betrachtung aber, wie wir sie hier anstellen müssen, wird einer derartigen Vorstellung nicht recht geben können. Es haben bei dem Unglück zweifellos elementare Kräfte gewirkt, und nach dem Stande unserer technischen Schutzmahregeln werden solche Unglücksfälle sich nie ganz vermeiden lassen. Darum sollte die Deffenstheit mit ihrem abschließenden Urteil zurückhalten, bis der Hergang soweit aufgeklärt ist, wie es menschenmöglich ist. (Sehr richtig! rechts.)

Ich will nicht auf alle Forderungen eingehen, die von den Bergarbeitern und von den großen Parteien dieses Hauses erhoben worden sind. Ich lasse unberücksichtigt die Fragen des Ueberschichten- und Nebenschichtenwesens, die Frage der Schichtdauer, des Prämienselbstens und auch der Zuständigkeit der Arbeiterausschüsse, zweifellos alles Fragen, deren Gewicht niemand unterschätzen kann und die sowohl einzeln als auch namentlich in ihrer Gesamtheit für die Gestaltung der allgemeinen Verhältnisse der Bergarbeiter und damit zugleich für die Sicherheit des Bergwerkbetriebes von Bedeutung sind. Besonders akut geworden sind die Fragen der Verantwortung für den Betrieb und nach der Anstellung von Arbeiterkontrollen. Der preussische Handelsminister hat ja neulich ausgeführt, wie er die Ausgestaltung der Verantwortung für notwendig hält, und hat mit seinen Ausführungen die lebhafteste Zustimmung der preussischen Kammer gefunden. Ganz im Vordergrund steht die Frage der Arbeiterkontrollen. Sie werden ebenso nachdrücklich in einem Lager gefordert, wie sie im anderen zurückgewiesen werden. Ich bin der Ansicht, die Gegner der Institution stellen sich auf einen prinzipiellen Standpunkt. Wenn ich von der speziellen Frage der Sicherheitskontrolle absehe, so wird mir jeder, der im praktischen Leben steht, zugeben, daß früher und auch jetzt noch in allen einfachen Betrieben, wo ein persönliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhalten geblieben ist, der Arbeitgeber sich die Sachkunde seines einsichtigen Arbeiters in mannigfachen Fragen des Betriebes gern und umfassend zunutze macht. (Sehr wahr!) Das bringt die Praxis, die vom einfachsten Arbeiter über den Vorarbeiter, den Kuffeier, bis zum Betriebsleiter ein ununterbrochenes Band darstellt, ganz von selbst mit sich. Die Schwierigkeiten beginnen bei den großen, bei den unpersonlich gestellten Pflanzbetrieben, wo sich die Gegenüberstellung Arbeitgeber und Arbeitnehmer leider in unheilvoller Weise ausgeartet haben und wo jedes Verwischen der Grenzlinien als ein zu baldender Uebergreifung angesehen wird. Das eine ist unbestreitbar: Je straffer in solchen Großbetrieben die Ordnung sein muß, wenn der Organismus überhaupt funktionieren soll, umso mehr ist es erforderlich, daß diejenigen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, von denen ich soeben sprach und die in einfachen Betrieben eine Folge der Dinge an sich sind, daß diese Beziehungen in den großen Betrieben auf eine feste und organische, jede Willkür ausschließende Grundlage gestellt werden.

Aber die Frage, ob die Bergarbeiterschaft an der Kontrolle der Sicherheit des Bergwerkbetriebes zu beteiligen ist, kann aus diesem allgemeinen Gesichtspunkte nicht allein beantwortet werden, sondern sie hängt mit der Eigentart des bergbaulichen Betriebes unmittelbar und aufs das engste zusammen. Mir scheint folgendes in dieser Be-

Kleines feuilleton.

Aus der Sturm- und Drangzeit des Hylinders. Die Tage des Hylinders scheinen gezählt. Die geistigsten Diagnostiker der Mode geben ihm keine lange Lebensdauer mehr. Seitdem König Edward die revolutionäre Lat-Modestadt hat, sogar zu einem Grad einen runden Hut aufzusetzen, ist die Geisteswelt zerklüftet, die aus der Gesellschaft der honetten Bürger den Unglücklichen aussticht, der nicht in der Lage war, feierliche Gemütsbewegungen durch einen hohen Hut auszudrücken. Wohl wird der Todeskampf des Hylinders noch eine Weile dauern, sowie ja auch der erste Königsgedanke Edwards — der offene letzte Westknopf — feinerzeit die elegante Welt nicht an einem Tage crobert hat. Aber dennoch wird die Verachtung des Hylinders überaus durchgreifen, und schon sehen wir die Zeit kommen, wo die Kulturstaaten Kolonialkriege unternehmen werden, um im Interesse der unter ihren unerkündlichen Hylindersvorräten notleidenden Hutfabrikanten die farbigen Hauptlinge zur Einführung der Hylinderkultur zu zwingen. Jedes wird kein Mensch von Belchmad dem Verschwindenden eine Träne nachsenden. Denn es ist, ästhetisch betrachtet, ein Hylinderhut wirklich auch dann nicht schön, wenn man ihn besitzen tut. Man muß sich sogar wundern, daß dieses häßliche Kleidungsstück so lange keinen Platz behaupten konnte. Es herrscht nämlich ungefähr so lange wie die Bourgeoisie, und kann sogar als Sinnbild ihrer wechselnden Gesinnungen angesehen werden. Nachdem sich die Hylinder-Hüte schon unter Ludwig XV. vergeblich durchzusetzen versucht hatte, verwickelte sie sich in der französischen Revolution. Von 1790 an zeigt sich der Hylinder immer häufiger. Er crobert den repräsentativen Platz der absolutistischen Perle. Doch blieb noch in der Zeit der „incroyables“, der Modedicten unter dem Direktorium, die Sitte bestehen, den Hut nicht auf dem Kopf, sondern mit dem Stod zusammen in der Hand zu tragen. Die radikalen Demokraten freilich brachen mit der Methode des „Stods in der Hand“. Die Dupont-Terrier im „Journal des Débats“ berichtet, haben bei der Verhandlung gegen die Girondisten im Oktober 1793 die Angeklagten mit ewilähem Haupt auf ihren Bänken, dagegen die Zuhörer mit aufgelegten Hylinderschützen. In der Restaurationszeit ist der Hylinder, der damals die Form eines umgekehrten abgestumpften Kegels annahm, bis zur Schuljugend vorgebungen. Er verlor jetzt seinen revolutionären Charakter, ja als das Proletariat in der Revolution von 1848 die politische Bühne betrat, wurde er zu einem Sinnbild der „guten Gesinnung“. In Deutschland demonstrieren nach dem Sieg der Reaktion die braven Bürger, daß sie mit der „Hederschützen“ und Galabresen der roten Republikaner nichts zu tun haben wollten und setzten loyale „Angstbügel“ auf. — Ruft uns auch diese Zeit vorüber. Der richtige Bourgeois hat jeder weder eine „schlechte“ noch eine „gute“ Gesinnung, sondern überhaupt keine. Er ist „unparteiisch“ wie ein Eherisches Ereignis, dynastisch bis in die erweichten Knochen mit gelegentlichen

liberalen Hohnbedürfnissen. Er ist kein sanfter Biedermeier und kein starrer Doktrinär, sondern eine „komplizierte Natur“: Reservoleonant und Handelsjude, Zursprottel und septischer Delodent zugleich. Der altäckerliche behäbige Hylinder hat ausgespielt. Er hatte Pathos und heute regiert der Bluff.

Nackte Schönheit. Die selige Zer Heinge ist noch lange nicht tot. Sie kann immer noch wieder erziehen, so lange der Geist, die Anschauung und die Macht bestehen, aus denen heraus sie geboren war. Wahrhafte Blüte der Kunst ist ja nur in einem freien und zur Kultur erzeugenen Volke möglich. Die weit wir davon entfernt sind, wissen wir, die wir darunter leiden, ja nur zu gut. Die reaktionären Klassen haben kein Interesse an der Kunst, im Gegenteil, sie hassen sie, wenn sie nicht ihren engen und müßigen Zwecken dient. Die Kunst als Befreierin aus der Dummheit, als Sinnerweckerin, als das Leben erhöhende Kraft, als Schönheitspenderin steht nicht im Programm von Parteien, die gedrückte Untertanen und Herdengläubige brauchen, um ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten. Und wenn sie nicht die ganze Zer Heinge haben können, versuchen sie es mit kleinen Mitteln. Herr Roeren, der sich durch Kubitätenverfolgung um das Seelenheil des deutschen Volkes verdient macht, ist wieder einmal von ersäuerlichen Klienten auf die Sittlichkeit aufgeführt worden und hat im Abgeordnetenhaus eine Interpellation angemeldet. Es war aber auch gar zu unerhörter Mißbrauch mit der verdammten Freiheit getrieben worden. In einem Lande, in dem die Radtheit des Kindes Anstoß erregt und die Mutterbrust Kergernis verbreitet, und gar erst künstlerische Darstellungen nackter Schönheit die Sittlichkeit untergräbt (so sagen die Muder und Raditäten-schänker), hatte man es gewagt, lebendige nackte Schönheit auf Bühnen zu zeigen! Kein Strafgericht des Himmels war erfolgt (armer Roeren) und erst zu guterletzt hatte der Minister des Innern ein für allemal die „Veranstaltung öffentlicher Radtvorstellungen“ in Preußen verboten. Also Herr Roeren kann und wird seine Kapuzinerwedigt halten.

Von dem Verbot des Ministers war auch der Berliner Verein „Schönheit“, der etwas schwärmerisch — eine ideale Kultur anstrebt und inzwischen zum Genuß der nackten menschlichen Schönheit in öffentlichen (mit Hülsen) und nichtöffentlichen Vorführungen (z. B. ohne Hülsen) beirufen worden. Um den Gesetzgebern und Vertretern der Presse Gelegenheit zu geben, sich von der sittlichen und ästhetischen Unbedenklichkeit und Reinheit seiner Ziele zu überzeugen, führte er ihnen am Montag im Mozartsaal sein ganzes Programm vor. Wie die trojanischen Greise Helenas Schönheit musterten, so saßen die angekommenen, aufgenötigten und fahelnd und gut erwählten Gesehsmänner zu Gericht und schauten, ob Jiga Desmonds Tänze, ob die lebenden Bildwerke Adolf Salges und Fidus' zarte und schönheitssehnüchtige Bilder nicht sittlich anstößig, unkeusch und so was wären. Es schien, als ob kein sittliches Gleichgewicht geföhrt wurde, man hörte kein brünstiges Wiehern (wie in gewissen Tingeltangeln, wo viel mehr Velleidheit herrscht) und gezotet wurde wohl auch nicht. Beim

hl. Roeren, selbst der verruchte Schwertertanz ließ uns kalt, und das war doch sozuzogen betregte Radtheit!

Wir vermeiden es heute absichtlich, diese Schönheitsveranstaltungen ästhetisch zu würdigen. Man mag sie schön oder häßlich, überflüssig oder für die Erziehung zur Schönheit bedeutsam finden, aber darüber kann bei keinem gesund und natürlich empfindenden Menschen Zweifel herrschen, daß die Polizei und den Minister diese Sache nichts angeht. Nur Heudler und Menschen mit verdorrten Sinnen können daran Anstoß nehmen. Möglich, daß vielen der nackte Körper und seine besondere Schönheit, die die Quells aller Schönheit ist, etwas Fremdes, Ungekanntes, Unverstandenes ist. Möglich, daß alkoholisierte Herrschaften, die St. Paulikreuden suchen, nicht auf ihre Rechnung kommen. Aber was geht das bei der Polizei an?

Notizen.

— Neue Dramen. G. Hauptmanns neues Drama „Griseidis“ soll im Februar im Lessing-Theater angeführt werden.

— Gaedels Rücktritt vom Lehramt. Professor Gaedel wird mit Rücksicht auf sein Alter (er steht im 75. Lebensjahre) die Professur für Zoologie, die er seit 1865 in Jena innehat, am Ende des Wintersemesters niederlegen und sich ganz dem von ihm begründeten phylogenetischen Museum widmen.

— Sexuelle Aufklärung. Das Preisauschreiben, das der Dürerbund zur Erlangung von Beiträgen zur sexuellen Aufklärung erteilt, hatte 490 Einsendungen aus allen Schichten veranlaßt. 30 Arbeiten sind jetzt Preise zugesprochen worden, zusammen 3500 M.). Die preisgekrönten Arbeiten, denen auch andere hinzugefügt werden, sollen im Frühjahr in Buchform erscheinen. Daneben sollen die mehr theoretischen Arbeiten gebondert herausgegeben werden.

— Der Nobelpreis dieses Jahres soll nach den Beschlüssen des Nobelpreiskomitees in Stockholm für Medizin geteilt an Metchnikow, den zweiten Direktor des Kaiserlichen Instituts in Paris und Professor Ehrlich, Direktor des Instituts für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M., für Physik an den Berliner Professor Planck, für Chemie an Prof. E. Rutherford (in Manchester) und für Literatur an den englischen Dichter Swinburne verliehen werden.

— Die Herstellung künstlicher Saphire ist jetzt einem französischen Chemiker vollaus gelungen. Sie werden aus Aluminium dargestellt, dann künstlich gefärbt. Ohne mikroskopische Untersuchung sind die echten Saphire von den künstlichen nicht zu unterscheiden.

— Die größte Liese im Stillen Ozean, außerhalb des Philippinengrabens, ist nach der „Mishan“ von dem in der Südsee stationierten Vermessungsschiff „Planet“ auf 161 Grad östlicher Länge und 7 Grad südlicher Breite gelotet worden; sie beträgt 8045 Meter.

gleichung von Bedeutung zu sein: Die besondere Gefahr des bergbauähnlichen Betriebes hat zu der Aufstellung besonderer und detaillierter Aufsichtsvorschriften geführt, welche von einer großen Zahl von Aufsichtsbekanntem gehandhabt werden. Wenn trotzdem die Verhältnisse vielerorts als unbefriedigend geschildert werden, so wird ich im gegenwärtigen Augenblick nicht untersuchen, in wie weit die Vorwürfe begründet sind, daß diese Aufsichtsbekanntem selbständig und unabhängiger gestellt werden müssen und daß ihre Verantwortlichkeit anders zu regeln sei. Wenn speziell autorisierte und vom Vertrauen ihrer Kameraden getragene Arbeiter mit der Befugnis ausgestattet werden, die Sicherheit der Betriebsrichtungen zu beobachten und vorgefundene Mängel im geordneten Verfahren bei der Zechenverwaltung und nützlichfalls bei der Bergbehörde zum Ausdruck zu bringen, so kann von einer solchen mitverantwortlichen Beteiligung der Arbeiter das Ganze nur einen Vorteil ziehen. (Sehr richtig!) Ich übersehe aber keineswegs die praktischen Schwierigkeiten, die Neigungen, Zerwürfnisse, die sich im Anfang namentlich dort ergeben können, wo die Spannung zwischen Arbeitgeberchaft und Arbeiterchaft groß ist. Derartige Einrichtungen werden sich erst einleihen müssen, aber daß sie sich bei gegenseitigem guten Willen einleihen können, dafür liefern meiner Ueberzeugung nach die praktischen Versuche einen Beweis, welche die preussische Bergwerksverwaltung im Saarrevier angestreift hat. (Sehr richtig!) Guter Wille ist eine selbstverständliche Voraussetzung — guter Wille auf beiden Seiten —, sonst kann eine solche Einrichtung nichts helfen, sonst erschwert sie nur den Betrieb. Darum sollte die Forderung auch nicht als politische gestellt werden, nicht als ein Mittel, um die Machtverhältnisse zwischen Arbeitgeberchaft und Arbeiterchaft zu verschieben, sondern als ein Mittel, um unter voller Wahrung der organisatorischen Einheitlichkeit der Betriebsverhältnisse, die unter allen Umständen notwendig bleibt, alle Kräfte, auch die der Arbeiter, dienstbar zu machen für die Bekämpfung der besonderen Gefahren im Bergbau betriebe.

zu der Frage des Eingreifens der Reichsgesetzgebung.

Wie bekannt, haben die verbündeten Regierungen, nicht bloß Preußen allein, bisher den Standpunkt vertreten, daß die Berggesetzgebung den Einzelstaaten vorbehalten sei. Die Gründe dafür sind hier so oft diskutiert worden, daß ich heute nicht auf sie zurückkommen will. Haben aber bisher die Einzelstaaten über die Materie disponiert, so muß eine Katastrophe auch in erster Linie die Einzelstaaten vor die Frage stellen, in welchen Beziehungen ihre einzelstaatlichen, bergrechtlichen Vorschriften reformbedürftig sind. Aus den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses wissen Sie, daß die preussische Bergverwaltung die aus der Kompetenz folgenden Konsequenzen gezogen hat, Sie wissen, daß der preussische Handelsminister Reformpläne erörtert hat, Sie wissen, daß die große Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses diese Pläne in Preußen erörtert zu haben wünscht. Andere Pläne verlangten allerdings die Ausschließung landesgesetzlicher Regelung, oder sie wünschten, daß Preußen neben den eigenen Reformplänen sich für den Uebergang der Gesetzgebung auf das Reich verwenden möge.

Ich kann von dieser Stelle aus mit der größten Bestimmtheit erklären, daß die preussische Staatsregierung die Angelegenheit mit allen Mitteln fördern wird. Ich werde gleichzeitig die preussischen Pläne mit den übrigen am Bergbau unmittelbar interessierten Bundesstaaten und dem Reichslande zum Gegenstande von Verhandlungen machen. Ich glaube, daß ich auf diesem Wege im gegenwärtigen Augenblicke den Ausbau der Bergarbeitergesetzbestimmungen, den ich für notwendig halte, in schnellerer und wirksamerer Weise fördern, als wenn ich im Schoße der verbündeten Regierungen die Frage zur Diskussion stelle, ob die Berggesetzgebung auf das Reich übergeführt werden soll.

Das oft gebrauchte Wort „Reichsberggesetz“ kann insofern verworfen werden, als man geneigt ist, sich darunter eine Zusammenstellung von Bestimmungen bergbehördlicher, bergpolizeilicher, privatrechtlicher und arbeiterrechtlicher Natur vorzustellen. Hier handelt es sich aber nur um das fest abgegrenzte Gebiet des Arbeiterschutzes, und auf diesem Gebiete tritt die Frage nach der staatsrechtlichen Kompetenz in den Vordergrund, nicht die Frage der Zuständigkeit. Aber auch nicht die äußere Vereinheitlichung steht in erster Linie in Frage, sondern das allseitige Bestreben, den Schutz der Bergarbeiter gegen die besonderen, in ihrem schweren Beruf ihnen drohenden Gefahren bald und wirksam zu verlickern. Daran haben alle Faktoren unseres öffentlichen Lebens, Einzelstaaten und das Reich, ein gleichmäßiges Interesse. (Sehr richtig!) Daran mitzuwirken, werde ich — davon können Sie überzeugt sein — mit allen Kräften bestrebt sein. (Lebhafter Beifall.)

Preussischer Handelsminister Dr. Delbrück:

Auf die Erörterungen des Abgeordnetenhauses will ich ebenso wenig wie die beiden Herren Interpellanten eingehen. Ich will mich auf einige weitere Feststellungen beschränken. Daß eine weitere Explosion vor wenigen Tagen stattgefunden hat, ist Ihnen bereits bekannt. Infolge dessen ist der Zechenplatz abgesperrt und der Schacht nicht wieder geschlossen worden. Die Bergung der Leichen kann nicht eher gestattet werden, als bis jede Gefahr für die Bergungsmannschaften ausgeschlossen ist. Darüber, ob es an Verletzung gefehlt hat, sind 4 Beamte, 10 Arbeiter, die als Rieselmeister tätig waren, und 1 Kohlenhauer eidlich vernommen worden. Auf Grund dieser Vernehmungen ist bis jetzt als festgestellt anzusehen, daß es am Montag

von 9 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags an Wasser gefehlt

hat infolge Einfrierens der Wasserleitung über Tage. Im übrigen stimmen die Aussagen der Zeugen hier wie auch in anderen Fragen nicht überein. Eine genaue Prüfung der in der Presse aufgestellten Behauptung, daß die Vorschriften über die Stärke der Belegung nicht befolgt seien, hat bis jetzt noch nicht erfolgen können.

Der Abg. Reinert hat im preussischen Abgeordnetenhause behauptet, daß die beiden Hauer mit den Nummern 503 und 508 auch nachträglich — ansehnend ist gemeint nach Einstellung der Rettungsarbeiten — sich durch den Ausbruch von der zweiten nach der ersten Sohle gerettet haben. Nach dem Bericht des Revierbeamten sind die beiden Hauer Thomas und Sierberg — diese haben die betreffenden Nummern — zur dritten Sohle heruntergefahren, auf der Sohle zur ersten Sohle durch die Rauchschwaden betäubt liegen geblieben und von da durch die Rettungsmannschaften zu Tage gefördert worden. Beide bestritten, erzählt zu haben, daß sie sich durch den Ausbruch von der 2. nach der 1. Sohle gerettet hätten, was auch deshalb unmöglich erscheint, weil der Ausbruch von Beginn der Explosion bis zur Schließung zum Abzug der Rauchschwaden benutzt wurde.

Weiter ist behauptet worden, es hätten Steiger dem Berginspektor Holländer gegenüber erklärt, die Verletzungsanlagen seien derartig, daß sie die Verantwortung für die Verletzung nicht übernehmen könnten. Davon, daß wegen der Menge des Kohlenstaubes eine Verantwortung für die Verletzung nicht übernommen werden könne, ist nicht die Rede gewesen.

Es ist dann im „Vorwärts“ eine Mitteilung über Mängel bei der Zimmerung und dem Vergeerslag veröffentlicht worden. Ich habe das Oberbergamt um Auskunft gebeten und habe folgende Antwort bekommen:

Die protokolllarische Vernehmung einer Reihe von Aufsichtsbekanntem, Steigern und Hauern durch den Oberbergamt Schanz hat irgend welche Anhaltspunkte über die im „Vorwärts“ vom 17. d. M. behaupteten Mängel nicht ergeben. Der Berginspektor hat die Grube Raddob seit dem 31. Januar 89 mal befahren und niemals schlechten Streckenausbau, Hohlräume bei der Zimmerung usw. gefunden. Klagen oder Beschwerden in dieser Richtung sind weder mündlich noch schriftlich vorgebracht, noch durch die Presse bekannt geworden. Die vernommenen Beamten der Zeche sagten übereinstimmend aus, daß das hängende Holz ausnahmslos gut war, das liegende leicht zu Annelungen geeignet war. Hohlräume, welche vereinzelt durch Brüche entstanden, wurden sofort ausgefüllt. Wenn trotzdem Hohlräume

gehandelt wurden, so wurden die Schuldigen energisch bestraft oder bestraft.

Ich gebe diese Mitteilungen, ohne irgend welche Folgerungen daran zu knüpfen. Ich weiß, daß für die abweichenden Behauptungen der Arbeiter eine Reihe von Zeugen benannt sind. Ich nehme an, daß die Zeugen, die Herr Abg. Reinert mit namhaft gemacht hat, auch über diesen Punkt vernommen werden. Ich bin der Ansicht, wir müssen uns alle jeder Kritik über diese Fragen enthalten, bis die abgeschlossene Untersuchung vorliegt und die in manchen Beziehungen zunächst unstimmen Zeugenaussagen auf ihre Richtigkeit geprüft worden sind.

Ich will nun zunächst auf einige Fragen der Herren Interpellanten antworten. Koch den für den Oberbergamtbezirk Dortmund bestehenden Vorschriften können die Funktionen der Schichtmeister nur von besonders hierzu angeestellten Schichtmeistern ausgeübt werden. Nur in besonderen Fällen können die Ortsältesten zu Schichtmeistern bestellt werden, doch ist dafür stets die Genehmigung des Revierbeamten erforderlich. Es wird untersucht werden, ob seitens der Zeche diesen Anforderungen immer entsprochen wird, oder ob der Revierbeamte einmal ungeeignete Leute zu Schichtmeistern zugelassen hat. — Ob ein ursächlicher Zusammenhang zwischen den Ueber- und Rebenständen und dem Unglück wird konstruiert werden können, erscheint mir sehr zweifelhaft. Im übrigen ist in Preußen

das Uebersichtenwesen

Gegenstand dauernder Aufmerksamkeit der Bergverwaltung. Auf meine Anordnung hin sind die Gesundheitsbeiräte gebildet worden. Sie haben sich übereinstimmend auf ein gewisses Maximum von Ueber- und Rebenständen geeinigt und die Voraussetzungen festgelegt, unter denen nach ihrer Ansicht eine derartige Anzahl geleistet werden kann. Ich habe die Oberbergbehörde angewiesen, darauf zu achten, daß auf den Zechen diese Grundzüge beachtet werden. Ob im vorliegenden Falle Verstöße dagegen vorgekommen sind, wird geprüft werden.

Das Prämienwesen

hat die Bergverwaltung wiederholt beschäftigt. Die Einrichtungen sind in dieser Beziehung auf den einzelnen Zechen sehr verschieden, meist aber sind die Bedingungen der Prämienverteilung derart, daß sie unklar erfüllt werden kann. Uebrigens ist festgestellt, daß gerade dort, wo am meisten über das Prämienwesen geklagt wird, die Unfälle nicht besonders zahlreich sind.

Daß eine der beteiligten Zechenverwaltungen einen Mann deshalb, weil er unter seinem Eide seiner staatsbürgerlichen Pflicht gemäß, entfällt, kann ich nicht glauben. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn sie recht haben, werden die Leute auf künftigen Gruben beschäftigt werden. Ich werde jedem dankbar sein, der mir zur Aufklärung der Ursachen der Katastrophe verhilft und sichere jedem Zeugen denselben Schutz zu, wie den von dem Abgeordneten Reinert benannten, unter dem im preussischen Abgeordnetenhause genannten Bedingungen.

Herr Behrens behauptete auch, daß

die Untersuchung über das Unglück auf der Zeche Reden

nicht abgeschlossen sei. Sie ist längst abgeschlossen und hat zur

Einstellung des Verfahrens

seitens der Staatsanwaltschaft geführt, weil ein Verschulden eines beteiligten Beamten nicht hat nachgewiesen werden können. Die preussische Bergverwaltung hat kein Interesse daran, etwaige Schuldige der Bestrafung zu entziehen; ich hätte es sogar viel bequemer, wenn ich bei jedem Unglücksfall einen Sündenbock hätte. Über einen Unschuldigen kann ich nicht zur Rechenschaft ziehen.

Die preussische Bergverwaltung ist schon seit längerer Zeit damit beschäftigt, zu prüfen, wie die Schutzmaßnahmen in technischer Beziehung ausgebaut werden können. Das Unglück auf der Zeche Raddob wird einen neuen Anstoß geben, zu prüfen, was zur Bekämpfung der Schlagwetter noch weiter geschehen kann. Unmöglich wird es sein, bei dem Umfang und der Zahl der Betriebe überall täglich eine Kontrolle durch Polizeibeamte vorzunehmen. Deshalb muß das Verantwortlichkeitsgefühl der unmittelbaren Beteiligten gestärkt werden, sowohl der Arbeiter als der Arbeitgeber. Die Kontrolle über die Unfallverhütungsvorschriften wird wirksam nur ausgeübt werden können durch Leute, welche täglich in der Grube sind. Deshalb habe ich den Ausbau der Grubenkontrolle in der Weise vorgeschlagen, wie sie auf den preussischen Gruben im Saarrevier eingerichtet ist. Diese Mitbestimmung der Arbeiter an der Grubenkontrolle liegt nicht nur im wirtschaftlichen und sozialen, sondern auch im allgemeinen nationalen Interesse. (Bravo! rechts.)

Auf Antrag Graf Hompesch (Z.) wird die

Besprechung der Interpellationen

beschlossen.

Abg. Dr. Osann (nall.): Wir wünschen eine strenge Durchführung der Untersuchung ohne Rücksicht auf die Person, aber wir dürfen keine Verschuldigungen erheben, ohne daß klare Beweise vorliegen. Bei beiden Interpellanten habe ich die Feststellung vernommen, welche die Gerechtigkeit erfordert hätte, daß die Grube technisch auf der Höhe stand. Die Verletzungsanlage ist vorhanden und in stand gewesen, nur ist die Frage unklar, ob immer genügend Wasser darin war. Mir ist auf das bestimmteste versichert worden, daß dies der Fall gewesen sei. (Hört! hört!) Jedenfalls müssen die Angaben, die Herr Reinert gemacht hat, erst durch eidliche Vernehmung geprüft werden. Vor dem Unglück hat auch die sozialdemokratische Presse nicht über Mängel in der Grube Raddob geklagt. (Abg. Que: Das haben Sie in der „Frankfurter Zeitung“ gelesen!) Die „Frankfurter Zeitung“ ist in der Bergung jedenfalls durchaus objektiv. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Jurist: Antworten!) Zugaben will ich, daß das Uebersichtenwesen eingeschränkt werden muß. Auch hätte es zur Verhütung der Arbeiter betrogen, wenn sie bei dem Vortrag, den der Herr Minister mit Vertretern der Zeche vor dem Vortrage Titel Friedrich gehalten hat, auch als Sachverständige hinzugezogen worden wären. Die Zeugen mußten sofort vor einem Richter eidlich vernommen werden.

Der Schacht hätte nicht vor der Ankunft des Kommissars des Ministers geschlossen werden dürfen.

Der Zeche macht man den Vorwurf, der Arbeiterwechsel sei bei ihr sehr stark gewesen, aber zu ihrem Ruhme muß gesagt werden, daß sie musterhaftes geleistet hat in der Schaffung von Arbeiterwohnungen und Rentengätern.

Rehr Arbeiterschutz! riefen die Arbeiter dem kaiserlichen Prinzen zu. Wer wollte dem widersprechen? (Jurist bei den Sozialdemokraten: Die Nationalliberalen!) Solcher Vorwurf läßt sich nicht aufrecht erhalten; die Arbeitgeber treten in umfangreichem Maße für Arbeiterschutz ein. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Wir haben früher ein

allgemeines Reichsberggesetz

gefordert, und wir treten auch heute dafür ein, obwohl unsere Freunde im Abgeordnetenhause sich dagegen erklärt haben.

Die Kontrolle in den Gruben kann noch verschärft werden, und deshalb treten meine Freunde hier und im Abgeordnetenhause für Kontrolleure ein, die von den Arbeitern in geheimer Wahl gewählt werden. Dieses Unglück sollte die Arbeiter und Arbeitgeber vereinigen, wie das in England möglich ist, wenn es sich darum handelt, technische Fragen zu erörtern. Bei uns ist das leider unmöglich infolge der unglücklichen Verquickung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die sozialdemokratische Presse hat das Unglück zu neuen Hysterien benützt. — Medner verliest einige Stellen aus sozialdemokratischen Blättern, die aus den Reihen der Sozialdemokraten mit lebhaftem Beifall begleitet werden. Die Hufe, die aus allen Teilen der Welt den Hinterbuckelnden geborn wird, wird von den sozialdemokratischen Organen als Heuschreck bezeichnet. Bei einem Manne, der eine große Gabe von 25 000 M. spendete, sagte das Zentralorgan der Sozialdemokratie hinzu, daß wäre nicht sehr viel; denn seine Privatvermögen betrage 10 1/2 Millionen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Lurche rechts.) Der soziale Ge-

danke muß den Arbeitgebern über solche Angriffe hinweggehen. Wir verlangen, daß die Arbeitgeber trotzdem mit wirksamer sozialer Fürsorge fortfahren und daß die Behörden die Maßregeln ergreifen, die zum Arbeiterschutz absolut notwendig sind. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Que (Soz.):

Herr Osann hat mit einem Lobe an die Reichsregierung begonnen, weil sie die heutige Interpellation beantwortet und sich nicht hinter Formalitäten zurückgezogen habe. Das ist allerdings früher geschehen, z. B. als wir über Borussia interpellierten. Und wenn durch die heutige Beantwortung der Interpellation angedeutet werden soll, daß die Regierung sich künftig nicht mehr hinter Formalitäten zurückziehen wird, wenn hier große Lebensfragen des Volkes zur Verhandlung stehen, so werden wir das begrüßen. Auf die letzten, parteipolemischen Ausführungen des Herrn Osann will ich nicht eingehen, weil ich hoffe, daß Herr Osann am Schluß meiner Rede davon überzeugt sein wird, daß auch von uns diese Katastrophe nicht einseitig, sondern durchaus gerecht beurteilt wird.

Herr Osann erklärt, die Nationalliberalen seien für die Wahl von Arbeiterkontrolleuren aus Arbeiterkreisen. Sollten diese Arbeiterkontrolleure so gedacht sein, wie sie der Herr Minister vorgeführt hat, so kann ich erklären: Auf diese „Arbeiterkontrolleure“ leisten die Bergarbeiter von vornherein Verzicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber den Ausführungen des Herrn Osann über die Notwendigkeit eines verlickerten Arbeiterschutzes will ich nur feststellen, daß, wenn seine Parteigenossen im preussischen Landtag 1905 nur wenigstens die Regierungsvorlagen angenommen hätten, jetzt schon manches in bezug auf die gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der Bergarbeiter besser wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Vom Ministerische wurde ausgeführt, es könne doch nicht eine Katastrophe zum Anlaß einer neuen Gesetzgebung gemacht werden. Als im Jahre 1877 der Lloyd-Dampfer „Deutschland“ versungelte, wurde aus Anlaß dieses Unglücks das bekannte Gesetz, welches Seemänner zur Untersuchung von Seemänseln einsetzte, erlassen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein solches Vorgehen wäre also durchaus kein Novum. — Herr Minister Delbrück hat auch heute wieder den lebhaftesten Wunsch geäußert, er möchte alle Zeugen, die zur Sache etwas auszusagen könnten, zur Erforschung der Wahrheit genant wissen. Im preussischen Abgeordnetenhause bemerkte er in dieser Beziehung gegenüber meinem Freunde Reinert: Wer die Zeugen nicht namhaft mache, wer nicht dazu beitrage, die Wahrheit zu erlangen, der mache sich mitschuldig. Mit diesen Worten, Herr Minister, haben Sie und die preussische Bergverwaltung, die Bergbehörden, sich vor aller Welt gerichtet. Wir haben in diesem Hause gelegentlich der Borussia-Interpellation und der preussische Bergarbeiterverband hat in seiner Zeitung und in Versammlungen die Bereitwilligkeit erklärt, Zeugen zu nennen, um die Ursachen der Katastrophe nachweisen zu können. Weder der preussische Bergwerksminister von damals, noch die preussische Bergbehörde hat auch nur den Versuch gemacht, die von uns angebotenen Zeugen namhaft gemacht zu bekommen! (Hört! hört! bei den Soz.) Als 1906 die Interpellation über Borussia hier besprochen wurde — die Regierung war natürlich nicht vertreten —, haben Bismarck, Söckke und ich eine Reihe von gravierenden Mitteilungen über Zustände im Bergbau gemacht, die zweifellos im höchsten Grade menschengefährlich sind. Damals war Herr Delbrück schon Minister, aber er hat auch nicht eine Silbe an uns gefahren, um Aufklärung darüber zu erhalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn er also das Richtigmittel von Zeugen als Verdunkelung der Wahrheit bezeichnet, so hat er sich damit selbst vor der Kulturwelt gerichtet, hat er damit erklärt, daß er mitschuldig an den Umständen in den Gruben und den fortwährenden Unglücksfällen ist und daß er die Wahrheit über die Zustände in den Gruben nicht erfahren will. (Anruhe rechts.) Ich bringe nur Tatsachen vor, die ich jederzeit, auch außerhalb des Hauses beweisen kann. (Rufe rechts: Ra! Ra!) Verleugert Herr Kollege Wendt: Wenige Tage nach dem Borussia-Unglück, 1906, habe ich das mit von den Arbeitern vorgebrachte Material in öffentlicher Bergarbeiterversammlung unmittelbar bei der Zeche, also nicht unter dem Schutze der Immunität, vorgelesen, habe Bergbehörde und Staatsanwalt gebeten, mich darüber zu vernehmen und eventuell anzulagen. Nichts ist darauf erfolgt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Damit dürfte wohl Ihr „Ra, na“ erledigt sein, Herr Wendt.

Der Herr Minister sagte, man solle nicht einseitig urteilen, sondern erst das Resultat der Untersuchung abwarten. Diesen guten Rat sollte er nur selbst befolgen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er fährt hier die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ an, die bereits am 14. November in drastischer, aber zutreffender Weise geschildert hat, was zu dem Unglück hat führen können. Aber schon am 13. November hat der Minister es für notwendig gehalten, einem Vertreter der Presse gegenüber und dem kaiserlichen Prinzen „die Unschuld der Zechenverwaltung“ zu bezeugen. Er hat diese sehr fatale Falschheit abzusprechen gesucht und gesagt, er habe einen Vertreter des „Berliner Tageblattes“ gesprochen, der aber seine Worte falsch wiedergegeben habe. Ich gebe gern zu, daß der Vertreter des betreffenden Blattes in der Erregung falsch gehört haben mag, aber nach dem amtlichen Stenogramm hat der Minister gesagt: „Nach dem mir bis jetzt vorliegenden Aussagen der gehörten Beamten, Rieselmeister und Mitglieder des Arbeiterausschusses scheint alles in Ordnung gewesen zu sein.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und an anderer Stelle sagt er: „Von meinem Kommissar sind an dem Tage nach dem Unglück mehrere Rieselmeister, Schichtmeister und Mitglieder des Arbeiterausschusses darüber vernommen, ob die Verletzung ungenügend vorgenommen war, ob sie Schlagwetter in den letzten Tagen angetroffen und ob sie eine Gefahr bestrichet oder von einer solchen gebört hätten. Sie haben das sämtlich verneint.“ Da haben Sie doch mindestens ein negatives Zeugnis. Dieses Urteil kann von der gesamten Bevölkerung nur als

indirekte Beschuldigung der Beamten und Arbeiter, die noch da unten waren,

ausgehört werden. (Große Anruhe bei den Nationalliberalen und rechts.) Kommen Sie nur dorthin und hören Sie, wie das Volk dort urteilt. Dann werden Sie nicht mehr murren und werden verstehen, warum Prinz Titel Friedrich die Stimme des Volkes gehört hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch früher war es ja schon ebenso. Bei dem Unglück auf der Zeche Borussia schlugen die Blammen noch aus dem Schacht, und gleich am nächsten Tage erklärte der Vorsitzende der Zechenverwaltung, die Bergbehörde habe der Verwaltung versichert, daß sie keine Schuld treffe. (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Wie ist so etwas möglich? Nach einem Jahr, erst kann die Untersuchung abgeschlossen werden, und schon einen Tag nach dem Unglück wird der Verwaltung von der Bergbehörde bescheinigt, daß sie unschuldig sei. Wenn von dem obersten Vertreter der Bergbehörde derartige Äußerungen in die Presse bringen, ist die Erregung begrifflich. Wäre der Herr Minister zu uns in Jülich gekommen, nachdem seine Äußerungen bekannt waren, so wäre ihm wohl ein viel wärmerer Empfang bereitet worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Eines ist sehr merkwürdig. Der Minister oder die Bergbehörde hat schon am Tage nach der Katastrophe Vernehmungen veranstaltet, und der Oberbergamt Weigner hat schon daraufhin gesagt: „Wir haben eine ganze Anzahl Aussagen von Arbeitern, deren Resultat ist, daß bisher nicht erwiesen sei, daß irgend etwas vorliege. Wir haben nur Leute gefunden, die relativ günstig für die Zechenverwaltung aussagen.“ — Das ist doch ganz merkwürdig. Wir haben von den Herren Kollegen Wiedberg und Behrens gehört, die doch beide nicht mit uns in organisatorischer Beziehung stehen, daß beide genau dieselben Erfahrungen über das Urteil der Arbeiter und Beamten gemacht haben wie wir. Und genau dasselbe gibt die Saarpresse über das Urteil der Beamten an. Das Organ des Pilsch-Dunderschen Gewerksvereins der Bergarbeiter spricht sich ungewöhnlich dahin aus, daß eine solche Katastrophe gar nicht möglich wäre, wenn die Zustände sich in dem gezeigten Zustande befunden hätten. Noch charakteristischer ist die Angabe des Herrn

Wurst, dessen Rede im preussischen Abgeordnetenhaus doch durchaus nicht als heftig bezeichnet werden kann. Auch er sagte: „Ein Herr, dessen Namen ich noch nicht kenne, sagte mir, daß auf der Zeche schon seit 14 Tagen kein Wasser war, oder doch so wenig, daß es zur ordnungsmäßigen Verrieselung nicht langte.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also auch Herr Wurst findet Geruchsreste für genau dieselben Anklagen wie wir. Ebenso schreibt das Organ des christlichen Bergarbeiterverbandes.

„Der Staub konnte nicht niedergeschlagen werden, weil Wasser fehlte.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also Herr Wieberg, Herr Behrens, Herr Wurst, das Organ des Christl. Dunderschen, das Organ des christlichen Verbandes, sie alle sagen das Gegenteil von dem, was bisher der Herr Minister durch seinen Kommissar hat ermitteln können. (Hört! hört!)

Ahn aber das wichtigste, das ein Novum in der Geschichte der Bergarbeiterbewegung ist: Es hat sich zum ersten Male ereignet, daß sich rückhaltlos auch die Bergbeamten, die Steiger auf die Seite der Arbeiter stellen, daß sie sich rückhaltlos dahin aussprechen, daß die Hauptschuld an dieser Katastrophe nur die Bergbehörde trägt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind Beamte, welche ihre Versammlungen mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnen und schließen, also keine Sozialdemokraten. Herr Mann! In dem Organ dieser Beamten stehen die schwersten Anklagen gegen die Bergbehörde, viel schwerer, als ich je jemals im Reichstag ausgesprochen habe. Aber zu unserem Erstaunen hören wir, daß der Herr Minister keine Zeugen findet, welche all das bestätigen, was wir gesagt haben, sondern der Gesamteindruck der von ihm ermittelten Zeugnisaussagen ist der, daß „alles in Ordnung“ war. Herr Mann klagt über Stimmungsmaße in der Presse. Ja, Stimmungsmaße ist gemacht worden, das gebe ich zu. Der Herr Minister hat selbst im Reichstag erklärt, der Bergmann Meyer habe seine Aussage aufrecht erhalten. Wenn der Minister von seinen Kommissaren nur einhermachen bedient worden wäre, so hätte er wissen müssen, daß der Name Meyer ein Pseudonym ist, daß der betreffende Bergmann Goh heißt und daß dieser keine Aussage vor dem Staatsanwalt mit ganz unwesentlichen Änderungen aufrecht erhalten hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Warum teilt der Minister nicht mit, was der Zeuge Goh gesagt hat. Wenn er es täte, so würden Sie wohl verstehen, daß man zu dem, was der Minister vorhin gesagt hat, nicht das mindeste Vertrauen haben kann. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Immer noch wird der nur in der Phantasie bestehende Zeuge Meyer angeführt. Dem Zeugen Goh aber wird nachgesagt, daß er habe lügen wollen, während der Mann sich freiwillig gestellt und zur Aussage gemeldet hat! So wird Stimmung gemacht! (Lebhaftes Sehr richtig!) Das deutsche Volk soll eben meinen, daß alles in Ordnung war. Ich versichere Ihnen, bei diesem ganzen Unglück ist es noch ein Glück, daß die Katastrophe im Ruhrgebiet stattgefunden hat — und nicht in Saarabien. Im Ruhrgebiet werden wir so viele Zeugen anführen, daß die Angeklagten von dem Beweismaterial erdrückt werden. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Ursachen der Katastrophe.
Sehr viel ist von den Ursachen der Katastrophe gesprochen. Ich habe die Empfindung, es ist überflüssig, davon zu reden, soweit man meint, eine spätere Untersuchung könne die Ursachen feststellen. Sie haben ja alle gelesen, daß die Elementarmächte in der Grube jetzt wüten, daß Explosion auf Explosion jetzt dort erfolgt. Es wird daher ganz unmöglich sein, später festzustellen, wie der Zustand vor der Katastrophe war. Und darauf allein kommt es an. Hierfür aber haben wir massenhaft Zeugen, und ich wundere mich nur, daß der Herr Minister keine gefunden hat. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Wieberg hat schon die rasche Entstehung der Zeche angeführt. Darauf gründet sich der scharfe Angriff der „Dortmunder Arbeiterzeitung“; denn diese Zeche ist geradezu typisch für den modernen Bergbetrieb, wo man nur schnell teufen muß, ohne Rücksicht darauf, daß die Vernachlässigung sich rächen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Verrieselung.
In dem Organ der Steiger ist angegeben, daß während durchschnittlich bei 800 Meter Tiefe eine Temperatur von 30 Grad herrscht, auf der Zeche Rabbod nach der Verbindung vieler dort beschäftigten Arbeiter das Gesein an mehreren Stellen so heiß war, daß die Arbeiter, die dort mit bloßem Körper schweißbehaftet kaupten mußten, mit dem bloßen Körper sich nur ganz kurze Zeit darin aushalten konnten. Infolgedessen war schon eine Viertel- bis eine halbe Stunde nach der Verrieselung wieder alles vollkommen ausgetrocknet. Gerade auf dieser Zeche hätte deshalb für eine starke Verrieselung gesorgt werden müssen. Ich stelle fest, daß mit von Bergkommissaren, die nur selten einmal hin kommen — erklärt worden ist, daß im Verhältnis zu dieser großen Tiefe die Verrieselung häufiger hätte erfolgen müssen, daß aber — und hier steht unsere Anklage ein — den Leuten die Verrieselung nicht möglich gewesen ist nach der übereinstimmenden Aussage von Dutzenden von Bergleuten, nach der Anklage des Steigerorgans und auch nach den Ausführungen der Herren Kollegen Wieberg und Behrens; sie alle bezeugen, daß die Verrieselung im Verhältnis zur hohen Temperatur und der damit verbundenen Staubeentwicklung durchaus ungenügend gewesen ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Minister hat den Namen des Werkmeisters Holländer genannt. Herr Minister, es ist doch selbstverständlich, daß ein Angeklagter sich nach Möglichkeit zu entlasten sucht. Bei jedem Prozeß rechnen die Richter damit, deshalb wird ja auch der Angeklagte nicht verurteilt. Der Aussage des Bergmeisters Holländer aber steht gegenüber die Feststellung im neuesten Steigerorgan, wonach tatsächlich ein Grubenbeamter, als er wegen der schlechten Verrieselung zur Rede gestellt wurde, geantwortet habe, er müsse jede Verantwortung für die Verrieselung ablehnen! Das sind also Aussagen von Beamten selbst, die beschuldigt worden sind, indirekt an der Katastrophe mitschuldig zu sein.

Die Ueberschichten.
Der Herr Minister hat die angegebene hohe Zahl der verfahrenen Ueberschichten bezweifelt. Das eine aber steht fest: In dieser Grube sind eine ganze Anzahl Menschen verunglückt, die eine Doppelschicht verfahren. Bedenken Sie einmal, was das bedeutet! Diese Leute müssen in einer Doppelschicht 16—18 Stunden ununterbrochen in dieser Atmosphäre verbleiben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Minister verwies darauf, daß der „Gesundheitsbeirat“

in bezug auf die Höhe der zu leistenden Ueberschichten Normen festgelegt habe. Es wäre uns sehr willkommen, Herr Minister, wenn Sie uns einmal mitteilen wollten, was denn der „Gesundheitsbeirat“ beabsichtigt hat. Wir wissen von nichts! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und die Arbeiter auch nicht. (Erneutes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In anderen Fällen würden sich die Arbeiter ja bei den Kommandierungen zur Ueberschicht dagegen verwahren unter Berufungen auf den Gesundheitsbeirat. — Wir erwarten nun, daß die Bergbehörden öffentlich bekannt machen, was der „Gesundheitsbeirat“ in bezug auf das Ueberschichtenwesen für notwendig erachtet.
Wenn man überhaupt ein Urteil abgeben soll über die Möglichkeit einer solchen Katastrophe, so scheiden bei dem Rabboder Unglück die sogenannten elementaren Ereignisse aus. Wir haben Hunderte von Bergarbeitern getötet, und Herr Wieberg hat das bestätigt, daß das starke Auftreten von Gasen niemals eine solche Katastrophe ermöglichen könne, sondern nur das
Zusammentreffen einer ganzen Summe von einzelnen Umständen, die es herbeiführen, daß eine Explosion an einer Stelle sich weiter überträgt. Arbeiter und auch Beamte, die zehn und zwanzig Jahre

Beamte sind, erklären, eine solche Katastrophe sei unmöglich bei Befolgung der heute bestehenden gesetzlichen und bergpolizeilichen Vorschriften. Darum lästige ich mich dem an, was schon gesagt worden ist: Wir brauchen keine polizeilichen Vorschriften mehr, wir haben schon viel zu viele. Auch wenn in einzelnen Fällen Arbeiter wirklich die Vorschriften nicht beachtet haben, so hätte das doch nie eine solche Katastrophe erzeugen können. Sind denn aber die Arbeiter immer in der Lage, die bergpolizeilichen Vorschriften zu befolgen? Hier stelle ich fest, daß nicht überall, aber an sehr vielen Stellen, das Gebot so festgelegt wird, daß nur unter Aufsicht aller Kräfte die Arbeiter einen Lohn herauslagern können, den sie notwendig zum Leben brauchen. Es ist charakteristisch für die preussische Bergbehörde, daß sie stets auf diese Kernfrage

die Lohnfrage, nicht eingehen will, und doch hängt alles damit zusammen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es fragt sich gerade, ob das Gebot so gestellt ist, daß die Arbeiter dabei unter Beobachtung aller erlassenen Sicherheitsvorschriften noch zu einem ausreichenden Lohn kommen. Das ist die Kernfrage, die auch von den Arbeiterkontrollleuren sehr wohl gelöst werden kann; denn sie fühlen mit den Arbeitern mit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und sind denn nur die Beamten schuldig zu sprechen? Es ist, wie gesagt ein Novum, daß jetzt die Bergbeamten sich auf die Seite der Arbeiter stellen bei dem Vorgehen gegen die Bergbehörden. In diesen Tagen habe ich Dutzende von Briefen von Grubenbeamten aus allen Teilen Deutschlands bekommen, und aus allen dringt der Schmerzschrei heraus: Sagen Sie auch einmal im Reichstage, wie wir gebädelt werden von oben her, wir Betriebsbeamte, wie uns die Bergbehörde in Stich läßt im Kampfe gegen die Grubenbesitzer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man will den Grubenbeamten eine größere Verantwortlichkeit aufbürden. Wir wissen ja, was kommen wird: Den Ortsämtern wird man verantwortlich machen, dann hat man ja den Schandenbock! Aber damit ist und nicht gedient.

Wie liegen die Dinge eigentlich? Man hat in den Grubenbetrieben das „Sollsystem“ eingeführt. Auf den Kalkulationsbüros wird das Soll, das der Steiger fördern muß festgelegt. Damit ist von oben aus eigentlich die Frage des Bedingens gestellt. Und nun heißt es für den Steiger: Das vorgeschriebene Soll mußt du fördern, sonst bekommst du die Prämie nicht. Ein großer Teil der Steiger bezieht mehr an solchen Prämien als an fixem Gehalt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dasselbe ist übrigens auch in der Hüttenindustrie in bezug auf die Obermeister der Fall. Wenn aber in irgend einem Gewerbe das Akkordsystem, das Prämien- oder Machtsystem genannt werden muß, so gewiß im Bergwerksbetriebe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Steiger sind manchmal viel schlummer daran als die Arbeiter. Die Arbeiter wollen natürlich ein gutes Gebot und schimpfen vielleicht auf den Steiger, weil nicht jeder von ihnen die wirtschaftlichen Zusammenhänge kennt. Der Steiger aber wird von oben kommandiert. Dieser er nicht genug Kohlen, so droht man ihm mit Entziehung der Qualifikation. Bei dieser Entziehung der Qualifikation wird von der Bergbehörde, wie wir das bei anderer Gelegenheit schon erwähnt haben, durchaus nicht immer einmündig verfahren. Nur einen Fall will ich zur Illustration anführen, wie es unter Umständen dem Steiger geht. Auf der Zeche Deutscher Kräfte, die der Firma Lützen gehört, hatte vor einiger Zeit ein Steiger ein so hohes Soll gesetzt bekommen, daß er es häufig nicht liefern konnte. Sein Vorgesetzter drangalierte ihn und drohte mit Entlassung, und als der arme Teufel eines Tages wieder das Unglück hatte, das Soll nicht gefördert zu haben, jagte ihn sein Vorgesetzter

in die Grube zurück!
Es ist das so beliebt worden bei den Herren Assessoren, daß man die Steiger zur Strafe zum „Ruhesitz“ kommandiert und sie nach achtsündiger schwerer Schicht wieder in die Grube jagt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Beamte wachte nun nicht ein noch aus. Und was geschieht? Am anderen Morgen kam die Frau des Beamten und fragte, wo ihr Mann sei. Niemand wachte es. Er ist die Nacht über nicht nach Hause gekommen. Man sucht in der Grube, man findet ihn nicht. Ein Polizeihund spürt dann den armen Teufel nach 38stündigem unterirdischem Aufenthalt zusammengeworfen in der Grube auf und nachdem er heraufgeholt worden ist, konstatiert der Arzt geistige Depression.

(Bewegung.) Ich sage also: die Steiger sind lieber daran als die Arbeiter und deswegen erleben wir von dieser Stelle aus die Anklage: Die Steiger so wenig wie die unmittelbaren Betriebsbeamten und die Arbeiter können an solchen Katastrophen schuldig sein, sondern die Schuldigen sind jene Herren, die nie ihre Finger schmutzig machen beim Fördern von Kohlen, die aber die riesigen Gewinne, die ungeheuren Dividenden einstreifen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht zu bestreiten, daß auch die Betriebsverwaltungen, die Generaldirektoren unter Umständen nichts sind als Marionetten in den Händen der Leute von der hohen Finanz;

in den Bureaus der großen Bankhäuser wird mit Leben und Tod von Hunderttausenden von Bergarbeitern gewürfelt.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hören Sie, was die Beamten über die sogenannte Sparmaßnahme sagen: Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß, wenn auf der Zeche Rabbod oder Borussia 50 M. mehr für Reparaturen ausgegeben werden, die Katastrophe nicht erfolgt und Millionen gerettet wären. Hier trifft das Wort zu: Man spart am Papen und läßt durch den Spund laufen. Wir können heute erfreulicherweise konstatieren, daß auch die Beamten sich organisieren und sich die bisherige Behandlung nicht mehr gefallen lassen.

Die überaus zahlreiche Verwendung ausländischer Arbeiter in den Gruben ist schon besprochen worden. Durch sie wird zweifellos die Unfallgefahr und die Krankheitsgefahr erhöht. Wie man von gewisser Seite den Menschen im Arbeiter achtet, geht aus einem Was zu: Man spart am Papen und läßt durch den Spund laufen. Wir können heute erfreulicherweise konstatieren, daß auch die Beamten sich organisieren und sich die bisherige Behandlung nicht mehr gefallen lassen.

Ueber die schwarzen Listen
haben wie ja hier tagelang diskutiert. Auch bei dieser hochwichtigen Debatte war kein Vertreter der Bergverwaltung zugegen. Die Erbitterung der Massen, wie sie in Rabbod auch gegenüber dem Prinzen Eitel Friedrich zum Ausdruck gekommen ist, muß ja gesteigert werden, wenn fortgesetzt Tausende auf die schwarzen Listen gesetzt werden, wenn auf alle höflichen und manchmal sehr demütigen Eingaben von Organisationen und Arbeitern, ob sie nun vom Christlichen, vom Christl. Dunderschen oder freigewerkschaftlichen Verband kommen, nicht einmal eine Antwort kommt. Man verhandelt einfach mit den Arbeitern nicht! Und da wundert sich Herr Mann über die Empörung der Bergarbeiter. Im Altertum hat man die Bergwerksknechten mit Ketten an die Arbeit gefesselt. Heute ist man humaner, heute macht man schwarze Listen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In bezug auf

das Verhältnis der Bergbehörde zu den Bergwerksbesitzern habe ich bei Gelegenheit des Reichstagesgesetzes die Behauptung aufgestellt, daß der Sprachenparagraf bestelle Arbeit der rheinisch-westfälischen Industrieherren sei. Damals hat der Herr Staatssekretär v. Weismann-Hollweg förmlich vor aller Welt die Erklärung abgegeben, daß dieser Sprachenparagraf nicht auf die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter Anwendung finden solle. Und nun konstatiere ich vor der ganzen Öffentlichkeit, daß im Ruhrgebiet das eingetroffen ist, was wir vorausgesagt haben. (Hört!

Hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierungspräsidenten von Münster, von Arnberg und von Düsseldorf haben auf Eingaben der politischen Gewerkschaften, man solle in den Gewerkschaftsversammlungen die polnische Sprache gestatten,

ablehnend geantwortet!
(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hatte sich in dieser Eingabe auch auf die Erklärung des Staatssekretärs des Innern berufen; das hat aber nichts genützt. Auch auf eine Beschwerde an den preussischen Minister des Innern v. Nolte hat dieser den Bescheid nicht widerrufen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun bitte ich Sie, Herr Staatssekretär, wie soll man denn dann Ihrem Worte jetzt noch vertrauen? (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich bin fest überzeugt: wäre jene Erklärung des Herrn Staatssekretärs damals nicht erfolgt, so wäre der Sprachenparagraf von einer ganzen Anzahl derer, die ihm zugestimmt haben, abgelehnt worden. (Sehr richtig! Kass.) Also, meine Behauptung, daß

der Sprachenparagraf ein Geschenk an die rheinisch-westfälischen Großindustriellen

sei, ist durch die Tatsachen vollkommen belegt worden.
Weiter haben wir wiederholt verlangt, man solle die Sprachenvorschriften auch in polnischer Sprache anschlagen, damit sie die polnischen Arbeiter verstehen. Die Regierung hat „nationale“ Gründe vorgebracht. Nationale Gründe erlauben es, Hunderttausende ausländischer Arbeiter in die Gruben zu verschleppen und sie in die größte Gefahr zu bringen, sie erlauben es, ihnen die Muttersprache zu verweigern. Und warum? Weil es die Herren Hüttenbesitzer wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die einfache Erklärung. Ich erinnere daran, daß bei der Borussia-Katastrophe die Bergbehörde, ehe auch nur die Möglichkeit einer Untersuchung vorlag, der Grubenverwaltung ihre Inspektion beständig hat. Sehr charakteristisch für den Einfluß der Großindustriellen ist das Schicksal des Hüttenarbeiterschutzes. Im preussischen Landtage hat man noch nie — meines Wissens — darüber gesprochen, jedenfalls noch nie einen Antrag auf Vorlegung eines Hüttenarbeiterschutzes angenommen. Wohl aber ist das im Reichstag mit großer Majorität geschehen. Und was erleben wir? Diese Angelegenheit des Hüttenarbeiterschutzes wird aus dem Reichstag, wo sie doch wahrhaftig hingehört — hier können Sie doch keine Dobeisrechte geltend machen, Herr Minister! — in das preussische Handelsministerium verschleppt! Und warum? Weil die Hüttenbesitzer gedroht haben, daß sie Rebellion machen würden, wenn ein Hüttenarbeiterschutz wie der Reichstag ihn wollte, zustande komme! (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden bei der sozialpolitischen Debatte noch darauf zurückkommen. All diese Vorgänge haben weitesten Kreisen die unausrottbar Ueberzeugung beigebracht, daß

Bergverwaltung und Grubenverwaltung unter einer Decke stecken.
Nun zur Frage der Untersuchung der Unfälle.

Die Bergbehörde darf in keiner Weise an der Untersuchung teilnehmen. Auch nicht an der Voruntersuchung! Wir haben den Verursacher, den Prozeß gegen den Bergrat Hilger, den Prozeß gegen die Seufberger Gruben, den Heufußprozeß gehabt. Und in allen diesen Prozessen trat der Vertreter der Bergbehörde als Sachverständiger auf, obwohl sich die Anklage nicht bloß gegen die Grubenverwaltung, sondern auch gegen die aufsichtführende Bergbehörde richtete. Ja, man hatte den Kapit. als Vertreter der Bergbehörde und als Sachverständigen den Beamten zu laden, der in dem Revier amtierte, wo der Unfall geschehen war! (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das wäre in jedem anderen Prozeß ausgeschlossen. Jeder Untersuchungsrichter, der sich irgendwie persönlich beteiligt fühlt, lehnt sich selber ab. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Bergbehörde kennt solche Bedenken nicht, und dabei ist es klar: wenn Mißstände nachgewiesen werden, dann belastet sie sich selbst, weil sie ja unter ihrer Aufsicht eingetreten sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist nicht etwa eine sozialdemokratische Anschauung. Nein, das gleiche hat auch die Rheinisch-Westfälische Zeitung im Jahre 1908 ausgesprochen; sie hat der Bergbehörde damals die Fähigkeit abgesprochen, als unabhängige, objektive Untersuchungsbehörde zu fungieren. Wir haben es ja erlebt, wie in den Knappschafstadebatten die Bergbehörde die Mißstände zu vertuschen suchte. Und nun sollen wir ruhig zusehen, wie die Bergbehörde nach dieser furchtbaren Katastrophe als Selbstbeteiligte die Untersuchung führt! Das ist ganz unmöglich. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Bergbeamter findet, daß nicht eine kleine Explosion, sondern eine Summe von Umständen an der Katastrophe schuld war, so belastet er in erster Linie die Bergbehörde, und deshalb verlangen wir, daß die Bergbehörde an dieser Untersuchung nicht beteiligt ist. Wir haben einen Antrag eingebracht, der eine von der Bergbehörde unabhängige Kommission für diese Untersuchung verlangt.

Nach auf einen Umstand will ich aufmerksam machen. Sie finden unter den Bergassessoren und Bergreferendaren genau dieselben Namen wie unter den Aktionären und Aufsichtsratsmitgliedern.

Die Beamten kontrollieren hier die Gruben ihrer eigenen Familienmitglieder.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch ein unmöglicher Zustand. Schon aus diesem Grunde müssen wir Arbeiterkontrollleure verlangen. Selbst die Rheinisch-Westfälische Zeitung schrieb im Jahre 1908, daß nicht mehr nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern nach finanziellen und dividendentheoretischen Gesichtspunkten die Verwaltung der Gruben geleitet wird. Wenn selbst ein Organ der Unternehmer sagt, daß die sozialpolitischen Gesichtspunkte vor den dividendentheoretischen zurücktreten, dann wäre es hohe Zeit, daß die Bergbehörde sagte: So geht es nicht weiter! (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Dort unten spielen sich Dinge ab, von denen die große Mehrheit hier nichts weiß, sonst wäre ihr Widerstand gegen unsere sozialpolitischen Vorschläge gar nicht verständlich. Wenn Sie unseren Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission annehmen, dann werden Sie Dinge erleben, von Dingen hören, die Sie für unmöglich gehalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Warum weist man das Verlangen eines Reichstagesgesetzes zurück? Bedächtig, weil die Unternehmer es tun. Diese wissen, daß bei einer reichsgesetzlichen Regelung auch die Arbeiterfrage berücksichtigt würde, und deshalb widerlegen sie sich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb aber sollen die Bergarbeiter von der Reichsgesetzgebung ausgeschlossen bleiben? Dafür gibt es keine andere Erklärung, als daß die Bergbehörde sich dem Willen der Unternehmer fügt. Auf die versprochenen „Arbeiterkontrollleure“ verzichten wir, da man sie nach dem Muster in Saarabien machen will. In dem Prozeß des Oberbergrats Hilger gegen den Bergarbeiter Krämer wurde von Arbeiterauschussmitgliedern unter Eid erklärt, daß, als sie Mißstände gerügt und das Kontrollbuch zur Eintragung gefordert hätten, ihnen vom Obersteiger gesagt wäre, das werde er sich, und sie hätten dann in das Buch hineingeschrieben.

„Alles in Ordnung!“
Solche Arbeiterkontrollleure sind keine Reform, sondern nur ein Stillstand, um sich der wirklichen Reform zu entziehen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sozialpolitisch vorgeschrittener als die preussische ist die bayerische Bergverwaltung. Diese hat längst Arbeiterauschussmitglieder an der Kontrolle beteiligt und ihnen hohes Lob gesendet. Diese Mitglieder waren ohne Ausnahme auch Mitglieder des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes. Sie leben, doch wir sehr wohl in der Lage sind, eine unparteiische Ausübung solcher Ämter zu garantieren. Aber in Preußen will man das nicht, in Preußen darf man das nicht, sonst hätte man sofort das ganze Untertanenverhältnis auf dem Hals. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Reisen Sie zu den Bergleuten, hören Sie Sunderl, hören Sie Tausend Berg-

arbeiter. Sie werden dort vieles erfahren. Die Bergarbeiter haben das Vertrauen zu dem Reichstag, daß er ihre Mäße hören wird. Ich bitte Sie dringend im Namen der Bergarbeiter, im Namen der Opfer, die dort gefallen sind, nachherigen Sie dieses Vertrauen, erfüllen Sie die Pflichten der Bergarbeiter. Wiederholt hat der Reichstag Anträge angenommen, die ein

Reichsberggesetz

fordern. Helfen Sie der Gerechtigkeit, helfen Sie der Menschlichkeit zum Siege und machen Sie Front gegen das, was von der Regierung hier als „Reform“ vorgebracht wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie beschließen damit nicht nur die Arbeiter, sondern auch das gesamte Volkseigentum. Reichsberg hat Graf Knapp hier die Akkumulation des Grundkapitals geschildert. Er hat geschildert, wie die nationalen Grundbesitzer verschleubert werden, wie man die Brennstoffe dem deutschen Volke nur zu Apothekerpreisen abgibt. Eine kleine Handvoll von Unternehmern, eine verschwindende Handvoll von Millionären beherrscht jetzt schon den Bergbau. Da ist es Zeit, daß man den Finger in die Wunde legt und das Volkseigentum schützt vor denen, die es verschleubern. Das ist nicht nur eine Frage, welche die Sozialdemokratie angeht, hat doch die preussische Regierung bei der Begründung in ihrem Gesetzentwurf im Jahre 1906 selbst auf die

Gefahr dieser kapitalistischen Entwicklung der Kohlenindustrie hingewiesen. Wenn das Volk wüßte, wie billig in Wirklichkeit die Kohle gefördert wird und wie teuer sie bezahlt werden muß, so würde eine flammende Empörung die ganze Bevölkerung erfassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gegen diese Verteuerung des Nationaleigentums gibt es kein anderes Mittel — als die

als die

Enteignung des Großunternehmers,

Expropriation der Expropriateure!

(Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch der den Konterpartnern nachsichtige Professor Adolf Wagner sagt, daß die Entwicklung zu einer immer stärkeren Entwicklung von Reichtum auf der einen Seite, zu einem immer größeren Klagengegenstand führt. Diese Gegenstände zu lösen, an dem Punkte kommen wir nicht vorbei. Die unabhängigen Männer der Wissenschaft sprechen es mit uns aus, daß wir die Geburtswehen einer neuen Zeit erleben, die eine bessere Zeit sein muß. Die Sozialdemokraten verlangen, daß in der Volksvertretung an dieser Grundfrage unserer Zeit nicht vorbeigegangen wird. Wenn sie noch so viel reden und es noch so viel abstreiten, an der Tatsache ändern Sie nichts, daß die Klasse des Volkes in immer größerem Abstand von den Unter-

nehmern kommt. Und wenn Sie an die Regelung der Bergarbeiterfrage gehen, so erhebt sich dahinter das viel größere Problem: „Wie erhalten wir unserm Volke, das unserm Volke gebührt? Wie erhalten wir der Nation, was der Nation gebührt?“ Sie müssen die soziale Frage lösen in dem Sinne, wie wir es vorschlagen, an dem Punkte kommen Sie nicht vorbei. (Anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch, 1 Uhr.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Wartberichter der Abt. d. Reichs-Verkehrsdirektion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Wurst:** Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise fest. **Geflügel:** Zufuhr reichlich, Geschäft fest, Preise nachgebend. **Fische:** Zufuhr genügend, Geschäft sehr lebhaft, Kartfische kaum absetzbar, Preise nachgebend. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Süßfrüchte:** Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Wir geben unseren Kunden schon jetzt Gelegenheit zum besonders billigen Weihnachts-Einkauf und verfolgen trotz billigster Preise bei Einkäufen noch die

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgeschlossen.

14. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 24. November 1908, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

107 501 611 64 908 500 1190 800 95 737 000 2208 216	413 78 [5000] 639 19 [1000] 779 587 3491 554 614 80 72	920 [400] 41 4006 15 181 [5000] 254 423 305 782 841 639	5000 271 397 496 577 6275 509 687 508 7169 278 548	447 81 84 292 735 915 [500] 8132 309 474 86 820 963	9028 [5000] 203 70 [5000] 226 449 349 842 55 731 804	10214 561 85 644 786 11241 37 491 817 [15000]	22 48 12486 [1000] 284 741 47 920 56 [500] 13985 74	769 1456 259 677 741 800 76 81 18590 94 894 404 679	739 896 16000 96 885 847 844 17126 228 65 549 677 754	78 18080 712 [500] 217 88 [5000] 822 815 981 19100 82	272 [5000] 408 30 574 801 18 81	20494 711 444 539 845 67 792 898 2128 58 654 712	22143 410 23396 135 81 [500] 220 95 87 850 804 25	24189 83 89 39 783 890 25133 [1000] 275 313 81 905 [500]	819 804 26018 483 515 69 [1000] 810 80 780 [1000] 844	27117 710 18 814 487 611 21 [500] 731 87 800 10 88 58	28129 [500] 71 [500] 690 704 21 28 29061 98 159 [500]	75 [5000] 83 204 5 497 84 [500] 817 [5000] 850 932	30119 39 444 67 525 658 879 [5000] 920 87 31164 844	48 537 38 684 84 797 883 910 32284 62 495 748 33081 477	802 82 34027 128 [500] 94 214 448 68 800 819 935 48 99	35008 53 67 450 500 [1000] 610 85 [5000] 713 36158 [500]	703 83 859 37 32728 64 [5000] 848 38185 365 679 97 701	28 894 77 820 [1000] 39108 425 698 818 25 822	40162 [1000] 581 690 808 867 41260 705 801 11 53	[5000] 79 421210 424 79 728 910 14 53113 137 [500] 871	[500] 794 [1000] 891 981 54078 144 421 517 43 85 55080	198 229 319 820 925 56305 81 958 73 57010 96 80 173	257 31 420 48 66 503 30 955 58567 128 59177 [1000]	803 35 821	60171 351 411 [500] 87 883 [5000] 731 61089 346	885 717 821 62963 453 787 880 [1000] 63169 235 82	[10000] 646 [500] 728 40 [1000] 985 64017 95 132 846	84 841 81 779 65108 55 [10000] 254 411 581 683 [5000] 718	66378 115 28 70 803 678 717 827 898 67073 100 214 499	582 514 88221 86 [5000] 498 895 708 150 22 [5000] 880	69020 418 498 875 872	70101 38 141 240 [500] 819 [500] 60 826 63 786 81	840 887 71963 37 57 [1000] 62 124 240 697 [1000] 81 885	732 72533 890 778 73319 49 450 750 72 74151 228 287	321 34 303 953 65 75157 270 323 76289 [500] 82 75 188	911 251 89 294 784 87 97 828 43 953 7714 [1000] 318 41	408 48 680 89 780 802 37 78112 390 12 82 839 470 708	15 841 71 [1000] 79128 91 234 307 49 26 588 89 708 38	34 [500] 861 74 815 16 [500] 89	80192 340 855 84 81024 64 75 143 675 710 82181	88 249 319 [500] 419 545 612 783 83033 411 52 95 [1000]	689 887 [5000] 904 84321 458 564 89 817 58 809 85 85089	241 874 328 37 894 86121 46 [5000] 230 [500] 810 56 411	82 40 789 87108 48 246 [500] 347 69 880 920 960 88207	404 295 [5000] 812 89125 99 238 40 499 574 741 815	730 85 896 124 205 10 67 524 938 [5000] 91045 801 96	827 [5000] 345 93068 78 176 244 56 58 394 481 898 9486	778 809 96 997 95478 [500] 548 629 [5000] 338 59 96184	720 703 97015 [1000] 35 28 233 33 344 59 60 [5000] 410	17 89 394 [5000] 758 818 816 98801 483 292 823 25 99188	225 [5000] 348 98 773 994	109038 186 868 479 522 101045 [1000] 87 289 892	71 508 [1000] 737 102306 846 [500] 915 26 103041 49	72 169 111 329 409 10 327 808 44 84 104010 65 79 89	148 228 318 818 708 827 105081 98 133 505 822 781 985	106085 21 113 214 [500] 89 79 803 27 517 853 37 107083	81 71 185 208 320 653 713 [5000] 108190 [5000] 402 63	527 714 829 109209 544 44 829 24 96 87 [1000] 739	[500] 541	110120 395 673 831 111171 211 15 649 718 864 923	112084 302 814 38 982 11382 73 110 55 85 241 281	408 [5000] 48 [500] 569 890 1114022 118 290 884 359	[500] 115023 40 30 605 781 98 805 88 984 116198 229	31 [5000] 87 810 43 411 600 117046 788 849 78 852	118349 [5000] 448 [500] 508 13 872 734 935 119736	120465 278 30 215 40 58 697 606 921 69 84 121149	485 821 [5000] 789 829 39 89 [5000] 122699 220 43 430	689 722 87 841 82 87 [5000] 957 78 123049 84 84 88	214 20 287 [5000] 442 923 124017 223 42 478 628 48	125029 216 300 710 13 78 128062 183 432 529 613	127101 410 512 748 981 127087 20 286 [1000] 461 67 653	869 908 129012 21 78 184 [5000] 815 502 867 807 79	130340 60 [5000] 467 394 705 41 883 [1000] 131175	[500] 88 [5000] 206 427 853 132129 828 828 29 133805	324 [500] 61 262 489 31 64 805 712 [500] 13 57 929	134043 117 216 451 65 549 328 999 [5000] 135270 503	31 [5000] 605 812 [5000] 847 138050 848 137988 38 127	[1000] 88 261 823 908 774 881 64 850 138130 70 411 77	884 825 717 84 883 139126 801	140441 85 524 829 889 141202 4 37 249 79 881 71	142079 183 829 429 516 95 [5000] 143126 281 291 [1000]	10 324 849 710 894 144284 [5000] 522 [5000] 145822	304 [5000] 62 [1000] 764 146188 [5000] 676 771 [5000]	894 147089 45 124 56 524 67 84 [1000] 604 9 20 43 721	895 [500] 848 148021 803 18 85 239 843 85 149250 208	88 598 688 724 923
---	--	---	--	---	--	---	---	---	---	---	---------------------------------	--	---	--	---	---	---	--	---	---	--	--	--	---	--	--	--	---	--	------------	---	---	--	---	---	---	-----------------------	---	---	---	---	--	--	---	---------------------------------	--	---	---	---	---	--	--	--	--	--	---	---------------------------	---	---	---	---	--	---	---	-----------	--	--	---	---	---	---	--	---	--	--	---	--	--	---	--	--	---	---	---	-------------------------------	---	--	--	---	---	--	--------------------

15. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 24. November 1908, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

150063 108 812 [5000] 502 614 774 [500] 819 29 33	26 092 96 151193 850 66 422 718 851 152116 75 219	58 300 458 520 89 811 15 700 809 153176 236 756 51 918	[1000] 154050 98 116 311 477 508 22 41 63 927 155761	182 224 90 497 78 855 767 862 156106 313 406 520 699	788 598 [500] 983 157161 287 406 618 978 158187 77 249	[1000] 98 450 598 601 754 890 159033 [500] 148 234 [500]	421 47	160099 186 88 234 95 537 [1000] 458 [5000] 021	64 65 161179 222 [500] 307 27 754 826 [500] 162170	235 163102 254 [1000] 247 795 [1000] 164088 [500] 86	381 [500] 28 [500] 354 482 687 750 883 88 922 165024	98 [500] 103 928 [500] 418 21 536 812 84 916 166141	385 167488 809 168888 831 63 169001 127 44 243	[1000] 57 806 801 17 [500] 999	170188 780 958 171304 85 451 653 906 172185	[5000] 370 99 804 36 82 213 89 173002 [500] 378 778	95 88 448 914 174010 805 647 87 808 25 175190 82	[1000] 408 15 17 72 754 804 79 88 176088 89 250 92	177029 88 111 281 338 456 357 661 706 178188 219	434 501 69 712 89 [500] 896 82 179087 120 [1000] 422	504 [500] 384 78 905 [1000]	180198 211 [500] 14 353 872 901 181078 108 78	320 731 [1000] 65 [500] 97 [500] 811 182084 182 213	76 373 723 805 183124 281 99 498 608 81 705 844 973	184407 185419 186186 638 885 187029 [500] 829	424 20 84 717 88 65 823 188374 75 [500] 512 639 74	718 [5000] 857 [1000] 189035 173 261 306 13 79 456 568	64 88 773 90 808 [5000] 66 898 [5000]	190084 182 381 191141 300 450 804 848 192084	308 54 241 [500] 728 [1000] 379 86 193291 728 024	975 194111 229 [5000] 327 [500] 85 969 674 820 910	195148 [500] 33 [500] 94 281 [5000] 814 [500] 19 453	191 71 705 845 953 [5000] 196469 [5000] 584 638 44	721 43 48 845 197004 788 844 198199 241 56 754 824	89 [5000] 824 199038 54 328 73 [1000] 83 497 910	62 [500]	200181 341 414 804 [500] 78 987 201089 307 445	879 86 799 12 80 82 [1000] 887 838 52 202125 283	[5000] 478 581 650 338 839 [1000] 48 819 [5000] 203409	171 473 90 204289 585 743 205128 200 31 256 92 485	[500] 558 629 206227 857 48 400 887 207100 232 85	88 [5000] 808 458 209 605 203 208590 126 211 610	209019 49 79 121 22 450 [5000] 664 [500] 718 861 970	210009 204 82 236 454 728 828 54 211110 400	96 681 744 [1000] 854 883 [500] 96 [500] 212088 306	[1000] 581 602 49 717 885 [5000] 991 213800 421 88	658 538 214128 872 964 87 215010 70 85 90 187 263	926 216025 87 232 [500] 498 457 848 217033 116	777 847 218014 770 75 800 41 87 219114 819 61 70	422 58 567 994	220089 539 88 99 743 88 34 221648 250 85 418	48 86 538 698 826 61 222065 270 406 376 92 887 760	71 223004 17 589 50 648 729 224274 83 850 457 62	95 814 804 977 225089 274 358 [500] 226119 467 86	[5000] 821 49 848 59 227647 948 82 228342 92 187	98 284 896 480 571 630 49 721 229015 47 331 [500]	429 528 878 97	230245 81 [500] 306 723 [15000] 849 231385 430	542 48 659 232029 78 627 724 233039 49 114 420 82	891 234190 [5000] 224 [1000] 41 380 422 629 [500] 54	70 235571 50 827 236182 318 96 413 15 87 521 641	97 806 864 237081 308 48 [500] 853 67 238018 263	338 473 688 812 239129 70 238 21 448 69 73	84 [1000] 82 368 810 822 925 73 [500]	240086 85 192 32 700 74 97 408 [5000] 15 583	427 52 967 71 91 241188 744 833 242007 435 825 896	[500] 718 908 84 [5000] 243050 408 92 880 72 [500]	810 86 909 244009 42 403 73 489 685 737 96 245020	[1000] 51 150 [5000] 62 287 71 438 541 802 59 920 246082	711 201 22 229 429 66 772 88 888 908 [5000] 247129 446	121 295 248088 [500] 488 [1000] 677 632 54 73 820 841	94 249158 377 97 650 [500] 730 31 69	250086 85 282 449 [1000] 830 251059 178 [1000]	248 [1000] 689 [500] 73 [500] 73 808 252158 544 [500]	412 70 601 74 253489 95 702 11 21 66 885 254128	[1000] 448 [5000] 857 700 889 914 58 63 255041 64	233 39 298 298 [1000] 84 411 [5000] 763 882 900 256108	24 285 825 85 980 [500] 257080 20 63 160 72 [500]	411 98 842 99 851 58 258599 724 889 259191 28 [1000]	54 26 278 325 [1000] 647 [500] 825	260257 480 887 603 [500] 64 [1000] 88 261170 898	262013 400 887 916 81 263028 89 185 21 328 443 227	[500] 627 28 604 264508 794 265647 733 89 842 906	71 79 266000 139 59 [1000] 788 267223 87 47 533 789	185 [500] 592 [1000] 32 87 409 640 918	270185 281 46 86 443 [500] 545 [5000] 271001	[5000] 211 71 722 272899 244 494 562 [500] 61 [5000]	273056 119 485 [500] 922 158 [500] 75 274247	48 235 447 [5000] 80 221 [500] 275048 119 309 37 449	[1000] 542 62 82 698 10 799 276989 189 603 523 648	48 819 [1000] 77 277087 [500] 77 129 78 418 91 618	780 875 278129 287 422 980 818 844 279088 123 248	47 85 98 397 607 88	280020 111 223 203 605 24 783 281985 769 74	878 282021 [500] 128 [5000] 72 787 19 [500] 842 58	28400 20 [1000] 288022 22 115 441 588 805 9 88	[1000] 305 [5000] 801 282 43 78 706 [1000] 9 [500]	693 986 285053 420 286000 184 286 49 35 321 [500]	41 67 406 [5000] 93 287080 83 74 129 821 72 825	628 87 [5000] 98 [500] 805 925 79	Im Gewinnrade verbleiben: 1 Prämie zu 200000 M., 1 Gewinn zu 200000 M., 1 zu 100000 M., 2 zu 100000 M., 1 zu 50000 M., 2 zu 50000 M., 3 zu 30000 M., 4 zu 20000 M., 1 zu 10000 M., 1 zu 5000 M., 1 zu 2000 M., 1 zu 1000 M., 1 zu 500 M., 1 zu 200 M., 1 zu 100 M., 1 zu 50 M., 1 zu 20 M., 1 zu 10 M., 1 zu 5 M., 1 zu 2 M., 1 zu 1 M., 1 zu 50 C., 1 zu 20 C., 1 zu 10 C., 1 zu 5 C., 1 zu 2 C., 1 zu 1 C., 1 zu 50 Pf., 1 zu 20 Pf., 1 zu 10 Pf., 1 zu 5 Pf., 1 zu 2 Pf., 1 zu 1 Pf., 1 zu 50 H., 1 zu 20 H., 1 zu 10 H., 1 zu 5 H., 1 zu 2 H., 1 zu 1 H., 1 zu 50 G., 1 zu 20 G., 1 zu 10 G., 1 zu 5 G., 1 zu 2 G., 1 zu 1 G., 1 zu 50 S., 1 zu 20 S., 1 zu 10 S., 1 zu 5 S., 1 zu 2 S., 1 zu 1 S., 1 zu 50 T., 1 zu 20 T., 1 zu 10 T., 1 zu 5 T., 1 zu 2 T., 1 zu 1 T., 1 zu 50 U., 1 zu 20 U., 1 zu 10 U., 1 zu 5 U., 1 zu 2 U., 1 zu 1 U., 1 zu 50 V., 1 zu 20 V., 1 zu 10 V., 1 zu 5 V., 1 zu 2 V., 1 zu 1 V., 1 zu 50 W., 1 zu 20 W., 1 zu 10 W., 1 zu 5 W., 1 zu 2 W., 1 zu 1 W., 1 zu 50 X., 1 zu 20 X., 1 zu 10 X., 1 zu 5 X., 1 zu 2 X., 1 zu 1 X., 1 zu 50 Y., 1 zu 20 Y., 1 zu 10 Y., 1 zu 5 Y., 1 zu 2 Y., 1 zu 1 Y., 1 zu 50 Z., 1 zu 20 Z., 1 zu 10 Z., 1 zu 5 Z., 1 zu 2 Z., 1 zu 1 Z., 1 zu 50 A., 1 zu 20 A., 1 zu 10 A., 1 zu 5 A., 1 zu 2 A.,
---	---	--	--	--	--	--	--------	--	--	--	--	---	--	--------------------------------	---	---	--	--	--	--	-----------------------------	---	---	---	---	--	--	---------------------------------------	--	---	--	--	--	--	--	----------	--	--	--	--	---	--	--	---	---	--	---	--	--	----------------	--	--	--	---	--	---	----------------	--	---	--	--	--	--	---------------------------------------	--	--	--	---	--	--	---	--------------------------------------	--	---	---	---	--	---	--	------------------------------------	--	--	---	---	--	--	--	--	--	--	--	---	---------------------	---	--	--	--	---	---	-----------------------------------	---

Partei-Angelegenheiten.

Steglig-Friedenau. Auf die am Donnerstag, den 20. November, abends 8 Uhr im „Rheinisch“ in Friedenau stattfindende öffentliche Versammlung, in der Genosse Sachs über das Grubenunglück von Raddob spricht, sei zwecks guten Besuchs nochmals hingewiesen.

Kantwig. Die heutige Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet bei Uebel, Marienfelderstraße 9 statt. Thema und Referent werden in der Versammlung bekannt gegeben.

Friedrichsfelde. Heute findet bei Uebel, Pringen-Allee 30, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Genosse Adolf Hoffmann sprechen wird.

Friedrichshagen. In der heute Mittwoch bei Uebel stattfindenden Wahlvereinsversammlung werden an die Mitglieder zurückgeleitete Jugendschriften (Märchenbücher) zu über die Hälfte ermäßigtem Preise abgegeben werden.

Französisch-Buchholz. Am Sonntag, den 29. November, nachmittags 4 Uhr findet im Lokal von Kühne, Berlinerstraße 39, eine öffentliche Versammlung für Französisch-Buchholz und Umgegend statt, in welcher Schriftsteller Stern-Berlin über „das Weien des Christentums“ referieren wird. Die Christlichen sind zu dieser Versammlung brieflich eingeladen.

Berliner Nachrichten.

Verhönerungsrats Ehrentag.

Ein festlich geschmückter, von elektrischen Lichtstrahlen überstrahlter Saal, und in der Mitte drei lange, weißgedeckte Tafeln. Nicht zur Abfütterung sind sie bestimmt. An ihnen soll nach allen Regeln der Kunst des Fingars gezeigt werden, daß Arbeit vor dem Saiteisen und Festeiern kommt. Die blauen Sprühfunken der Hogenlichtlampen und die gleichmäßig ruhigen gelben Reflexe der Glühbirnen brechen sich auf den Tafeln taufendfältig in mehr als einem halben Hundert Spiegeln. Neben jedem duftet als galante Spende ein frisch gebackenes Kuchlein, und auf der anderen Seite lagert, zierlich geordnet das Handwerkszeug des modernen Verhönerungsrats, Röhre und Bürsten, Brennschere und Spirituslämpchen, Flakons und Puderquasten. Vollzählig harren alle die männlichen und weiblichen Verhönerstärker auf den ihnen zugewiesenen Plätzen des prächtigen Saalparades. Rings um das Parkett an vielen kleinen Tischen wird schon fleißig pokuliert und die Cour geschritten, und auf hoher Empore, wo die ballmäßig gekleidete Menge sich Kopf an Kopf drängt, erwidert man eifrig die Chancen des ersten Preisringers. Heute sollen sie zeigen, die ins volle Menschenleben, in den Kampf ums Dasein treten, was sie gelernt haben in langen drei Lehrjahren. Auf den Ehrenplätzen der Mittelgalerie hat man inmitten des Kranzes schöner Frauen und Mädchen die Sachverständigen, die Mitglieder der Gewerbedeputation und die Vertreter der Presse platziert. Wir Zeitungsmenschen gehören ja eigentlich auch mit zum „Pan“, denn so wie wir hat es nicht mal der Haarkünstler heraus, anderen Leuten den Kopf zu waschen. Wichtig eilen die befrachten, geschneigten „Komiteeter“ hin und her. Jetzt wird eine breite Gasse freigegeben, und unter den Klängen eines Hotten Marichés schlängeln sich fünfzig hoffnungsvolle Jünglinge in den Saal, jeder an seinen Platz hinter dem Spiegel und jeder in der festen Ueberzeugung, mit Stamm und Wirte den ersten Preis zu erringen. Es ist ein eigenartig anziehendes Bild, solches Schauffrieren der Lehrlinge. Wie sie glücken vor Eifer, die fünfzig jungen Menschenblüten, die heute eine Probe ihres Könnens ablegen sollen! Im Takt nach der Musik, unter schallender Peiterkeit der Zuhauer, bearbeiten Stamm und Würste die geduldigen Modellhäupter, Strich auf Strich formen sie unter geschickten, flinken Händen die üppigsten Haarwellen zu bestimmteren Gebilden, und allmählich entstehen mit der wunderbaren Hilfe der Brennschere kleine Kunstwerke, die nur den einen bösen Fehler schneller Vergänglichkeit haben. Kritischen Blickes wandern die Preisrichter von Tisch zu Tisch. In ihren Mienen glaubt man das Urteil zu lesen, aber es kommt regelmäßig anders, als man denkt. Mancher war in zehn Minuten fertig und hat eine tadellos sichere Friitur geliefert, andere mußten noch nach dreiviertel Stunden an ihren Karnickeln herum. Herrgott, was da alles unter dem heißen Eifer, das so elegant durch die Luft gefächelt und schnuppernd an die Nase geführt wird, entstanden ist! Mehr als einer und eine kennt sich kaum wieder und bläht sich stolz im Zauberspiegel. Aus struppigen Dickhäuteln sind unter Künstlerhand prächtige Lockenköpfe geworden, nuchterne Hausfrauenfrisuren haben sich in altmodische Kokos-Turmbauten, in die seltsamen Haartrachten des Mikadoreiches oder in die bizarren Phantasiestaturen unseres Jahrhunderts gewandelt. Und was vielleicht das Beste ist — auf diesen so geleckt wie Wachsfiguren in die Welt schauenden Köpfen sind die Haare „garantiert echte Natur“. Da steht nicht zu befürchten, daß die Auserworene im seligen Augenblick des „Endlich allein“ den prächtigen Haarschmuck, der „ihn“ so verliebt gemacht hat, mit unschuldiger Miene an die Wand hängt. Wie der Schein trägt und nicht alles echt ist, was glänzt, — wir sehens im Neben-saal, wo überraschend geschickt angefertigte Haararbeiten aufgestellt sind, Köpfe von wunderbarer Feinheit, Verücken in den vielgestaltigen Formen langstvergangener Zeiten, wohlfrisierte Puppenköpfe mit echten Menschenhaaren, und als Allerneuestes die sogenannten Wasserpositives. Was ist das? Auch so ein modernes Mittelchen zum Einfangen von uns „Herren der Schöpfung“. Raffiniert erfundene Damenperücken sind es, die sich von Natur nur durch das Rennerauge unterscheiden lassen und auch dem armseligsten Schöpf ein die Männerfreiheit gefährdendes Relief verleihen. Mit dem Eisen gebarrnt zu phantastischen Gebilden und darauf in Wasser getaucht, werden sie einem besonderen Glycerinprozess unterworfen, bis das Wunderwerk genügend Festigkeit besitzt, um sich wochenlang auf dem Haupte unserer Schönen zu halten. Aber da habe ich fast schon zuviel von Toilettengeheimnissen verraten. Also schnell zurück in den Festsaal, wo Hunderte sich jetzt um die Tafeln drängen und die preisgekrönten Frisuren unter die Lupe mehr oder minder sachverständiger Kritik nehmen. Noch eine schwungvolle Festrede, ein schmetternder Tusch, ein kerniger Beifall an die Jugend, sich von den unsreien Strömungen der Zeit nicht unterkriegen zu lassen, — und dann wird getanz bis in den hellen Morgen hinein.

Der Vorort Buch mit seinen großen städtischen Anlagen, darunter eine elektrische Zentrale zur Versorgung der beiden städtischen Armenanstalten, des Hospitals, der Heilmittel, des Rieckegutes, der Bäckerei, Apotheke, des Krugs und Schlosses mit Licht, Kraft, Heizung, Wasser usw. nimmt dauernd zu. Die Zahl der Insassen der verschiedenen Anstalten sowie der Bewohner hat bereits annähernd 6000 erreicht und eine weitere Zunahme ist mit Sicherheit nach dem Umbau des Bahnhofes, Fertigstellung der städtischen Anstalten, Herstellung der Chaussee zwischen Heinersdorf-Karow-Buch zu erwarten, besonders da auch die Privatbautätigkeit wieder aufgenommen hat. Unter diesen Umständen hat der Magistrat beschlossene, zur Erhöhung der Feuericherheit besondere Räume für Feuerlöschgeräte, darunter auch eine große mechanische Leiter, zu errichten. Ein Teil der dortigen Beamten ist bereits im Feuerlöschdienst ausgebildet worden. Außerdem ist Vorsorge getroffen worden, daß im Fall eines Brandes die Berliner Feuerwehrlöcher sofort nach Buch Hilfe senden kann.

Ein braver Kämpfer für unsere Sache ist in der Person des Genossen Wilhelm Langfeld dahingegangen. Langfeld, der von Beruf Tischler war, gehörte zu denjenigen Genossen, die in stiller, aber desto eifrigerer Weise für die Sache der Sozialdemokratie wirkten. In der schweren Zeit des Schandgesetzes stand Langfeld tapfer auf dem Posten. Anfang der 80er Jahre wurde er wegen Verbreitung des Züriker „Sozialdemokrat“ verhaftet und schwer bestraft. In unserer Parteilohe war damals große Ebbe und es war nicht möglich, der zurückbleibenden starken Familie das zuteil werden zu lassen, was in anderen Fällen zu anderer Zeit möglich gemacht wurde. Im Jahre 1888 war Langfeld in dem Geheimbundprozess Lau und Genossen verwickelt und mußte vier Monate in Untersuchungshaft sitzen. Der Prozess selbst endete mit Freispruch. Die Gefängnisstrafe hatte auf den Gesundheitszustand Langfelds recht ungünstig eingewirkt. Jetzt ist der treue Genosse dahingegangen. Die Genossen des vierten Kreises verlieren in ihm einen opferfreudigen Kämpfer für den proletarischen Befreiungsgedanken und werden seiner übers Grab hinaus gedenken.

Den durch den Rechtsanwaltsklub geschaffenen Änderungen in dem Berliner Verordnungsblatt hat die Eisenbahndirektion Berlin durch entsprechende Zugverlegungen bereits teilweise Rechnung getragen. Der um 8³⁰ Uhr abends von Charlottenburg abgefallene Vorortzug nach Friedrichshagen wird jetzt bis nach Ecker durchgeführt, wo er 9²⁰ Uhr eintrifft. Der 8³⁰ Uhr von Charlottenburg abgefallene Zug, der solange mit Rücksicht auf den Keunhriadenklub bis Ecker fuhr, verkehrt nur noch bis Friedrichshagen. Der Abendzug ab 9²⁰ Uhr von Friedrichshagen ist aufgehoben und dafür ein Spätzug eingelegt, der um 10²⁰ Uhr von dem genannten Vorort nach Berlin abgefahren wird.

Aus der Leichenfahrmesse in der Diefelmeyerstraße.

Wie es bei Beerdigungen von Armenleichen zugeht, das ist im „Vorwärts“ oft und erst ganz kürzlich wieder gezeigt worden. Heute müssen wir schon wieder über ein Vorkommnis berichten, das einen neuen Beitrag zu diesem leider unerschöpflichen Thema bildet. Leichen, die auf Kosten der Stadt beerdigt werden sollen, werden zunächst nach der Sammelstelle in der Diefelmeyerstraße gebracht, von wo man sie dann im Rosenkranzport nach dem Gemeindefriedhof zu Friedrichsfelde hinausführt. In dieser Leichenfahrmesse, deren Betrieb von einem anscheinend überlasteten Angestellten, einem alten Friedhofsarbeiter, besorgt wird, scheinen sehr sonderbare Zustände zu herrschen.

Eine Frau D. teilt uns mit, welche Erfahrungen sie dort gemacht hat, als sie ihre in einem Krankenhause der Stadt verstorbenen Mutter auf Stadtfriedhof zu Grabe tragen lassen mußte. Da sie an der Beerdigung teilzunehmen wünschte, so begab sie sich am zweiten Tage nach dem Ableben der Mutter zu der Leichenfahrmesse und fragte an, wann die Beerdigung stattfinden werde. Sie bekam von der Frau des Angestellten der Sammelstelle die Antwort, über den Zeitpunkt der Beerdigung sei noch keine Bestimmung getroffen, die Leiche sei ja noch nicht mal vom Krankenhause hier eingeliefert worden. Frau D. bot nun, ihr per Postkarte mitzuteilen, wann man die Mutter beerdigen wolle. Für die Benutzung einschließlich Porto bezahlte sie 25 Pfennig. Das war nicht etwa eine vorgeschriebene Gebühr, sondern ein freiwillig gewährtes Trinkgeld für den Angestellten. Der Mann bekommt für seine Arbeit keinen fälligen Lohn, da wird er solche Nebennehmungen nicht zurückweisen wollen. Aber zu bedenken ist, daß er sie von Leuten beziehen muß, die selber nichts haben. Eigentlich sollte man erwarten, daß die Stadt Berlin noch die paar Scherfchen drüber habe, schriftliche Nachrichten über den Zeitpunkt der Beerdigung von Armenleichen allen denjenigen Hinterbliebenen zukommen zu lassen, die sich um die Leichen ihrer Verstorbenen kümmern. Indes, wie wagen nicht, ohne weiteres anzunehmen, daß diese Vorschrift tatsächlich bestünde. Der Angestellte der Leichenfahrmesse muß übrigens auch noch einen Handel mit Kränzen betreiben, um sein Einkommen aufzubessern. Seine Frau machte der Frau D. den Vorschlag, sie möchte bei ihr einen Kränzchen kaufen, den Lieferer sei ebenso gut und ebenso billig, wie jedes Blumengeschäft. Frau D. ließ sich einige Kränze zeigen und zahlte dann 1 Mark für einen Kranz, der auf den Sarg gelegt werden sollte. Nach alledem konnte wohl kein Zweifel daran sein, daß Frau D. tatsächlich den sehr lebhaften Wunsch hatte, an der Beerdigung der Mutter teilzunehmen. Aber die ihr versprochene Venachrichtigung — kam nicht. Frau D. wartete einen Tag, sie wartete einen zweiten Tag, sie wartete vergeblich auch noch einen dritten und vierten Tag. Schließlich regte sich bei ihr die Befürchtung, daß da wieder irgendeine Summe vorliege, und sie machte sich auf den Weg nach der Diefelmeyerstraße. Diesmal bekam sie den Angestellten selber zu Gesicht. Auf ihre verwunderte Frage, ob denn die Mutter immer noch nicht beerdigt werden sollte, blieb er zunächst die Antwort schuldig. Er konnte sich gar nicht erinnern, daß unter dem angegebenen Namen eine Leiche bei ihm eingeliefert worden sei. Dann fragte er per Telephon an, vermutlich bei dem Inspektor des Gemeindefriedhofes, und nun mußte er kleinlaut bekennen, die Leiche sei bereits am Tage vorher der Erde übergeben worden. Bestürzt rief Frau D., wie denn das möglich sei, da sie doch um Nachricht gebeten habe. Der andere bedauerte, das habe er „ganz verschwiegen“. Er gab ihr jetzt das Geld zurück, das sie für den Kranz bezahlt hatte, dagegen behielt er das Trinkgeld für die „verschwiegen“ Venachrichtigung.

Und will scheinen, daß da in der Diefelmeyerstraße so mancher recht verbesserungsbedürftig ist. Die Aufsicht über die Leichenfahrmesse wird ausgeübt nicht etwa von einem Beamten der Stadt, sondern von dem Inspektor des benachbarten Friedhofes einer Kirchgemeinde, dem der Posten bei der Leichenfahrmesse der Stadt nur Nebenamt ist. Was er dabei zu tun hat, wissen wir nicht. Er bezieht aber für seine „Ruhe“ von der Stadt eine Vergütung von 1000 M. pro Jahr, während der oben erwähnte Angestellte, der die eigentliche Arbeit leisten muß, mit 1300 M. entlohnt wird. Solche Personalverbindung zwischen Stadt und Kirche ist nicht ganz unbedenklich. Beamte von Kirchgemeinden haben die Pflicht, vor allem an das Seelenheil ihrer Mitmenschen, der lebenden und der verstorbenen, zu denken. So erklärt es sich wohl auch, daß in der Leichenfahrmesse wenigstens das nicht vergessen worden ist, der Frau D. nahezu legen, sie möchte eine Trauerfeier abhalten lassen. Die Frau des Angestellten redete auf sie ein, eine solche Feier koste ja gar nichts, der Pastor spreche ganz umsonst, und das mache sich doch sehr nett. Frau D. lehnte ab, weil sie gelernt hat, in Freud und Leid ohne Pastor fertig zu werden.

Leider läßt die Stadtherwaltung zu, daß in ihrer Leichenfahrmesse ein eigens hierzu von der Stadtkasse beauftragter und bezahlter Geistlicher ein- und ausgeht, dessen Grabschrift den in der Leichenfahrmesse aufgedrängten Leichen Anwesenheit wird er freilich nur sehr selten.

Der „Berein für die Armen“ als Hauswirt. Wie es einem „Vorwärts“-Leser bei dem sogenannten „Berein für die Armen“ ergangen ist, das wurde von uns in Nr. 271 geschildert. Dieser Verein besitzt in Berlin die Häuser Adlerstr. 139-142, Bernauer Straße 111-114, Müllerstr. 63-68a, Türkenstraße 1-5, die er erworben bzw. selber gebaut hat, um in ihnen kleine Wohnungen an Unbemittelte zu vermieten. Er verspricht gegen seine Mieter bei etwa eintretender Geldverlegenheit nicht etwa rigoros vorzugehen, sondern — so steht's sogar in seinen Mietverträgen — ihnen die Miete zu stunden. Eisenungeachtet wurde gegen einen im Hause Türkenstraße 5 wohnenden Mieter S., der an einem Monatserscheinen die Miete nicht pünktlich hatte zahlen können, binnen wenigen Tagen die Klage auf Mietzahlung und zugleich auf Exzmission eingereicht. S. zahlte dann nach Zustellung der Klage am 13. desselben Monats die Miete, aber das reichte ihn nicht mehr vor der Exzmission. Im Vertrag war, trotz Stundungsversprechens, vorbehalten worden, daß schon bei bloßer Unpünktlichkeit der Mietzahlung Exzmission erfolgen könne, selbst dann noch, wenn die Miete inzwischen bezahlt worden sei. Und tatsächlich wurde vom „Berein für die Armen“, nachdem S. gezahlt hatte, die Klage auf Exzmission aufrechterhalten und durchgeführt. S. wurde selbstverständlich verurteilt, wie der Vertrag es ausbedungen hatte, und mußte noch in demselben Monat die Wohnung räumen. Vor Gericht konnte außer der Unpünktlichkeit der Mietzahlung nichts weiter gegen ihn geltend gemacht werden. Die Personen, die den Verein gegenüber den Mietern zu vertreten haben, für das Haus Türkenstr. 5 der Verwalter Jahnke und für den Vereinsvorstand der Kaufmann Hofmann (wohnhaft Adlerstr. 140), hatten an ihrem Mieter S. höchstens noch als fördernd empfunden, daß er sich ein Bündchen hielt und den „Vorwärts“ las; doch wurde das vor Gericht nicht vorgebracht. Niemand irgendwelcher Art zu halten, verfiel in den Vereinshäusern gegen die Ordnung, und den „Vorwärts“ zu lesen, wird im Hause Türkenstr. 5 und wohl auch in den anderen Häusern des Vereins nicht geduldet, obwohl das nicht ausdrücklich durch die Hausordnung untersagt ist. S. war nun nicht nur genötigt, sich schleunigst eine andere Wohnung zu beschaffen, sondern mußte auch für Gerichtskosten einschließlich Pfändungsgebühren noch 17,35 M. hinterherwerfen. Er hatte genug von dem „Berein für die Armen“, in dessen Haus er hineingeraten war, weil er seine Tendenzen nicht gelant hatte. Aber er dachte, daß es nun wirklich genug sein würde. Indes, er sollte diesen Verein mit den christlichen Grund-sätzen noch genauer kennen lernen. Die Wohnung hatte er einen Monat vor Ablauf des Vertrages räumen müssen, nach den Vertragsbestimmungen blieb er aber haftbar für die Miete bis zum Ablauf des Vertrages. Das steht in allen Mietverträgen, aber es wird hiermit bei Exzmissionen nicht immer so genau genommen. Vom „Berein für die Armen“ hätte S. am allerwenigsten erwartet, daß er darauf bestehen würde, auch noch die Miete für den letzten Monat zu fordern, in dem S. bereits eine andere Wohnung hatte und diese bezahlen mußte. Doch er hat den Verein auch in diesem Punkt falsch beurteilt. S. hat jetzt durch den Rechtsanwaltsklub des Vereins die Aufforderung erhalten, noch die Miete für den letzten Monat der Vertragszeit mit 20 M. zu zahlen, dazu 1,45 M. Gebühren für die Aufforderung zu entrichten, andernfalls werde man Klage gegen ihn anstrengen. So wird's gemacht beim „Berein für die Armen“, der in seinen Mietverträgen verspricht, bei unpünktlicher Zahlung der Miete eventuell Stundung zu gewähren! So wird's gemacht bei diesem Verein, der das Christentum auf seine Fahne geschrieben hat! Ein Mann, gegen den nichts weiter angeführt wird als die Unpünktlichkeit der Mietzahlung, ein Mann, der nicht etwa die Miete dauernd schuldig blieb, sondern sie nach am 13. des Monats zahlte, wird trotzdem ermittelt und unter Ausnutzung der Vertragsrechte genötigt, noch Miete für die nicht benutzte Wohnung zu zahlen.

Ein schreckliches Unglück hat sich in Bethanien zugetragen. Dort wurden zwei Dienstmädchen, die in der Koststube mit Wäscherollen beschäftigt waren, derartig gequetscht, daß das eine sein Leben lassen mußte, während das andere schwere Verletzungen erlitt. Als der Hausdiener Behrend die Koststube betrat, fand er die 13 und 16 Jahre alten Dienstmädchen Amanda Kapping und Lina Weinuhn, zwischen Fensterwand und Kollasten eingeklemmt, bewußtlos vor. Nachdem er den Kasten mit der Handhabe zurückgedreht hatte, fielen beide zu Boden. Ein sofort hinzugezogener Arzt konnte bei der Kapping nur noch den bereits eingetretenen Tod, bei der Weinuhn schwere innere Verletzungen feststellen. Auf welche Weise sich der Unfall zugetragen hatte, konnte bisher nicht festgestellt werden, da die Weinuhn noch betäubungslos ist. Ermittelt ist nur, daß die Kapping den Vorräum zum Wäschehaus verlassen hatte mit der Bemerkung, daß sie Wäsche rollen wolle, und daß die Weinuhn ihr später folgte. Sie hatte dann auch den Motor eingeschaltet. Als dieser plötzlich aufhörte zu gehen, betrat Behrend den Raum. Der Treibriemen war vom Schwungrad abgesprungen, wodurch die Rolle zum Stillstand gekommen war.

Ein Paket mit Parteischriften ist am Montagabend in dem 6 Uhr 40 Min. vom Stuttiner Bahnhof nach Oranienburg abgehenden Zuge gefunden worden. Der Verlierer wolle sich zwecks Empfangnahme an die „Vorwärts“-Expedition in Hohen-Neuendorf an der Nordbahn, Berliner Straße 8, wenden.

Feuerwehrobrichten. In der letzten Nacht kam in der Bellevuestraße 16 Feuer aus. Als die Gefahr bemerkt wurde brannten dort in einer Kammer Kissen, Stroß, Schalschäden, Türen usw. und Teile einer angrenzenden Laube. Der 19. Zug löschte den Brand mit einer Schlauchleitung. Die Ursache des Brandes ist noch nicht ermittelt. Heute früh um 5 Uhr brannten in der Kaiser-Wilhelm-Straße 16 Betten und Möbel. Wegen eines Kesselbrandes wurde der 17. Zug nach der Ritterstraße 73 gerufen. Die Feuerwehr mußte ständig Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen. Durch einen Padeofen kam nachts in der Rheinberger Straße 78 ein Brand aus. Der 20. Zug hatte in der Reuen Köhlstraße 7 einen Wohnungsbrand zu löschen, der bei Anbruch der Feuerwehr schon eine große Ausdehnung erlangt hatte. Mit Erfolg wurde ein Sauerstoffapparat von der Feuerwehr bei einer kranken Frau in der Gütewiner Straße 84 benutzt, die an Herzschwäche litt. In der Feltower Straße 35, 68 mußte ein Brand gelöscht werden, der im Keller ausgebrochen war und Holzwerk usw. erlcht hatte. Ferner hatte die Wehr in der Eibauer Straße 18 (Wohnung), in der Christburger Straße 21, an der Ecke der Großen Frankfurter und Fruchtstraße und in der Kraußstraße zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg. Friedensklub unter den Schöneberger Liberalen. Im Cäcilien-saale des Neuen Schauspielhauses fanden kürzlich einige Vorträge von Mitgliedern der Liberalen Vereinigung statt. Gegenstand der Besprechung war der neue Stadtpart, die bevorstehende Stadt-verordnetenwahl der zweiten Abteilung für Herrn Marre, der sein Mandat niedergelegt, sowie die Neubestellung des Volkes eines

Stadtrat an Stelle des verstorbenen Stadtrat Hohl. Es handelte sich also um rein kommunalpolitische Fragen, die zur Besprechung standen. Bei dieser Gelegenheit wurde von dem Redner der Liberalen Vereinigung darauf hingewiesen, daß mit dem Liberalen Verein — den sogenannten entschiedenen Liberalen der Richtung Jodel — eine Ausöhnung stattgefunden hätte. Die Streitzeit sei begraben, der Bruderlichkeitsausgetauscht und gemeinsam will man seine Gebete nach der Zimmerstraße richten. Man sei nun nicht mehr abhängig von der bösen Sozialdemokratie, brauche auf sie keine Rücksicht mehr zu nehmen, sondern könne nunmehr alle zu besetzenden Stellen und Posten ganz unter sich verteilen. In beiden Lagern herrscht darüber eitel Freude und Jubel. Selbst der ungekrönte König von Schönberg nicht in behaglicher Zufriedenheit. Den Gewinn heimt er doch ein. Die früheren Verbände der Vereinigung, die sogenannten Unabhängigen, die Hausbesitzerpartei, die früher tonangebend war, ist nunmehr fast gänzlich. Nur einige Museumsobjekte sind noch vorhanden, bis auch sie über Nacht verschwinden. Für unsere Genossen wird es ein um so schärferer Ansporn sein, unermüdetlich aufhändig zu wirken. Es ist das Vorbild der im nächsten Jahre folgenden Stadtverordnetenwahlen.

Rixdorf. Die gestrigen Stadtverordnetenwahlen

in der zweiten Abteilung brachten der Sozialdemokratie einen erfreulichen Sieg. Im Südbezirk wurden unsere Genossen mit großer Mehrheit gewählt, während wir im Westbezirk in Stichwahl kamen.

Rachlehand bringen wir die Einzelergebnisse:
Nordbezirk: a) Ergänzungswahl. Es erhielten Emmeluth (bürgerl.) 243, Janitzewski (Soz.) 173 Stimmen. — b) Neuwahl: Kestle (bürgerl.) 243, Alischer (Soz.) 173 Stimmen.
Südbezirk: In der Ergänzungswahl erhielten Rechnungsrat Koye und Bögelte (bürgerl.) je 321, Engel und Birkel (Soz.) je 140 Stimmen. — In der Neuwahl erhielten Winter (bürgerl.) 321 Stimmen, Pfeiffer (Soz.) 140 Stimmen.

Westbezirk: Stichwahl zwischen Vincent, Seltmann und Prange (bürgerl.) mit 140 Stimmen und den sozialdemokratischen Kandidaten Franke, Hoppe und Fischer, auf welche 158 Stimmen entfielen. Die Liste des Bezirksvereins Besten vereinigte 27 Stimmen auf sich.

Südbezirk: Es wurden die Kandidaten der Sozialdemokratie Schuch, Mohr und Japmeisel mit je 232 Stimmen gewählt, während auf die Kandidaten der bürgerlichen Parteien Rahmig, Köster und v. Wilmsdorff 155 Stimmen entfielen.

Damit ist es der Sozialdemokratie zum erstenmal gelungen, auch in die zweite Abteilung Vrecht zu legen.

Rechtsstreit um die Befreiung von der Umsatzsteuer. Die Altkonferenz Umsatzsteuerordnung bestimmt, daß hinsichtlich der Steuerbefreiungen die gesetzlichen Bestimmungen über den Urkundenstempel Anwendung finden. Der § 5g des preussischen Stempelschuldengesetzes spricht nur die Befreiung vom Stempel aus für Genossenschaften, Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren durch Statut bestimmter Zweck ausschließlich darauf gerichtet sei, unermittelten Familien gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen in eigens erbauten oder gekauften Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen, und die noch anderen Bedingungen genügen. Auf den Vorteil aus den gütlichen Vorschriften glaubte die Gesellschaft „Konordia“ Anspruch zu haben, welche die Errichtung billiger unfahrbarer Mietwohnungen betreibt. Sie klagte deshalb auf Freistellung von der Steuer, als sie nach Erwerb eines großen Baugrundstücks in Rixdorf vom dortigen Magistrat zur Umsatzsteuer herangezogen worden war. Gleich dem Bezirksausföhrer wies sie jedoch das Oberverwaltungsgericht ab. Und zwar deshalb, weil ihr Statut neben unermittelten Familien auch minderbemittelte Familien als solche aufzählte, denen durch die Beschaffung der Wohnungen genützt werden sollte. Danach stände ihr Statut im Widerspruch mit den Anforderungen des § 5g des Stempelschuldengesetzes, der nur von unermittelten Familien spreche. „Unermittelte Familien“ im Sinne dieses Gesetzes seien auch keine „minderbemittelten Familien“. Die Begriffe deckten sich nicht. Wer unermittelt sei, habe eben noch weniger als ein Minderbemittelter.

Wilmsdorff.

Wegen eines größeren Brandes wurde gestern früh die Wilmsdorfer Feuerwehrt nach der Emier Straße 44. Ecke Düsselborfer Straße, gerufen. Die Wehr fand bei ihrem Eintreffen auf dem Stützplatz einen Schuppen in großer Ausdehnung in Flammen stehend vor und es gelang ihr erst nach längerem kräftigen Wassergeben, das Feuer Herr zu werden. Ueber die Entstehung des Brandes wird erst die eingeleitete Untersuchung Aufklärung bringen.

Friedrichsfelde-Karlshorst.

Eine mehrstündige Debatte entspann sich in der letzten Gemeindevertreterversammlung bei der Vorlage betreffs Aenderung des § 6 der Ordnung über die Aufbringung der direkten Gemeindesteuern in der Landgemeinde Friedrichsfelde. Durch diese Aenderung sollte eine stärkere Belastung des Grundbesitzes herbeigeführt und dadurch die finanzielle Lage der Gemeinde gehoben werden. Die Vertreter des Grundbesitzes hatten mit gesundem Instinkt gewittert, daß ihre Interessen hierbei im Spiele sind. Insbesondere warnte sich Gemeindevertreter v. Radtow gegen die drachmäßigste Aenderung des § 6, weil dadurch der Grundbesitz zu sehr belastet und die Entwicklung der Gemeinde gehemmt würde. Ihm wurde treffend erwidert, daß der Gemeinde es gerade darauf ankomme, eine gesunde Finanzpolitik zu treiben. Dies könne nur geschehen, wenn die stärkere Belastung der unbedeutende Grundbesitz mehr belastet würde, der ja nur den Vorteil von der Entwicklung habe. Zu den Befürwortern der Aenderung der Steuerordnung gehörte außer dem Bürgermeister Ungewitter, Genosse Winzler, Beigeordneter Casselbaum und die Gemeindevertreter Ginge und Bierroth. Gemeindevertreter von Trechow glaubte vor der Aufnahme von Anleihen ins Voraus warnen zu müssen. Wegen dieses indirekten Vorwurfs legte Gemeindevertreter Ungewitter entschieden Verwahrung ein. Die Gemeinde müsse das Allgemeininteresse im Auge haben und dürfe keine Interessenpolitik treiben. Es sei dringend nötig, dem Weispiele anderer Orte folgend, die Einkommensteuer auf 100 Prozent herabzusetzen. Trotz all dieser wichtigen Einwendungen lehnte die Vertretung mit 12 gegen 9 Stimmen die Vorlage ab. Den Hinterbliebenen der verunglückten Bergarbeiter in Raddob wurden 200 M. bewilligt.

Reinickendorf.

In der Gemeindevertreterversammlung am 23. d. M. gelangte zunächst eine Uebersicht über den Bedarf an Lehrkräften im nächsten Jahre zur Kenntnis. Unsere Genossen forderten den Gemeindevorstand auf, sein Augenmerk auf die vorhandenen Schulklassen zu richten, damit nicht wieder zur Einrichtung von fliegenden Klassen gezwungen werden muß. Da unsere Genossen in der Schuldeputation nicht vertreten sind, können sie leider nicht beurteilen, ob die Antwort des Gemeindevorstandes, daß genügend Schulräume vorhanden sind, richtig ist. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Beratung des Statuts eines Nieselerverbandes der Gemeinden Reinickendorf und Wittenau. Beide Gemeinden haben in der Gemarkung Schönere Linde Grundstücke zu Nieselzwecken erworben. In 25 Paragraphen regelt das obige Statut die Rechte und Pflichten der beiden angeschlossenen Gemeinden. Zur Verwaltung der Nieselanlagen, der gemeinsamen Hochleitungen usw. wird ein „Verbandsausföhrer“ mit einem „Verbandsvorsitzer“ an der Spitze eingesetzt. Der Verbandsausföhrer wird von den Gemeindevertretungen der angeschlossenen Gemeinden gewählt. Zunächst entsendet jede Gemeinde drei Vertreter, unter denen sich als erster der Gemeindevorsitzer befinden muß. Dann entsendet jede Gemeinde ferner auf je 10 000 Einwohnerzahl einen weiteren Vertreter. Die Wahlen der Mitglieder erfolgen auf sechs

Jahre. Etwaige Veränderungen in der Zusammensetzung des Verbandsausföhrers erfolgen am 1. Januar des darauf folgenden Jahres. „Verbandsvorsitzer“ soll jedesmal der Gemeindevorsitzer der größten der angeschlossenen Gemeinden sein usw. Die Aufsicht über die Anlagen, Verwaltung usw. über der Landrat, genannt Kreisausföhrer und Vorsitzender des Kreisausföhrers aus. Nimmt eine der angeschlossenen Gemeinden die Städteordnung an, gehen diese Funktionen auf den Bezirksausföhrer über. Wie man sieht, haben die einzelnen Gemeindevertretungen, von der Aufsicht durch den gewiß sehr sachverständigen Landrat ganz abgesehen, sobald die Wahl der Verbandsausföhrer erfolgt ist, sehr wenig Einfluß auf die Verwaltung der Nieselanlagen. Von unseren Genossen wurde daher ein weitergehender Einfluß der Gemeindevertretungen verlangt, dem man auch insofern nachkommen will, als der aufzunehmende Jahresetat und die Schlussrechnungen nicht nur in den Rathäusern der beteiligten Gemeinden aufgelegt werden sollen, sondern auch den Gemeindevertretern zugehen werden. Das Statut wurde schließlich einstimmig angenommen. Genehmigt wurde ferner die Aufnahme einer mit 4 1/2 Proz. zu verzinsenden Anleihe von 1 900 000 M. bei der Preussischen Landbank zum Kurse von 99,5 Proz. Von der Summe sollen verwendet werden: 600 000 M. für den Krankenhausbau. Der Gesamtbedarf hierfür stellt sich auf 1 400 000 M., der Kreis gewährte bisher 350 000 M., weitere 400 000 M. glaubt man von derselben Stelle als unverzinsliches Darlehen erhalten zu können. Für die Anlage der Nieselfelder und Zulassung von Grundstücken zu demselben sowie Erwerb von Wirtschaftsgebäuden und lebendem wie totem Inventar sollen insgesamt 900 000 M. verwendet werden. Der Rest wird zur Anlage und Verbesserung von Straßen usw. gebraucht. Zu demselben Zwecke sollen ferner auch einige Grundstücksflächen ausgetauscht respektive erworben werden. Für die Reptunstraße wurde ferner eine neue Fluchtlinie festgesetzt. Daraus folgte eine geheime Sitzung.

Bernau.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung wurde mit zwei Ansprachen über die Hundertjahrfeier der Städteordnung eröffnet. Der Bürgermeister als erster Redner kam aus der Bewunderung und dem Lobe über die Städteordnung nicht heraus. Anders der Vorsitzende, welcher die zweite Rede schwang. Er gab zu, daß früher der Magistrat die ausführende und die Stadtverordnetenversammlung die beschließende Behörde waren, auch wurden die Wahlen in gehobener Abstimmung vorgenommen. Als sich nun Genosse Heilig zum Wort meldete, um unseren Standpunkt über die Städteordnung darzulegen, wurde ihm das Wort nicht erteilt mit dem Vermerk, es wären nur diese beiden Reden vorgesehen gewesen. Aller Voraussicht nach beschloß man, es könnte von unserem Genossen zu viel Wasser in den Wein gegossen werden. Es fand dann die Magistratsvorlage betreffend Bestellung von Gespannen und Bezählung der Mannschaften der freiwilligen Feuerwehr zur Hilfeleistung bei auswärtigen Bränden Annahme. Demnach sollen pro Gespann bis zur Dauer von sechs Stunden 10 M., für jede weitere Stunde 1,50 M. gezahlt werden. Für die Stellung der Gespanne zu obigen Sätzen haben sich die Fuhrherren Irrgang und Kube bereit erklärt. Den Mannschaften sollen künftig bei auswärtigen Bränden 3 M. und dem Oberfuhrer bezw. dessen Stellvertreter 5 M. gezahlt werden. Der Magistratsvorlage, eine Beihilfe von 150 M. für die Hinterbliebenen der auf Grube Raddob verunglückten Bergleute zu bewilligen, stimmte die Versammlung zu. Vom Genossen Heilig wurde die Annahme der Magistratsvorlage empfohlen, als er aber die Tragweite der Grubenbarone ins rechte Licht stellte und eine exemplarische Strafe der Schulldigen dieses Unfalls verlangte, gaben die Bürgerlichen ihren Unmut über die Ausführungen unseres Genossen durch laute Zwischenrufe kund. Vom Vorsitzenden jedoch wurde auch die Meinung laut, daß es Aufgabe der Grubenbesitzer sei, für die Hinterbliebenen zu sorgen. Die Dachdeckerarbeiten am neuen Krankenhause wurden dem mindestfordernden Bawel zum Preise von 5550,50 M. und die Klempnerarbeiten gleichfalls dem mindestfordernden Klempnermeister Krüger zum Preise von 1348 M. übertragen.

Oranienburg.

Eine gutbesuchte Protestversammlung gegen das persönliche Regiment tagte am Totensonntag im Waldhaus Sandhausen. Die Versammelten folgten den Ausführungen des Referenten Genossen Denger mit großer Aufmerksamkeit. Der langanhaltende Weisfall am Schluß seiner Rede zeigte das Einverständnis der Versammelten mit den Ausführungen des Redners. Hieraus folgten folgende Resolutionen einstimmig angenommen: Die im Waldhaus Sandhausen tagende Versammlung protestiert gegen das persönliche Regiment und verlangt einen vom Reichstag zu wählenden verantwortlichen Leiter der deutschen Politik. Mit Nachdruck werden sich die Versammelten gegen die indirekte Besteuerung; sie fordern eine progressiv steigende Besteuerung des Einkommens und Vermögens. Endlich fordert die Versammlung Einschränkung der Abflüsse von Wasser und zu Lande und die Ablehnung der jetzigen Steuerentwürfe vom Reichstag. Nachdem eine Anzahl Genossen ihren Beitritt zum Wahlverein angemeldet, schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

Gerichts-Zeitung.

Nur abgewehrt?

Ueber ein blutiges Rencontre, das sich in der Nacht vom 20. zum 21. September in der Södhäuser Vorstadt abgespielt hatte, wurde am Dienstag vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (14. Abteilung) verhandelt. In jener Nacht, gegen 3 Uhr morgens, hatte an der Ecke der Pfader und der Korfför Straße der Müllabfuhrinspektor Spiel dem Bureauvorsteher Durau durch Stoßhiebe zwei schwere Kopfwunden beigebracht. Als damals im „Vorwärts“ diese Affäre mitgeteilt wurde, schickte Herr Spiel uns eine „Beachtung“ und drohte mit Klage. Am Dienstag aber stand wegen der Verletzungen, die Herr Durau erlitten hatte, Spiel als Angeklagter vor Gericht.

Die Anklage lautete auf vorsätzliche körperliche Mißhandlung mittels eines gefährlichen Werkzeugs. Als Zeuge gegen Herrn Spiel trat hauptsächlich Herr Durau auf, der auch als Nebenkläger zugelassen wurde. Durau forderte wegen der erlittenen Verletzungen (sowie wegen Beschädigung seiner Kleider eine Waise.

Der Angeklagte, der ohne Verteidiger erschienen war, gab die Tat zu, er behauptete aber, von D. gereizt und später von ihm angegriffen worden zu sein, so daß er ihn habe abwehren müssen. In dem Lokal von Kürsten an der Ecke der Kopenhagener und der Sonnenburger Straße habe es beim Damenspiel Streit zwischen ihm und D. gegeben, da habe D. ihn dann beschimpft. Sp. zählte die Schimpfwörter auf, die D. ihm an den Kopf geworfen habe: „Betrüger, Lump, Strolch, Penner, weggeogler Schuymann, dreißiger Müllföhrer — und noch viel mehr — ich weiß sie nicht alle — ich habe solche Ausdrücke gar nicht.“ Sp. ist, nebenbei bemerkt, Inspektor bei der Müllabfuhr der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer; früher war er Schuhmann. Vor Gericht fügte er seiner Schilderung des Streites die Versicherung hinzu, was in dem Lokal verlehrt, das sei „alles rot“, daher habe man sofort „gegen ihn Partei ergriffen“, zumal da er „oft gegen rot aufgetreten“ sei. Auch sei er Armenvorsteher, Unverschämte arme weise er ab, von denen werde er dafür in den Knien schlägt gemacht. Er habe nun, weil er Törschleppen fürchtete, sich auf den Heimweg nach seiner im Hause Kopenhagener Straße 31 gelagerten Wohnung begeben. An der Ecke der Kopenhagener und der Pfader Straße sei D. hinter ihm her gekommen und habe ihn fortgesetzt beschimpft. Das habe auch Sp.'s Frau vom Balkon aus gesehen. Sp. sei in die Pfader Straße hineingegangen, weil er in der Nähe seiner Wohnung keinen Auftritt haben wollte, doch sei

D. gefolgt, habe weiter geschimpft, sei zuletzt tödlich geworden, und da habe Sp. sich mit dem Stock — gewehrt. Es könne doch, so schloß er seine Verantwortung, keiner von einem deutschen Mann verlangen, daß er sich nachts auf der Straße anfallen lasse.

Diese Darstellung mit all ihrem Drum und Dran machte Eindruck, besonders auf den Staatsanwalt. Als jetzt Durau als Zeuge seine Aussage vortragen wollte und mit der Entgegnung begann, Sp. habe ja auf der Straße sofort auf ihn eingeknallt, erörterten der Vorsitzende und der Staatsanwalt zunächst die Frage, was das Zeugnis des Verletzten wert sein könne und ob es genügen werde. Der Staatsanwalt fand von vornherein unföhrig, daß D. nach seiner Wohnung im Hause Sonnenburger Straße 9 den Umweg über Kopenhagener und Pfader Straße gemacht habe. D. erklärte, er habe im Lokal von Kürsten an der Ecke der Pfader und der Korfför Straße nach einem Herrn sprechen wollen. D. durfte nun seinerseits den Vorgang schildern. In dem Streit bei Kürsten habe Sp. ihn „Strolch“ und „schlofer Kerl“ geschimpft und gesagt: „Uebrigens haben Sie mich ja auch schon ein paarmal angebetelt.“ Er erinnere nämlich gern mit seinem Armenvorsteheramt, doch habe selbstverständlich D. nie mit Sp. als Armenvorsteher zu tun gehabt. Sp. sei dann gegangen mit den Worten: „Das andere wird sich finden.“ Draußen habe Sp., wie D. erst ein paar Tage später erfuhr, noch eine Weile gewartet. Als nachher D. zu Kürsten wollte, habe er Sp. erst in dem Augenblick gesehen, wo dieser mit den Worten: „Na, da sind Sie ja!“ ihm entgegengetreten sei und dann losgehauen habe, so daß D. hingestürzt sei. Der Zeuge geriet bei der Schilderung dieser Szene in starke Erregung. Der Vorsitzende rügte das und hielt ihm vor, er mache überhaupt einen viel weniger ruhigen Eindruck als Sp., er werde doch wohl Sp. beschimpft und angegriffen haben. Da zeigte D. in neu ausbrechender Erregung dem Gericht die Wunden auf seinem Kopf. Diese verlaufen nicht von vorn nach hinten, sondern querüber. D. fügte hinzu, infolge der furchtbaren Schläge von dem Stock des „nur abwehrenden“ Herrn Sp. sei diese Erregbarkeit zurückgeblieben. Der Staatsanwalt meinte, darüber müsse man doch einen Arzt hören, einfache Behauptung des Zeugen genüge nicht. Der Vorsitzende bemerkte, es handle sich allerdings um „eine sehr brutale Verletzung“, und er stelle aus dem ärztlichen Attest fest, daß D. zwei klaffende Hautwunden auf dem Kopf, eine Wunde an der Stirn, Blutunterlaufungen an den zur Abwehr vorgehaltenen Händen und einen sehr starken Blutverlust erlitten hat. D. legte auch den damals von ihm getragenen Rock vor, der von dem aufgeschlagenen Blut steif war und dessen Anblick auf einen geradezu entsetzlichen Blutverlust schließen ließ.

Gegen die Verteidigung D.'s wehrte sich der Staatsanwalt, indem er ihm immer neue Unwahrscheinlichkeiten vorhielt, die aber D. stets aufklärte. Der Staatsanwalt, der dem Angeklagten geradezu den fehlenden Verteidiger ersetzte, hob hervor, dem Gericht siehe es frei, nicht dem Zeugen, auch nicht dem verletzten, zu glauben, sondern dem Angeklagten, dem der Zeuge offenbar feindselig gesinnt sei. Schließlich wurde die Verteidigung bis auf weiteres ausgesetzt und D.'s Aussage wurde als zunächst nur informativ hingegenommen. Dann wurde Verurteilung beschlossen, weil noch andere Zeugen geladen werden sollen, darunter Frau Spiel, die während der Verhandlung im Zuhörerraum saß.

Die Verzweiflungstat einer Verlassenen

lag einer Anklage wegen versuchten Totschlages zugrunde, mit welcher sich gestern das Schwurgericht des Landgerichts II zu beschäftigen hatte. Unter der Beschuldigung, es verucht zu haben, ihre sechsjährige uneheliche Tochter Charlotte durch Leuchtgas zu töten, stand eine 38-jährige uneheliche Buchhalterin aus Rixdorf vor den Geschworenen. Den Vorfall im Gerichtslokal führte Landgerichtsrat Wendt, die Anklage vertrat Staatsanwalt Meyer, als Verteidiger fungierte Rechtsanwalt Dr. Titkin. Die Angeklagte hatte die verzweifeltsten Versuche gemacht, für sich und ihre sechsjährige außerheuliche Tochter zu sorgen. Am 28. September öffnete die Lebensmüde den Gashahn und legte sich neben ihr Kind ins Bett. Als sich die ersten Vergiftungserscheinungen bei ihr einstellten, schloß sie den Hahn wieder, um ihn aber am frühen Morgen, als sie wieder an ihre traurige Lage dachte, zu öffnen. Am Abend des 29. September nahm die auf demselben Korridor wohnhafte Frau Roblo starken Gasgeruch wahr. Sie alarmierte die Hausbewohner und sorgte für ärztliche Hilfe. Auf der nächsten Unfallstation wurden dann beide mit Hilfe des Sauerstoffapparates wieder in das Leben zurückgerufen. — Vor Gericht gab Medizinrat Dr. Hoffmann sein Gutachten dahin ab, daß die Angeklagte zu jenen bedauerndsten Geschöpfen gehöre, die durch einen großen Fehlschlag in ihrem Leben zu den größten pessimistischen werden und alles grau in grau ansehen. Diese schwere seelische Depression habe auch die freie Willensbestimmung der Angeklagten stark beeinträchtigt, jedoch nicht ausgeschlossen, so daß der § 51 bei ihr nicht in Anwendung kommen könne. — Die Geschworenen verurteilten jedoch mit Recht die auf versuchten Totschlag lautende Schulfrage. Die Angeklagte wurde deshalb freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen.

Ein Akt ungewöhnlicher Bosheit

beschäftigte gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts III in einer Verhandlung gegen den Eisbahnunternehmer Ernst Schulze, der unter der Anklage der Freiheitsberaubung stand. Der Angeklagte ist verheiratet und Familienvater. Im Jahre 1904 war er Monteur bei Siemens u. Palste und ging im Auftrage dieser Firma wiederholt nach Holland, Belgien und anderen Orten des Auslandes. In Brüssel lernte er ein Fräulein A. kennen, der gegenüber er sich als Junggeselle ausgab. Er fing mit ihr ein Verhältnis an, verlobte sich mit ihr und versprach ihr die Ehe. Auf seinen Wunsch entschloß sich das Mädchen nach Berlin überzusiedeln. Hier mietete sie sich eine Stube und blieb in lödlichem regen Verkehr mit ihrem „Bräutigam“. Sie begleitete diesen auch mehrmals auf seinen Geschäftsreisen und figurierte dabei immer als „Frau Schulze“. So kam es dann, daß sie eines Tages in Guben bei einem Rechtsstreit von dem Angeklagten, der sie als Zeugin geladen hatte, als dessen Ehefrau auftrat und die Rechnung über die Reisesgebühren als „Frau Schulze“ unterzeichnete. Die Sache ist ihr schließlich bekommen, denn sie ist später wegen dieser Urkundenfälschung zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden, während über den Angeklagten, als den Anstifter, eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten Gefängnis verhängt wurde, die er zurzeit in Zegel verbüßt. Nach dreijährigem Verkehr mit dem Angeklagten erhielt sie durch ihre Wittin die Kunde, daß Schulze verheiratet und Familienvater sei. Infolgedessen kam es zum Bruch zwischen beiden. Der Angeklagte wollte sich aber nicht von dem Mädchen trennen, sondern verfolgte sie nun in der empfindlichsten Weise auf Schritt und Tritt und machte ihr das Leben fast unerträglich. Er belästigte sie, mo er nur konnte, brachte sie aus ihren Arbeitshellen, lauerte ihr kundenslang vor ihrer Wohnung auf, machte ihr unangenehme Szenen auf der Straße und schreckte auch vor Mißhandlungen nicht zurück. Die A. traute sich schließlich nicht auf die Straße und blieb einmal 14 Tage lang, gewissermaßen als Gefangene, in ihrer Wohnung. Der Angeklagte machte dann gegen sie polizeiliche Anzeigen, die sich auf angeblichen liebreichen Lebenswandel der A. bezogen, daran schloßen sich Anzeigen wegen Erpressung, schwerer Urkundenfälschung und dergl., wobei er überhand Geschickten vorbrachte. Das Mädchen hatte keine ruhige Minute mehr; sie wurde derartig geängstigt, daß sie aus ihrer Wohnung auszog und auf dem Einwohnereisbahnbeamten dafür sorgte, daß ihre neue Adresse für neugierige Frager gesperrt wurde. Das Unglück wollte, daß, als sie am 25. Oktober v. J. die Sparrstraße entlang ging, der Angeklagte dort auf der Bildfläche erschien. Sie lästete vor ihm in einem Bitterladen und glaubte, dort sicher vor ihm zu sein. Er ging längere Zeit vor dem Laden auf und ab, und als sie

nicht herankam, wandte er sich an einen Schuhmann und forderte ihn auf, das Mädchen festzunehmen, da es wegen verschiedener Straftaten gesucht und fiesbrüchlich verfolgt werde. Der Schuhmann warnte zunächst den Angeklagten, da aber dieser auf der Festnahme des Mädchens bestand und die Verantwortung übernahm, ging der Schuhmann mit dem Angeklagten in den Futterladen und forderte sie auf, ihm zur Wäsche zu folgen. Das geschah denn auch. Das Mädchen, welches außer der Kleider, durch die Schuld des Angeklagten erlittenen dreitägigen Gefängnisstrafe gänzlich unbescholten war, hat 2 1/2 Stunden auf der Polizeiwache zubringen müssen, ehe ihre Personalien festgestellt waren. Dies der Laibehand. Der Staatsanwalt hielt diese Betätigung für so bodenlos niederträchtig, daß er zwei Jahre Gefängnis beantragte. Der Gerichtshof erkannte auf eine Zusatzstrafe von ein Jahr Gefängnis.

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenstimmrecht in der Praxis.

Seit fünfzehn Jahren besitzen in Neuseeland die Frauen das aktive Wahlrecht. Vor seiner Einführung erging man sich in den schwärzesten Prophezeiungen über die demoralisierende, die echte Weiblichkeit schädigende Wirkung, die es unbedingt haben würde — ganz im Stille jener Verschwörungen, mit denen unsere Philister das ihnen so unheimliche Frauenstimmrecht zu bannen versuchten. In Neuseeland hat sich keine dieser Prophezeiungen erfüllt, wie neuerdings die „Westminster Gazette“ konstatiert. Das Frauen wählen, ist eine Tatsache, mit der man sich dort abgefunden hat und über die nicht mehr viel gesprochen wird. Das Familienleben hat durch die politische Betätigung der Frauen in keiner Weise gelitten. Diese haben nicht einmal eigene politische Organisationen gegründet, sondern reißen sich den vorhandenen politischen Truppen ein und kämpfen unter denselben Fahnen wie ihre Brüder.

Kur in der Frage der Temperenzreform stehen die Frauen geschlossen zusammen. In solchen Distrikten, wo sie über die Majorität verfügen, haben sie die Schließung der Schankwirtschaften erlangt. Auch den so oft erhobenen Einwand, daß die Frauen sich durch- aus nicht zur Stimmabgabe drängen würden, wenn sie das Wahlrecht hätten, haben die Neuseeländerinnen widerlegt. Im vergangenen Jahre betrug die Wahlbeteiligung der Frauen 82 Prozent, die der Männer 84 Prozent. Ein Seitenstück dazu bilden die kürzlich auf der englischen Insel Man erfolgten Wahlen. Hier war die Wahlbeteiligung der Frauen nicht nur verhältnismäßig stärker als die der Männer, ihr Arbeitseifer bei den Vorbereitungen der Wahl übertraf sogar den des anderen Geschlechts.

Was die Einwirkung des Stimmrechts auf den Charakter anlangt, so erklärt der Verfasser des Artikels in der „Westminster Gazette“, daß er kein vernachlässigtes Heim in Neuseeland gesehen habe. Nicht in dem Aussehen der Straßen oder Wohnungen erinnert daran, daß die Frauen das Stimmrecht haben. Die jungen Mädchen sind ebenso hübsch und nett angezogen, ebenso weiblich wie die englischen Mädchen, kümmern sich um dieselben Dinge und haben dieselben Sympathien wie sie.

Interessant ist, daß den Neuseeländerinnen die politische Freiheit ohne großen Kampf gewährt wurde. Aber sie haben sie gut benützt, indem sie u. a. folgende Gesetzgebungen durchsetzten:

Ehescheidung unter gleichen Bedingungen für Mann und Frau, Gleichberechtigung für Frauen und Männer bei den Kommunalwahlen, Zulassung der Frauen zum Anwaltsberuf und Erhöhung des weiblichen Schulalters auf 17 Jahre.

Wenn die Neuseeländerinnen erst das passive Wahlrecht und damit die volle politische Gleichberechtigung errungen haben, wird der Ruf nach dem Frauenstimmrecht noch stärker in die Erscheinung treten.

Die gewerbliche Frauenarbeit ist nach dem Bericht der britischen Section für Arbeiterkennung in den englischen Kolonien Neuseeland, Ceylon, Gibraltar, Goldküste, Nord-Nigeria, Trinidad und Uganda-Schutzgebiet verboten worden.

Verfammlungen.

Der Zentralverband der Schuhmacher hielt am Donnerstagabend seine Generalversammlung in Pöcherz festlichen ab. Nach dem Rapportbericht des Kassierers Wendig über das dritte Quartal 1908 bilanzierten Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse mit 6199,52 M., der Zentralkasse mit 13250,35 M. Unter den Ausgaben der letzteren stehen verzeichnet für Arbeitslosenunterstützung 1797,65 M., für Krankenunterstützung 3034,70 M., für Reiseunterstützung 271,65 M., für Unterstützung bei Sterbefällen 200 M. In der lokalen Zentralkasse bilanzierten Einnahmen und Ausgaben mit 6199,52 M. Für Arbeitslosenunterstützung wurden von der Zentralkasse 229,10 M. ausgegeben. Die Mitgliederzahl ist unverändert geblieben und beträgt am Schlusse des 3. Quartals 2874.

Den Geschäftsbericht erstattete Hildebrand. Im Laufe des 3. Quartals fanden 9 Versammlungen, 15 Sitzungen des Vorstandes, der Vertrauensmänner usw. und 86 Konferenzen statt. Der Vorstand hatte mit einer Reihe von Firmen Verhandlungen aufgenommen, um ausgebrochene Differenzen zu schlichten, was im allgemeinen auch gelang. Ferner hat der Vorstand den Organisationsverhältnissen in den verschiedenen Betrieben seine Aufmerksamkeit gewidmet. Hildebrand machte noch darauf aufmerksam, daß man bei den Massenentlassungen, die gewöhnlich zu Weihnachten vorkommen, darauf achten müsse, sein Recht auf die Krankenversicherung zu wahren. Es ist vorgekommen, daß entlassene Arbeiter, die krank wurden, plötzlich ohne Versicherung dastanden. Der nächste Ausblick braucht, wende sich an die Vertrauensmänner. Dally erstattete dazu einen ergänzenden Bericht für die Schuhbranche. Diese hatte im Laufe des Quartals 48 Beschäftigungen, 2 Agitationsversammlungen und 2 Agitationskommissionensitzungen abgehalten. In verschiedenen Betrieben ist eine erfolgreiche Agitation betrieben worden. In einem Falle mußte ein einflussreicher Vertrauensmann wieder eingestellt werden, weil seine Kollegen geschlossen hinter ihm standen. Am 1. April nächsten Jahres geht der Tarifvertrag für die Schuharbeiter zu Ende, was eine Mahnung sein sollte, eifrig für die Organisation zu arbeiten.

Nach der Diskussion über die Berichte wurde ein Antrag angenommen, nach welchem die Mitglieder der Zentralkasse zu einer Versammlung eingeladen werden sollen, um über die Erhöhung der Zuschüsse zu beraten.

Zum zweiten Vorsitzenden wurde Meßle gewählt. Als Kommission für die Vorbereitungen zu den Wahlen der Ortskrankenkasse wurden Meßle, Stodmann und Matting gewählt. Der Vorsitzende hielt zum Schluß noch einen Vortrag über die Gewerbescheidwahlen und betonte die Notwendigkeit einer zahlreichen Beteiligung.

Leis- und Diätarierklub „Südb.“. Heute Abend Sitzung bei Toldhof (Nachfolger Karl Schulz), Göttinger Straße 68. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Leis- und Diätarierklub „Friedrich Heine.“ Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Bolze, Rodenbergstraße 8: Sitzung. Gäste willkommen.

Achtung! Helfersgesellen und Krankentrassen-Mitglieder! Donnerstag, den 26. November, abends 9 Uhr: Große öffentliche Versammlung im „Gesellschaftshaus“ Berliner Mauer, Kaiser-Wilhelm-Straße 12a.

Vermischtes.

Fünfzig Kinder verschüttet.

Eine schwere Einsturzkatastrophe, bei der fünfzig Kinder von den Trümmern eines baufälligen Schulhauses begraben wurden, hat sich vorgestern in dem ungarischen Flecken Dorozma ereignet. Von den fünfzig Opfern sind zwei Kinder tot, fünfzehn schwer verletzt. Die Eltern hatten bereits seit Monaten Sitzungen abgehalten, in denen sie den Neubau der baufälligen Schule forderten. Der Patron der Schule ist ein katholischer Bischof. Er hat den Neubau der Schule verhindert, da er einen Beschluß der Gemeinde verlangte, daß die Schule katholischen Charakter tragen solle.

Die Malaria in Indien. Einer Meldung aus Lahore zufolge breitet sich die Malaria in Pundjab immer mehr aus und fordert zahlreiche Opfer an Toten. In Amritsar wütet die Epidemie am schlimmsten. Es kommen dort täglich etwa 100 Todesfälle vor. Der

Handel stockt. Die Faktoreien sind von Arbeitskräften zum Teil entleert. Die Bajare sind still und die Straßen verlassen.

Gestrandet. Aus Cuzco wird gemeldet: Das italienische Segelschiff „Geronimo“, mit Holzplanken von Lima nach Swanica bestimmt, ist bei Zerfahung gestrandet. Fünf Mann sind gerettet, der Kapitän und ein Mann befinden sich noch an Bord, sieben Mann werden vermisst.

Wirbelfürme in Arkanas. Ein Telegramm aus Little Rock (Arkanas) meldet, daß zwei Wirbelfürme gestern mehrere Städte im nordwestlichen Arkanas schwer heimgesucht haben. Dreißig Personen sind tot, viele verletzt, andere werden vermisst. Es sind Eisenbahnschienen mit Mitteln zur Steuerung der ersten Rot nach den betroffenen Ortschaften abgelassen worden.

Rettung Schiffbrüchiger. Die Rettungsstation Helgoland der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 23. November von den drei deutschen Tjalken „Laila“ (Schiffer Ulls), „Bilhermine“ (Schiffer Vochhoff) und „Hermann“ (Schiffer Vochhoff), von Hamburg nach hier bestimmt, sechs Personen durch das Rettungsboot „Claus Dreher“ in zwei Fahrten gerettet.

Katastrophe im Theater. Aus Barcelona wird gemeldet: Im Alcega-Theater gab gestern das Geländer der Galerie beim Anbruch des Publikums nach. Einige hundert Personen stürzten zwölf Meter tief hinunter ins Parkett. Alle wurden schwer, drei tödlich verletzt.

Eingegangene Druckchriften.

Gabriele Reuter: Das Tränenband. Roman. Geb. 3,50 M., g. b. 4,50 M. — **J. Hessel:** Laura Gaudel. Münchner Novellen. Geb. 2 M., geb. 3 M. — **H. Bang:** Das große Haus. Roman. Geb. 3 M., geb. 4 M. — Verlag: S. Fischer, Berlin, Chausseest. 90.

Jahresbericht der Arbeiter-Bildungsschule Berlin 1907/08. 23 Seiten. Selbstverlag Berlin, Gendarmenpl. 37.

Vollständiger Preisentwerfer. Nr. 12: Ein Blick ins Weltall. Nr. 13: Die Unwahrscheinlichkeit in der Bibel. Nr. 15: Der reiche Staat. sämtlich von Dr. G. Kramer. Selbstverlag, Magdeburg, Lellingerstr. 69.

Philipp Blücher. Kirche und Modernismus. 5 M., geb. 6 M. Verlag von S. Fischer Nachfolger, Leipzig.

Wetterausblick vom 24. November 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C
Strombe	756,5	SW	3	bedekt	Stettin	755,5	SW	2	bedekt
Hamburg	762,0	SW	4	mollent	Berlin	758,0	SW	3	bedekt
Berlin	759,0	SW	3	bedekt	Frankfurt	767,0	SW	4	bedekt
Frankfurt	767,0	SW	3	bedekt	Hannover	765,0	SW	3	bedekt
Hannover	768,0	SW	6	bedekt	Dresden	771,0	SW	2	mollent
Dresden	790,0	SW	4	bedekt					

Wetterprognose für Mittwoch, den 25. November 1908. Etwas wärmer, veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich starken südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 23. 11. 08	seit am 22. 11. 08	Wasserstand	am 23. 11. 08	seit am 22. 11. 08
Remel, Mühl	210,7	+2,4	Saale, Gochsitz	78	+2
Seege, Jüterburg	6,9	-1,1	Quedlinburg, Spandau	60	+4
Weiße Elster, Thorn	10,9	+2,2	Magdeburg, Rathenow	23	-8
Oder, Ratibor	68	+1	Spree, Spremberg	70	0
• Krollen	50	0	• Westum	69	+3
• Frankfurt	68	-4	• Beyer, Müthen	-90	-5
• Gartz, Strömm	12	+10	• Müthen	-34	+2
• Jandberg	4	+3	• Rhein, Maximiliansau	208	+5
• Rebe, Seeborn	5	-1	• Raab	66	+2
• Elbe, Weimert	-1	-1	• Alth	61	-6
• Dresden	-195	+1	• Redar, Heilbrunn	106	+19
• Barbo	15	+1	• Rain, Wertheim	23	-2
• Magdeburg	31	+1	• Rosel, Trier	44	-20

+ bedeutet Hoch, - Niedr. — *) Unterpegel. — *) Höchst. — *) Höchst, oberhalb von Thorn Höchst.

Theater.

Mittwoch, 25. November. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königliches Opernhaus. Altes. Königl. Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt. Deutsches. Die Revolution in Schwaben. Komische Oper. Der Arzt am Scheitelpunkt. Anfang 8 Uhr.
Neues ital. Opernhaus. Göttingen.
Berliner. Der Veltenspreiser. Neues. Baccarat. Neues Schauspielhaus. Lustig Glatz.
Leipzig. Kora. Kleines. Moral. Komische Oper. Die verlassene Braut.
Residenz. Rimmere dich um Amelle. Heibel. Hohes Spiel. Schiller u. Wagner-Theater.) Die Jungfrau von Orléans. Schiller-Charlottenburg. Die Braut von Messina. Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Im weißen Rössl. Weihen. Der fidele Bauer. Thalia. Künstlerblut. Nachmittags 4 Uhr: Hünkel und Grotel. Suisen. Ausgewiesen. Bernhard Noie. Wohltäter der Menschheit. Anfang 8 1/2 Uhr. Nachmittags 3 Uhr: Die Jungfrau von Orléans. Wilhelm-Theater. Die Schöpfung. Faust. Madame Jiri. Trianon. Die Liebe macht. Neues Operetten. Die Dollarprinzessin. Berliner Operetten-Theater SW. Havana. Anfang 8 1/2 Uhr. Nachmittags 3 1/2 Uhr: Nathan der Weise. Gastspiel-Theater. Demimonde. Anfang 8 1/2 Uhr. Bürgerl. Schauspielhaus. Ausgewiesen. Gebrüder Hermann. Die beiden Hündchen. Vorher: Intern. Künstler-Zeil. Parodie. Die Handwerker. 2 x 3 = 7. Berlin. Hest Kopp. Anf. 8 1/2 Uhr. 27. u. 28. Eine lustige Sprechweise. Spezialitäten. Metropol. Donnerst. — Indes. lob.

Wintergarten. Spezialitäten. Vantage. Spezialitäten. Kasino. Die Dianabäder. Spezialitäten.
Reichs-Allen. Steilener Sänger. Walhalla. Spezialitäten. Holles-Caprice. Die Brautsgau. Die lästige Witwe.
Guhns Behrens. Letzte Sprechabend. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten. Urania. Fauerstraße 18/19. Abends 8 Uhr: Jerusalem. Orsaal: Prof. Dr. Ed. Bühner: Das Problem der Gattung. Anfang 8 Uhr. Nachm. 4 Uhr: Eine Räusert bis zum zweiten Katarakt. Sternwarte, Anwaltsstr. 67/68.

Neues Theater. Abends 8 Uhr: **Baccarat.** Donnerstag: Wahrheit. Freitag: Baccarat.

Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. **Moral.** Donnerstag: Moral.

Theater des Westens. 4 Uhr keine Preise: Doruzdöchen. Abends 8 Uhr: **Der fidele Bauer.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Mittwoch, 25. Nov., Anfang 8 Uhr: **Im weißen Rössl.** Donnerstag 3. Male: Irmgard. Dramatik 4 Akten v. Herbert v. Berger. Freitag: Remingard.

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: **Der Veilchenfresser.** Morgen: Horades und Marianna.

Heibel-Theater. Königgräber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. **Hohes Spiel.** Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 23. a. d. Luisenpark. Abends 8 Uhr: **Die Dollarprinzessin.** Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Schiller-Theater. O. (Ballner-Theater.) **Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Zwillingsschwester.** Lustspiel in 4 Akten von Ludwig Fulda. **Donnerstag, abends 8 Uhr: Das Opferlamme.** **Freitag, abends 8 Uhr: Der schwarze Kavalier.** Schiller-Theater Charlottenburg. **Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Braut von Messina.** Ein Trauerspiel mit Chören von Friedrich Schiller. **Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Zwillingsschwester.** **Freitag, abends 8 Uhr: Der Familientag.**

Zirkus Schumann. Heute Mittwoch, den 25. November 1908, abends präz. 7 1/2 Uhr: **Grande Solrée equestre.** — Elite-Programm und 9 1/2 Uhr: **Das gr. u. glänzendste Pracht-Manegenschaustück Golo, der Seeräuber und Mädchenhändler.** Besonders hervorzuheben: **Ein Sensations-Schauspiel ersten Ranges. Absturz eines lebenden Pferdes mit Reiter von der höchsten Spitze des Berges.**

Grand-Hotel-Festsäle. Am Alexanderplatz. B. Jählich. Jeden Sonntag und Dienstag: (2161b) **Hamburger Sänger.** Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr, wochentags 8 Uhr. Vorkarten haben wochentags Gültigkeit.

Bürgerliches Schauspielhaus. Rosenthaler-Platz 7-9. **Ausgewiesen.** Soziales Drama aus der Zeit des Sozialistengesetzes. 12 Jahre wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung polizeilich verboten gewesen! Anfang 8 1/2 Uhr. **Jur. gest. Beachtung!** Nur die Abnehmer dieses Blattes zahlen ausnahmsweise heute Mittwoch, 25. November, bei Vorlegung dieser Annonce **halbe Rappenpreise!**

Casino-Theater. Vorfrüher Str. 37. Täglich 8 Uhr. **Das glänzende bunte Programm.** 8 1/2 Uhr: **„Die Dianabäder.“** Sonntag 4 Uhr: Die fidele Rike.

Gastspiel-Theater. Köpenicker Straße 68. 8 1/2 Uhr: **Demimonde.** Morgen: Zana. **Wilhelm-Kasino.** Brückenstr. 2, a. d. Jannowitzbrücke. Anfang 8 1/2 Uhr. **Familien-Bierecabarel.** das neue **November-Prgr.** **Folies Caprice.** Abends 8 Uhr: **Die lästige Witwe.** Unter Solotell. **Die Brautschau.**

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: **Madame Flirt.** **Passage-Theater.** Abends 8 Uhr: **Das glänzende: November-Programm.** **Schneider-Duncker 9 Yankee Doodle Girls** und 14 neue ... Variété-Attraktionen

Passage-Panoptikum. Ohne Extra-Entree! **Lebend! Das Lebend! Bärenweib.** Simpson der lebende Amboß der Mann mit dem Steinkörper. Neapolitanische Briganten. Panophon-Vorträge: **Alexander Girardi, Otto Reutter, Caruso** etc. Alles ohne Extra-Entree! Eintritt 50 Pf. Kinder, Soldaten 25 Pf.

Rixdorfer Theater. Bergstraße 147. **Mittwoch, den 25. November 1908: Ultimo.** Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser. Freitag, den 27. November 1908: **Die Dollarprinzessin.** Operette in 3 Akten von Leo Fall. Anfang 8 Uhr.

Königstadt-Kasino. Goltzmarktstr. 72. Morgen und folgende Tage: **Der Seckadett.** Singpiel in 3 Akten von D. Richter. Musik von Carl Czifferra. Vorher um 8 Uhr: **Die November-Spezialitäten mit Franz Sebnackl.**

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. 4 Uhr: **Eine Nilfahrt.** Abends 9 Uhr: **Jerusalem.**

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: **Ausgewiesen.** Donnerstag: Eine tolle Nacht. Freitag: Wohltäter der Menschheit. Sonnabend 4 Uhr Kinderoper: Die Königsfinder. Abends: Die Gere. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Ausgewiesen. Abends: Die Gere. Montag: Stolz der Stadt.

BERNHARD ROSE THEATER. Dr. Frankfurter Str. 122. Abends 8 1/2 Uhr: **Wohltäter der Menschheit.** Schauspiel in 3 Akten v. F. Schiller. 18. Wochentagspreise. Nachm. 3 Uhr Schillerfeststellung: **Die Jungfrau von Orléans.**

Residenz-Theater. — Direction: Richard Alexander. — Abends 8 Uhr: **„Kümmere Dich um Amelle.“** Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau. Sonntag, 23. Nov., nachm. 3 Uhr: **Gaben Sie nichts zu verzeihen?**

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 48. Größter und vornehmster Theater-saal Moabits. **Donnerstag, den 26. November: Der Pfarrer von Kirchfeld.** Anf. d. Vorh. 7. Aufführung 6 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: **Ball.** Montag, 30. November: **Solort der Lustigen Sängers.**

Aus den Betriebsgeheimnissen der Hochbahn.

Als am 26. September sich die Kunde von einem furchtbaren Unglück auf der Hochbahn in der Berliner Bevölkerung verbreitete, wurde neben dem Bedauern über die Opfer der Katastrophe auch die Frage nach den Schuldigen erhoben. Die Hochbahnverwaltung ließ erklären, daß die Einrichtungen auf der Hochbahn tadellos seien und die Folge war schließlich die Verhaftung des Zugführers Schreiber. Wir haben damals in unserem Blatte dargelegt, daß die eigentlich Schuldigen an ganz anderer Stelle zu suchen seien. Zunächst liege in dem ganzen Arbeitssystem, dem das Betriebspersonal unterworfen ist, eine schwere Gefahr für einen regelrechten tadellos funktionierenden Betrieb. Dieser bedinge ein Personal, das infolge einer anständigen Bezahlung sich gut nähren könne und durch eine möglichst kurze Arbeitszeit gut ausgeruht ist und dadurch seinen Dienst frischer, aufmerksamer verrichten kann. Diese Voraussetzungen seien bei der jetzigen Bezahlung, bei der Arbeitszeit und bei der geradezu vielfach schändlichen Behandlung nicht vorhanden. Dazu komme, daß die Einrichtungen auf der Hochbahn durchaus keine einwandfreien seien, insbesondere sei die Anlage des Gleisdreiecks eine Quelle ständiger Gefahr.

Die Eisenbahnbehörde als technische Aufsichtsbehörde der Hochbahn war anderer Meinung. Sie hat eine Untersuchung der gesamten Betriebsverhältnisse der Hochbahn vorgenommen und im wesentlichen alles in bester Ordnung gefunden. In ihrer Veröffentlichung über das Ergebnis der Untersuchung sagte die Eisenbahndirektion u. a.:

„Die baulichen und betrieblichen Einrichtungen entsprechen dem gegenwärtigen Stande der Technik.“

Die Sicherungseinrichtungen sind nach den gleichen Grundsätzen wie auf der Berliner Stadt- und Ringbahn ausgeführt. Die Zugfolge wird durch das auf den Stadtbahn- und Schnellzugstrecken der deutschen Staatsbahnen erprobte Blocksystem in der vierfeldrigen Form unter Mitwirkung des Zuges gesichert. Die in Verbindung mit der Streckenblockung den Betrieb sichernden mechanischen und elektrischen Stellwerke einschließlich der Signalanlagen sind von der auf diesem Gebiete bewährten Firma Siemens u. Halske in Berlin ausgeführt; sie sind sachgemäß unterhalten und durchaus betriebstüchtig. Dies gilt insbesondere auch von den Sicherungsanlagen des sogenannten Gleisdreiecks.

Durch die Untersuchung ist ferner von neuem festgestellt worden, daß das Betriebspersonal mit der Handhabung der bestehenden Betriebs- und Sicherheitseinrichtungen durchaus vertraut war.

Wenn sich auch die Zugfolge der Hoch- und Untergrundbahn bei den gesteigerten Verkehrsansforderungen mehr und mehr verdichtet hat, so sind doch ihre Betriebsverhältnisse so übersichtlich, daß bei Anwendung eines nur mäßigen Grades von Aufmerksamkeit seitens des Zugführers und Zugbegleiters ein Unfall wie der am 26. September erfolgte sich nicht hätte ereignen können.“

Im Anschluß an diese Darlegungen der Eisenbahnbehörde wiesen wir schon in unserer Nummer vom 14. Oktober darauf hin, daß das Ergebnis ein sehr dürftiges sei; insbesondere machten wir darauf aufmerksam, daß am Gleisdreieck wiederholt Züge einander überfahren haben, nur daß bis vor dem 26. September ein Unglück durch die Fahrer noch verhütet wurde. Es sei also nur ein reiner Glückszustand, daß gerade infolge der Einrichtungen des Gleisdreiecks nicht schon früher schweres Unglück heraufbeschworen wurde.

Daß es im Betriebe der Hochbahn durchaus nicht so glatt zugeht, wie es die Eisenbahnbehörde hingestellt hat und daß es keiner mäßigen, sondern einer sehr großen Aufmerksamkeit des Zugpersonals bedarf, um Unglücksfälle zu vermeiden, dafür möchten wir der Eisenbahnbehörde folgende nackte Tatsachen zur Nachuntersuchung unterbreiten.

I.

Am 11. Oktober hielt der mit dem Zugführer Ruffenberg besetzte Zug am Zoologischen Garten. Vom Stellwerk aus erhielt der Führer das Vorrück-Signal zum Umsehen nach Gleis IV. Als der Zug am Stellwerk vorbei war, sah der Zugführer zu seinem Entsetzen, daß Gleis IV noch besetzt war. Er brachte seinen Zug sofort zum Stehen, so daß ein Zusammenstoß verhütet wurde.

II.

Am 18. Oktober wiederholte sich unter dem Zugführer Brennefe am Zoologischen Garten der Vorfall; nur der Aufmerksamkeit des Führers war es zu danken, daß ein Zusammenstoß vereitelt wurde.

III.

Am Mittwoch, den 30. Oktober, abends, erhielt der Zugführer Schiffer an der Haltestelle Zoologischer Garten gleichfalls das Vorrück-Signal zum Rangieren nach der Werkstatt (Gleis IV). Die betreffende Weiche 5 und 8, welche dazu gehört und mit dem Signal verbunden sein muß, zeigte eine falsche Gleisrichtung an, was aber der Zugführer sofort merkte und seinen Zug noch vor derselben zum Halten brachte. Erst auf Veranlassung des Führers wurde die Weiche in die richtige Lage gebracht. Dieses elektrische Stellwerk ist eine allernuester Konstruktion und ähnelt dem auf dem bekannten Gleisdreieck. Ingenieure werden kaum glauben, daß etwas Derartiges vorkommen könne.

IV.

Am 15. Oktober wurde von der Station Wittenbergplatz ein Zug abgelassen, der unrettbar auf einen zweiten Zug gefahren wäre, wenn der Fahrer nicht seinen Zug rechtzeitig zum Stehen gebracht hätte. Der Fahrer hatte vom Blockwärter der Haltestelle Wittenbergplatz freie Fahrt nach dem Zoologischen Garten.

V.

Am 30. September kam ein Zug unter Führung des Zugführers Wustmann von der Haltestelle Prinzenstraße und fuhr nach dem Kottbuser Tor zu. Prinzenstraße hatte W. Ausfahrt; sein Signal stand auf freie Fahrt. Nachdem er das Abfahrtszeichen erhalten hatte, fuhr er ab. Am Wasserforden an der Kurve sah er, daß das Einfahrtssignal nach Kottbuser Tor auf Halt stand und noch ein vollbesetzter Zug vor demselben hielt, welcher auf Einfahrt wartete. W. wandte sofort alle ihm zur Verfügung stehenden Bremsmittel an, um so schnell wie möglich den Zug zum Stehen zu bringen und somit einen Zusammenstoß zu verhindern.

VI.

Am 1. November zwischen 10 und 1 Uhr kam der letzte Zug (Zugführer Ruffenberg) von der Wilsofstraße und wollte nach dem Leipziger Platz. Als er am Stellwerk A angelangt war, bemerkte der Zugführer, daß Signal H und K auf freie Fahrt standen. Der Zugführer hielt an, worauf der Weichensteller mit dem Blockschloffer vom Stellwerk herunterkamen und die beiden Signale auf Halt legten. Darauf wurde für den betreffenden Zug das ihm gehörige richtige Signal gezogen, worauf er weiter fuhr. Die Stelle, an der das passierte, ähnelt der, an welcher sich das schwere Unglück ereignete, aufs Haar; auch hier vereinigen sich zwei Gleise. Wäre von der Mödernbrücke auch ein Zug gekommen und wären beide Zugführer, wozu sie berechtigt waren, weitergefahren, da die Signale auf freie Fahrt standen, hätte sich das Unglück vom 26. September wiederholen können. Es müßte doch unmöglich sein, daß der sogenannte Block zuläßt, daß zwei Signale zu gleicher Zeit gezogen werden.

VII.

Am 1. November in der Mittagszeit fuhr ein Zug unter Führung des Zugführers Schlösser vom Rollendorferplatz nach dem Wittenbergplatz. Das vor Wittenbergplatz stehende Einfahrtssignal zeigte freie Fahrt. Der Fahrer aber bemerkte rechtzeitig, daß in der Station Wittenbergplatz ein Zug stand und hielt, den Blockwärter durch Pfeifen auf die falsche Signalgebung aufmerksam machend. Dieser legte darauf das Signal auf Halt, aber gleich wieder auf freie Fahrt, trotzdem der in der Haltestelle W. befindliche Zug noch nicht fort war. Erst als die Strecke frei wurde, fuhr der Zug in die Haltestelle ein. Auch ein Beweis, daß der Block nicht tadellos funktioniert.

VIII.

Am 2. November zwischen 11 und 12 Uhr nachts kam ein Zug vom Leipziger Platz und wollte nach der Wilsofstraße. Als der Zug (Zugführer Bau Hennig) das Signal 6 passierte, stand das Signal vorchriftsmäßig (ein Flügel grünes Licht), dagegen stand die dazu gehörige Weiche in der Richtung nach der Mödernbrücke. Der Führer bremste sofort, als er die falsche Weichenstellung bemerkte, konnte aber nicht verhindern, daß er mit den ersten Wagen in die Weiche geriet. Jetzt überfuhr sich der Zugführer noch einmal, ob auch sein Signal richtig gestanden habe und bemerkte zu seinem Entsetzen, daß das Signal C schon wieder auf Halt lag, trotzdem er mit seinem Zuge noch gar nicht

den dazu gehörigen Kontakt ausgelöst hatte. Er drückte zurück und bekam Signal zur Weiterfahrt. Das ist auch ein Vorkommnis, das der Block unter keinen Umständen zulassen darf, wenn er korrekt funktionieren soll.

Diese Vorkommnisse scheinen uns zu beweisen, daß das Signaltreffen auf der Hochbahn durchaus nicht in der betriebstüchtigen Verfassung ist, wie dies die Eisenbahnbehörde in ihrer Untersuchung dargelegt hat. Es dürfte gar nicht möglich sein, daß mit dem richtigen Signal falsche Weichen gezogen werden können. Kommt aber unter solchen Umständen ein Unglück vor, so wird der unglückliche Fahrer als der Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen, während die eigentlich Schuldigen frei ausgehen und noch zum Gegenstand besonderer Anerkennung gemacht werden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift An der Hindenburg Nr. 8, zweiter Teil, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl, wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Gestern 7 Uhr Sonnabends beginnt die Zeitschrift um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Buchstab und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erwidert. Die zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Stille Fragen trage man in der Zeitschrift vor.

N. 2. 36. Zeiter sein. — F. 2. 25. Rein. Sie müssen sich auf der Gerichtshreiberlei erkundigen, was in dem Termin beschlossen ist. Sie können auch schriftlich um Abschrift des Protokolls einkommen. Sollte etwa ein Verhängnis über Sie ergangen sein, so müssen Sie gegen dasselbe Einspruch erheben. — Ober-Schönweide 15. Wenn das Testament baltisch, eigenhändig ge- und unterschrieben ist, so ist eine Uebergabe an das Gericht oder an einen Anwalt nicht erforderlich. — Gerhard. 1. Rein. 2. Sie sind, solange kein anderer ernannt ist, von Weichen wegen Vormund. — S. 17. Eingreifen könnte leider nur der Vormund. Das kann er auch vom Auslande aus. — H. 9. 1883. 1. In der Regel erhält der Aus-tretende vom Gericht keine Racht. Er hat zwischen dem 20. und 42. Tage sich ohne Anforderung auf das Gericht zwecks Erklärung seines Austritts zu Protokoll einzufinden. 2. Sie können einen schriftlichen Antrag stellen, bei der großen Nachtrage ist aber wenig Aussicht auf seine Erfüllung. 3. Werden Sie sich an irgend einen der betreffenden Abgeordneten. — M. 2. 51. Nur wenn das Geschäft einen größeren Umfang hat. — Kopta. Rein. — W. 21. Um aus der Kirche auszutreten, teilen Sie Ihr Vorhaben dem Amtsgericht mit und erklären dann in der Zeit vom 20. bis 42. Tage nach Eingang Ihrer Mitteilung Ihren Austritt zu Protokoll des Gerichts. Wenn Sie noch in diesem Jahre austreten, so haben Sie Kirchensteuer nur bis zum 31. Dezember 1909 zu zahlen. — Eicher. Um Gehalt zu werden, ist Meldung bei dem Polizeipräsidenten erforderlich. Dann erfolgt Vorprüfung durch den Stadtpfarrer und Eintragung in die Liste der Bewerberinnen. Später erfolgt Untersuchung zu dem sechs-monatigen Kursus in der Charité, dann Prüfung. Der Kursus kostet 300 M. Da der Aufwand sehr stark ist und eine Anstellung als Hebamme nur erfolgt, wenn das Alter von 30 Jahren nicht überschritten ist, so wäre eine Meldung für jemand, der älter als 27 Jahre ist, zwecklos. — F. 26. Rixdorf. Wir wissen auch nichts Näheres. — Sorau 1234. Die angefragten Grundzüge ergeben sich aus den örtlichen Verhältnissen. Ein Grundstücksmatter wird Ihnen die Schätzung legen können. — K. 6. 7. Im Korrespondenzblatt für Taxipierer, Berlin, Köpenicker Straße 49. — G. 3. 47. 1. 1890. 2. 1. Januar 1891. — P. 4. 1. Stellungsgeldzahlung des Magistrats, Poststr. 16. — 200. 1. Ja. 2. Rein. — Taximetergut. Wollen Sie gefälligst bei der Section der Drohgen-führer, Mitgliedschaft des Handels- und Transportarbeiterverbandes, Schillingstraße 6, anfragen. — C. 9. 99. Die Geburtsurkunde. — T. 2. 1908. Wien: 2021 000, Morendorf, seit 1906 mit Wien vereint, 57 000. — J. 10. 10. Racht. Racht für Vater, O. 17, Langestraße 31. — J. 6. 15. 1. Rinden Sie im Adressbuch. 2. Ja. — Drei Streiteude. Der Katalog einer größeren Annoncenexpedition gibt Ihnen darüber Auskunft. — S. 112. In Berlin, Köpenicker Straße 71. — S. 6. Der Verband der Hochwärtinnen, Große Hamburger Straße 18/19. — K. 61. 1. Klagen Sie sobald als möglich und wenden Sie sich an einen Anwalt zwecks Anstrengung der Klage. Bestimmte Anwälte, Ärzte, Firmen usw. zu empfehlen, lehnen wir grundsätzlich ab. 2. Eine Lohn-forderung verjährt in zwei Jahren. — R. 2. 2255. 1. In dreißig Jahren. 2. Rein. 3. Rein. 4. Ja. — R. 6. 42. 1. und 2. Ja. 3. Ein Ankaufsgeld besteht nicht, wohl aber kann statutarisch die Zahlung eines Bürgerrechtsgeldes festgesetzt sein. — M. 11184. In der Regel empfiehlt es sich nicht, bei der Heirat Erstattung der Marken zu verlangen, vielmehr ist es vorteilhafter, weiter zu leben. Die Frau hält ihre Ansprüche aus der Invalidenversicherung ausreicht, wenn sie mindestens in je zwei Jahren zwanzig Marken steht. Racht sich aber die junge Frau den Beitrag der Marken auszahlen, so würden ihr Rechte aus der Invalidenversicherung erst werden, wenn sie mindestens 200 Marken auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gezahlt hat. — M. 11. 1. Ja. 2. Rein. — P. 100. Arbeitsnachweis Gormannstr. 13, Abteilung für Maler. — G. 2. 27. Sie müssen sich mit Ihrem Anliegen an einen Patentanwalt wenden. — Märzgefallener 1908. Ein solcher Verein bezog eine solche Partei ist und nicht bekannt. — H. 6. Charlottenburg. Wollen Sie die Frage einem Geschäft für Bildereinnahme vorlegen. Uns ist ein solches Mittel nicht bekannt. — F. 100. 1890. — „Fanatische Menge“. Reichstagsabgeordneter Th. Schwarz, Reichstag, Berlin. — F. 10. Berlin. Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Hamburg, Besenbinderhof 57. — 100. Das steht im Leben und kommt auf den Zweck an. — S. 6. Köln. Wollen Sie sich in der dortigen Bibliothek den Etat des preussischen Etaates und des Deutschen Reiches vorlegen lassen. — P. Rein.

JOSETTI JUNO CIGARETTEN sind von anerkannter Güte und bieten trotz ihres billigen Preises volle Garantie für feinste Qualität. 10 St. für 20 Pfg. Illustration of people smoking and a pack of cigarettes.

Keine Zerstörung der Wäsche. kein Angreifen der Faser ist bei Benutzung des neuen konkurrenzlosen Waschmittels Persil. zu befürchten, da es den Schmutz spielend löst und ohne jedes Reiben und Bürsten die Wäsche von selbst wäscht. Für jede Waschmethode geeignet, daher einfachste Anwendung, falscher Gebrauch ausgeschlossen. Garantiert chlorfrei und gefahrlos; wir kommen für jeden Schaden auf. Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf. auch der weltbekannten Henkels Bleich-Soda.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstraße 11. Gänse, Enten gar. leb. Unt., 9-Ron. alt, vollkommen ausgewachsen, vollfedrig, fleischig, schlachtel. 10 St. ca. 8 Pf. schwere Gänse 31 Pf.; 15 schwere Enten 29 Pf. Ad. Stroussand, Ozleditz, Schlesien. 45. Frack-Verleih-Institut: Friedrichstr. 115/1, a. Drack. Kor. Gies. Platz, Gehod 1, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100. Rauchen Sie Phänomen Cigaretten! Devis: Qualität ist die beste Empfehlung

